

Forschung & Lehre

Elite

„Power can never be in the hands of millions of men“

Führungskrise der Elite

Neues Elitebild schaffen!

Hochschulpolitik aktuell

Anmerkungen zur Evaluation von
Forschung und Lehre

Wird Berlin zum Modellfall für die Hochschulreform?



Forschung & Lehre

4/97

Elite

- 170** PETER GLOTZ
Neugierde zwischen den Fronten
Eliten in Wirtschaft und Gesellschaft
- 172** KARL-JOSEF NEUKIRCHEN
**„Power can never be in the hands
of millions of men“**
Warum wir uns zu unserer Elite
bekennen müssen
- 175** MAX A. HÖFER
Führungskrise der Elite
Anmerkungen zu einer Umfrage
- 177** KLAUS V. KLITZING
Neues Elitebild schaffen!
Fragen an einen Nobelpreisträger
- 178** JÜRGEN LÜTHJE
Wie werden Eliten gebildet?
Plädoyer für eine bestmögliche Bildung aller
- 180** **Braucht Deutschland Elitehochschulen?**
Pro: Walter Döring
Contra: Klaus Landfried

Hochschulpolitik aktuell

- 182** JÜRGEN RÜTTGERS
**Studienstandort Deutschland
attraktiver gestalten**
Immer weniger ausländische Studenten
in Deutschland
- 185** FRITZ SÜLLWOLD
Fehler und Fallen
Anmerkungen zur Evaluation von
Forschung und Lehre

HORST GIES

- 189** **Verhungern oder Verdursten?**
Wird Berlin zum Modellfall für die

Wissenschaften im Portrait

NORBERT P. FRANZ

- 192** **Fremd und doch ähnlich**
Die Slavistik im Portrait

Stiften

MARTIN HENGEL

- 195** **Schritte zur Selbsthilfe**
Stiftungen von Universitätslehrern für ihr
eigenes Fach und ihre Fakultät

Service

- 198** **Aus der Forschung**
- 200** **Rückblick: Vor 75 und vor 25 Jahren**
- 201** **Hochschulchronik:**
Februar/März 1997
- 202** **Leserforum**
- 204** **Neue Veröffentlichungen**
- 206** **Aus der Rechtsprechung**
- 207** **Steuerrecht aktuell**
- 208** **Aus den Ländern**
- 210** **Habilitationen und Berufungen**
- 215** **Akademischer Stellenmarkt**
- 223** **Wissenschaft im Programm**
Impressum

Fragebogen

- 224** **Hans-Dieter Rinkens**

Redaktionsschluß für Heft 5/1997: 2. April 1997
Informationsservice: 3. Umschlagseite
Annahmeschluß für den Akademischen Stellenmarkt:
17. April 1997
Titelseite: Stock Market

PETER GLOTZ

Neugierde zwischen den Fronten

Eliten in Wirtschaft und Gesellschaft

Die heutigen Eliten können die wichtigen Probleme, die gelöst werden müssen, nicht vernünftig miteinander erörtern. Ein Grund dafür könnte sein, daß ein allgemeiner Relativismus Gespräche und die Entwicklung neuer Ideen hemmt.



Peter Glotz, Dr. phil.
Professor, Kommunikations-
wissenschaft, Rektor der
Universität Erfurt

Kommentieren und simulieren

Wie erträgt ein politisches System eigentlich den merkbaren Abstieg seiner politischen Klasse? Wie kompensieren die anderen Eliten diesen Abstieg? Oder können sie ihn gar nicht kompensieren? Denn unbestreitbar ist - auch wenn man alle nostalgischen Verherrlichungen der Gründerzeit der Bundesrepublik unterläßt und die ungerechte Kulturkritik einer des politischen Alltags überdrüssigen Fraktion des deutschen Feuilletons abtut-, daß das Prestige der deutschen Politiker in den letzten zwanzig Jahren erheblich gelitten hat. Dem Beobachter, der dieses Phänomen analysiert, fallen spontan Parteispenden-Affären und das Ritual sich abnutzender, wechselseitiger Anklagen (Rentenlüge, Steuerlüge) ein. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das aber nur der Vordergrund. Immer größere Bevölkerungsgruppen scheinen zu der Meinung zu kommen, daß die deutsche Politik (ob es in der amerikanischen anders ist, können nur wenige beurteilen) häufiger Entscheidungen kommentiert und simuliert als trifft. Dem bekanntesten Essayisten des Landes, Hans Magnus Enzensberger, fiel als Metapher für Berufspolitiker ein Filmtitel ein: „Der Frosch mit der Maske“. Ungerecht, wie gesagt. Aber was geschieht in einer Gesellschaft, in der dieses geschieht?

Die wirtschaftliche Elite, jedenfalls ihr unternehmerischer Teil (der gewerkschaftliche erleidet eher das gleiche Schicksal wie die politische Klasse) steht in hohem Ansehen. Der Zusammenbruch des Marxismus bewirkt eine Renaissance des unternehmenden Unternehmers, wie ihn der große Ökonom Joseph Schumpeter schon vor einem halben Jahrhundert charakterisiert hatte. Es gibt heutzutage in der Bundesrepublik Deutschland ganz ohne Zweifel mehr charismatische Vorstandsvorsitzende als charismatische Politiker. Begabte junge Leute, die sich engagieren wollen, gehen, wenn sie links eingestellt sind, eher zu Amnesty International und Greenpeace als zur SPD; wenn sie aber liberal-konservativ sind oder in einem Verpuppungszustand, aus dem sich später eine eher konservative Einstellung entwickelt, dann streben sie lieber in das Management von BMW - oder sonst eines Großunternehmens - als in den Bundestag. Und trotzdem - politische Führung

usurpiert die wirtschaftliche Elite keineswegs. Um nur das Beispiel der industriepolitischen Förderung der Basistechnologie Mikroelektronik zu nennen: Eher opfert man die eigenen Leute, wenn sie sich allzu lautstark engagieren, auf den Seitenaltären der ökonomischen Neoklassik, als daß man das, was man in den Fachverbänden des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie flüstert, auch öffentlich vertritt. Die Protagonisten, von denen hier die Rede ist, sind natürlich längst nicht mehr die Konzernherren, die sich mit Hitler einließen und deshalb vorsichtig sein mußten; in der Regel handelt es sich um die angestellten Manager der Enkel jener Generation. Warum geht keiner von ihnen (wie, sagen wir, Georg Schultz, Caspar Weinberger, James Baker) in die Politik? Ja, warum organisiert man nicht einmal eine energische Lobby? Hat die jüngere deutsche Geschichte Politik so sehr zum „schmutzigen Geschäft“ gemacht, daß ein ordentlicher Kaufmann oder Techniker mit diesem Gewerbe ganz oder gar nichts zu tun haben will?

Wissenschaftliche Eliten

Oder: Was ist eigentlich der Grund dafür, daß einige der großen und unbestreitbar lebensbestimmenden Fragen unserer Zeit nicht von den sozusagen legitimen, jedenfalls besoldeten wissenschaftlichen Eliten aufgegriffen und behandelt worden sind, sondern eher von Außenseitern? Nun kann man ganz berechtigterweise fragen: Was heißt schon „legitim“? Muß man Ordinarius der Philosophie oder Biologie sein, um legitimerweise das ökologische Problem aufzuwerfen? Natürlich nicht. Man muß sich zwar Gedanken über die Rolle der Universität in den neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts machen, wenn derart entscheidende Probleme eher von freien Schriftstellern wie Carl Amery oder Politikern wie Erhard Eppler aufgeworfen werden, denn von den zuständigen Fakultäten; aber immerhin sind sie aufgeworfen worden. Wenn es allerdings keinem gelingt, die ökologische Frage in einen rationalen Denkansatz zu integrieren und statt dessen eine zivilisationskritisch-irrationale „ökologische“ Weltanschauung (M. Maren Grisebach, Fritjof Capra) die großen Erfolge feiert, wird das brenzlig. Löst ein neuer Ökologismus den Marxismus ab? Und

wenn diese Gefahr besteht, können wir ihr begegnen? Und wie?

Natürlich stellt die mitteleuropäische Revolution mit ihrer spezifisch deutschen Variante, der Wiedervereinigung Deutschlands, die deutschen Eliten vor eine besondere Bewährungsprobe. Ein ökonomisch ausgepowerter Landesteil muß integriert werden; vor allem aber muß ein verschüchterter, verunsicherter, an selbstbestimmtes Handeln in der großen Mehrheit nicht gewöhnter Bevölkerungsteil in ein normales Leben „westlichen“ Zuschnitts eingegliedert werden. Das alles ist schon faktisch - sozial, ökonomisch, ökologisch - schwierig genug; nicht zu reden von der psychologischen Aufgabe. Wie werden es die Deutschen verkraften, daß sie plötzlich wieder das größte Volk Europas sind? Wie werden sie damit umgehen, daß andere sie, in guter und schlechter Absicht, als Großmacht hofieren? Daß Deutschland Schritt für Schritt wieder souverän wird? Nach welchen Folien wird die kulturelle Elite dieses wilde Gemisch von ökonomischen Katastrophen und glücklichen Familienzusammenführungen, von unerwarteten Entschädigungen und unerwarteten Deklassierungen, von alter Wut und neuem Stolz interpretieren?

„Helden“ und „Händler“

Wie groß ist - um nur eine von vielen Fragen herauszugreifen - die alte romantische Versuchung der kulturellen Eliten in Deutschland? Werner Sombart hat 1915 die „Helden“ gegen die „Händler“ gestellt. Von Helden ist denn doch nicht mehr die Rede; aber leben die „Händler“ nicht wieder auf, wenn in manchen Feuilletons abschätzig gegen die „Krämerseelen“ zu Felde gezogen wird? Wie groß ist die Gefahr, daß die in der Bonner Republik mühsam errungene Dominanz rechenhaft-ökonomischer Betrachtungsweise gegenüber historisch-tragischen Sprachspielen verlorengeht?

Wie realitätsblind und grandios das deutsche Bildungsbürgertum dachte, kann man selbst an Äußerungen bedeutender Zeitgenossen ablesen, zum Beispiel an der Abfertigung des „Homo capitalisticus“ als „seichten Epikureer“ durch Alfred Weber (1909): „eine Kombination von ausgesprochener Festigkeit mit Simplität und grobschlächtiger Patzigkeit, durch eine Verbindung mit einem grauenhaften Wichtignehmen der Kleinigkeiten des Lebens und der materiellen Genüsse“. Wird es den Deutschen in der Zukunft gelingen, die „Kleinigkeiten des Lebens“ genauso wichtig zu nehmen wie in den vergangenen vierzig Jahren Bonner Republik?

Dies also sind einige der Fragen, die man heute stellen muß. Die Kritik, die in ihnen enthalten ist, verdichte ich zu der These, daß die deutschen Funktionseleiten nur selten zu einem einigermaßen systematischen Dialog finden. Nicht einmal ein säkulares Ergebnis wie die mitteleuropäische Revolution reißt sie aus ihrem routinierten Solipsismus. Ich werfe ihnen nicht vor, daß sie keine einheitlich herrschende Klasse sind; im Gegenteil. Das hat auch zur Folge, daß ich keineswegs der Illusion anhängen, die Funktionseleiten einer Demokratie könnten wie alte Oberklassen eigene Lebensformen, eine eigene Kultur, eine eigene Kunst tradieren. Nein, meine Kritik ist sehr viel schlichter, aber auch prinzipieller: Ich befürchte, daß die Funktionseleiten der Bundesrepublik Deutschland die vier oder fünf wichtigen Probleme, die gelöst werden müssen, wenn allzu große Katastrophen verhindert werden sollen, nicht vernünftig

- mit der Absicht, zu einem Konsens, zur Not zu einem Kompromiß zu kommen - miteinander erörtern. Das Ergebnis kann man sich vorstellen: ökonomische Fehlschläge, die sehr schnell zu politischen Aggressionen führen; ökologische Zerstörungen, die quasi-religiöse Weltanschauungskämpfe auslösen; und in der Folge davon ein Versäumen der letzten Chance, die der alte Kontinent Europa zu einer Einigung und damit zu einer Etablierung einer einigermaßen wirksamen Friedensordnung hat.

„Bodenlosigkeit des Spezialistischen“?

Man könnte lange darüber spekulieren, woher die Dialogunfähigkeit oder zumindest Dialogunwilligkeit unserer Eliten kommt. Eine mögliche Hypothese wäre: Eine gewaltsame, in Phasen katastrophische Geschichte hat zu einem tief eingewurzelten Wertskeptizismus, einem sozusagen mit der Muttermilch aufgenommenen, nicht mehr in Frage gestellten Relativismus geführt. Wie Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ davon spricht, daß seine Generation die Schule mit einem durchschnittlichen Pantheismus verließ, so könnten die deutschen Eliten, wenn sie sich denn die Mühe machten, Gedanken und Erinnerungen aufzuschreiben, von einem durchschnittlichen Relativismus berichten; von der Auffassung nämlich, daß man über Werte und Normen nicht rational reden könne. Da hat dann der eine den späten Heidegger gelesen; der andere einen bekehrten französischen Marxisten, der inzwischen zum Anarchismus übergelaufen ist, und der dritte die Spiegelungen all dieser Tendenzen in einem nicht näher bezeichneten Nachrichtenmagazin; gemeinsam ist allen in jedem Fall die Überzeugung, daß Änderungen unmöglich und Gespräche sinnlos seien - entweder weil die Welt zu kompliziert sei, um verstanden zu werden, oder weil der Weltuntergang eh feststehe oder weil der Glaube, der Mensch könne die Geschichte beeinflussen, verderblicher Utopismus sei. Ergebnis: Man verliert sich in dem, was Karl Jaspers in einer berühmten Zeitdiagnose von 1932 die „Bodenlosigkeit des Spezialistischen“ genannt hat. Aber ich räume ein: Das ist eine gewagte, vielleicht allzu verallgemeinernde Hypothese.

Desiderat Zukunftspolitik

Deutschland braucht Neugierde zwischen den Fronten, Grenzgänger. Ein solcher Grenzgänger, Walter Rathenau, hat 1918 in einer kleinen Schrift mit dem unpräzisen Titel „Zeitliches“ die Unfähigkeit seiner Gesellschaft zur „Zukunftspolitik“ bitter beklagt. Der Neuerer, sagt er, wäre kein Neuerer, wenn er nur die „Widerstände der Gesamtlage einzuschätzen verstände“. Der Stand der Großbürger und Kaufleute (die wirtschaftliche Elite) lehne das „Außergeschäftliche“ ab; eine bestimmte „Gattung von Interessenten, die es nicht über sich zu bringen vermag, die Sache der Gemeinschaft über die Sache des eigenen Nutzens zu stellen“, habe zur Bildung der „europäischen Gewitteratmosphäre“ ein Gutteil beigetragen. „Fernaufgaben“ anzuschneiden habe unter diesen Verhältnissen keinen Sinn und fiele niemandem ein, der einige Verwaltungserfahrungen mitbringe. Klingt das, obwohl es vor rund achtzig Jahren formuliert wurde, nicht ungeheuer vertraut?

Anschrift des Autors

Krämerbrücke 9
99 084 Erfurt

□

KARL-JOSEF NEUKIRCHEN

„Power can never be in the hands of millions of men“

Warum wir uns zu unserer Elite bekennen müssen

Die Gesellschaft steht vor großen Aufgaben. Nichts braucht sie dringender als mutige Vordenker mit Verantwortungsbewußtsein und Durchhaltevermögen. Aber gerade diese kreativen Köpfe stoßen zu häufig auf Widerstände. Neue Ideen scheitern an allgemeiner Trägheit und an einer übermächtigen Harmoniekultur.



Karl-Josef Neukirchen,
Dr. rer. pol., Vorstandsvor-
sitzender der Metall-
gesellschaft AG

„Die Elite geht von Bord“, vermeldete das Wirtschafts-
magazin „Capital“ im letzten Herbst. Das Fazit einer Mei-
nungsumfrage unter Wirtschaftsführern, Politikern und Jour-
nalisten: Die Elite ist blind für die Probleme unserer Zeit, sie ist
feige, sie scheut zurück vor Führung und Verantwortung. Ein
interdisziplinärer Austausch zwischen Wirtschaft und Wissen-
schaft, Publizistik und Politik findet nicht statt.

Angesichts der Probleme, die unsere Gesellschaft be-
drängen, wäre das ein schlimmer Befund: Ein rauher Wind
weht in der globalen Wirtschaft, strukturelle Krisen bedrohen
unsere sozialen Sicherungssysteme, Politikverdrossenheit
macht sich breit - und die Elite steckt den Kopf in den Sand und
pflegt das Spezialistentum. Eine wohlfeile Schablone. Doch
was ist überhaupt die Elite?

Der Elitegedanke findet sich schon bei Platon: In der
„Politeia“ unterteilt er die Gesellschaft in den Lehr-, Wehr- und
Nährstand. Nur die Philosophen, die Weisen, sind im Besitz des
Guten, sie allein sollen die Herrschaft ausüben. Die Führung
gewinnt ihre Autorität also durch Qualifikation.

Aus der Zeit des Merkantilismus

Das Wort Elite stammt aus der Zeit des Merkantilismus.
Damals bezeichnete man als Elite diejenigen, die es durch
eigene Leistung und persönliche Verdienste zu Einfluß und
Ansehen gebracht hatten. Man unterschied ganz bewußt zwi-
schen dieser Gruppe und den Privilegierten, die allein durch
Geburt und Erbe zur Oberschicht zählten. Privilegierte gab es
damals, und es gibt sie heute noch. Was vor dreihundert Jahren
Adel und Klerus waren, sind heute die Pfründeverwalter und
Besitzstandswahrer, die Bürokraten und Apparatschiks in
Wirtschaft, Parteien, Verwaltung und Interessengruppen. Und
andersherum: Wer gehört zur Elite einer Gesellschaft? Sir Ralf
Dahrendorf hat das so formuliert: „Im (demokratischen) Staat
gibt es Nur-Wähler und Träger politischer Herrschafts-
funktionen wie Abgeordnete, Minister, hohe Beamte usw. Das
heißt aber nicht, daß der Nur-Wähler nicht in einem anderen
Kontext, etwa dem industriellen Betrieb, selbst Träger einer

Autoritätsposition sein kann; wie es umgekehrt nicht heißt, daß
der Minister nicht etwa in seiner Kirche ‚Laie‘, d.h. autoritätslos
sein kann.“ Es gibt also gar nicht die Elite schlechthin, sondern
in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine führende Gruppe: in
der Kirche, in der Kunst oder auch im Sport.

Vilfredo Pareto führte in seiner Elitentheorie ein zweites
Kriterium zur Bestimmung der Elite ein: die Herrschaft. Ob-
wohl sich zahlreiche Einwände gegen dieses Unterscheidungs-
merkmal finden lassen, wird es am häufigsten angewendet,
wenn die Öffentlichkeit über Eliten diskutiert. Auch das Maga-
zin „Capital“ bedient sich dieser Abgrenzung, indem es in seiner
Umfrage Wirtschaft und Politik in den Mittelpunkt stellt. Dies
entspricht auch der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion.

Führung übernehmen

Was im folgenden unter Elite zu verstehen ist, wäre
damit also zumindest umrissen. Was ihre Aufgabe ist, muß nun
geklärt werden. Eine Elite muß meiner Ansicht nach vor allem
eine Aufgabe erfüllen: Sie muß die Führung übernehmen.
Häufig aber erleben wir, daß Spitzen aus Wirtschaft, Politik und
Verwaltung genau dieser Anforderung nicht gerecht werden.
Sich an die Spitze von Trends und Strömungen zu setzen, ist
keine Führung, sondern Treibenlassen und Trittbrettfahren.
Eine Richtung wird erst gar nicht vorgegeben, deswegen fällt es
auch nicht auf, wenn sie ständig geändert wird. Das Ziel ist
diffus, nach Werten wird nicht gefragt, höchstens nach denen
aus der letzten Sonntagsumfrage. Soweit das Standard-Nega-
tivbild. Es muß allerdings die Frage erlaubt sein, ob die Elite
nichts tut, weil sie unfähig ist, etwas zu tun, oder weil sie daran
gehindert wird, etwas zu tun. Denn wer Führung übernehmen
will, sieht sich mit zahlreichen Widerständen konfrontiert.

Der erste Einwand: Elite ist unvereinbar mit dem
Gleichheitsideal der Demokratie. Diese Ansicht ist nicht nur
falsch, sie ist auch gefährlich. Falsch ist sie deshalb, weil sich
Demokratie und Elite nicht ausschließen, sondern gegenseitig
bedingen. Eine Elite braucht die Chancengleichheit der Demo-
kratie, sie braucht aber auch die geistige Freiheit, die unter-

schiedlichen Ergebnisse zuzulassen, die sich als Folge der Chancengleichheit einstellen. Eine Elite braucht darüber hinaus die Toleranz der Demokratie, um ihre Kreativität entfalten zu können. Ideen brauchen freien Wettbewerb als Entdeckungs- und Erprobungsverfahren. Das geht nur in einer Gesellschaftsordnung, die dem Individuum ausreichend Schutz und Spielraum gewährt.

Keine Talente verkümmern lassen

Andererseits funktioniert unsere moderne Demokratie nur, wenn der Souverän, also das Volk, Aufgaben delegiert. In der Demokratie der Polis waren viele Gruppen von der Partizipation ausgeschlossen, ein aus heutiger Sicht unakzeptabler Zustand. Das freie, allgemeine und gleiche Wahlrecht in einer Massendemokratie braucht die Delegation. Der Soziologe Raymond Aron hat das so ausgedrückt: „Power can never be in the hands of millions of men. There is government *for* the people; there is no government *by* the people.“ Das alles ist in unserer Verfassung verankert, es dürfte also keinen Anlaß für die so oft beklagte „Politikverdrossenheit“ geben. Der Grund liegt - wie so häufig - in der Kluft zwischen theoretischem Ideal und praktischer Wirklichkeit. Die Parlamente, die heute das Volk repräsentieren, mögen in der täglichen Arbeit weit von ihrem Ideal entfernt sein. Trotzdem sind Elite und Demokratie zwei Seiten derselben Medaille. Denn wenn eine Institution in der Wirklichkeit durch vielerlei Einflüsse eingeeengt wird, heißt das noch lange nicht, daß die Idee, auf der sie fußt, verdammenswert ist. Es ist vielmehr ein weiterer Beleg dafür, daß für wichtige Aufgaben gerade die Besten ausgesucht werden müssen. Darin liegt die Gefahr, die eine Demokratie eingeht, wenn sie Eliten ablehnt. Oder, um Alfred Herrhausen zu zitieren: „Es ist kein Luxus, große Begabungen zu fördern, es ist Luxus, und zwar sträflicher Luxus, dies nicht zu tun.“ Gerade weil die Probleme groß sind, können wir es uns nicht leisten, Talente verkümmern zu lassen.

In seinem „Kreislauf der Eliten“ hat Pareto einen immerwährenden Konflikt innerhalb der gesellschaftlichen Eliten modelliert. Hat sich eine herrschende Elite überlebt, ist sie degeneriert, dann übernimmt eine neue Elite die Macht, sei es gewaltsam oder in einem evolutionären Prozeß. Nun hat Pareto nie einen Hehl aus seiner Abneigung gegen die parlamentarische Demokratie gemacht, und wir sollten imstande sein, eine Erneuerung unserer Eliten mit unserer demokratischen Tradition zu verbinden. Dennoch zeigt seine Theorie, daß es nie die Gesamtheit sein kann, die an der Spitze einer Gesellschaft steht.

„Krankheit der Demokratie“

Die Gleichheit wird damit nicht über Bord geworfen: Im Sinne der Chancengleichheit, dem Recht auf Bildung und freie Entfaltung birgt sie enorme Möglichkeiten für den Fortschritt unserer Gesellschaft. Auf der anderen Seite aber sind egalitäre Ideen und Gleichmacherei eine ständige Bedrohung der Freiheit. Platon nennt das die „Krankheit der Demokratie“: „Das äußerste Tun in irgend etwas pflügt immer eine große Hinneigung zum Gegenteil

zu bewirken.“ Platon kannte unsere Bildungsdebatte nicht, aber er beschreibt sie treffend. Die Öffnung der Universitäten für breite Bevölkerungsschichten und Ausbildungsförderung haben die Chancen für einstmals Unterprivilegierte erheblich verbessert. Gleichzeitig ist es für die wirklich Leistungsfähigen und -willigen - gleich welcher Herkunft - schwerer geworden, sich durchzusetzen, Profil zu zeigen. Wer es sich leisten kann, schreibt sich an kleinen, teuren Privathochschulen ein, die sinnigerweise den Namen „Elite-Unis“ haben. Die ursprünglich hehre Idee, Gleichheit zu verwirklichen, hat sich spätestens an diesem Punkt ins Gegenteil pervertiert, oder, salopp formuliert: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.

Die Bildungspolitik wirft nur ein Schlaglicht auf einen Konflikt, den eine demokratische Gesellschaft immer wieder neu austragen muß: Einerseits eine Staatsform zu pflegen, die ohne Elite nicht funktionieren kann, andererseits sich immer wieder auf die Suche nach der richtigen Definition von Elite zu machen, um Gleichheit nicht mit Gleichmacherei zu verwechseln.

Den Mut haben, Entscheidungen zu treffen

Ein zweiter Einwand lautet: Führung bedeutet Macht, und Macht ist schlecht. Dem stelle ich entgegen: Führung bedeutet, Mut zu haben, Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen. Ein zentrales Handlungsfeld für eine fähige Elite, das ich aus eigener Erfahrung beurteilen kann, ist die Wirtschaft. Die Herausforderungen, denen sich die Wirtschaft heute zu stellen hat, sind gewaltig. Unüberwindbar sind sie nicht.

Das Schlagwort „Globalisierung“ umschreibt den Beginn einer neuen Phase des weltweiten Wettbewerbs. Neu ist das nicht, denn Meistbegünstigung und Goldstandard sorgten



Die European Business School in Oestrich-Winkel

Foto: Ausserhofer

schon vor dem ersten Weltkrieg für eine Internationalisierung der Wirtschaft. Auch die europäische Integration ist nichts anderes als die Schaffung eines Wirtschaftsraumes, der über die Grenzen der Nationalstaaten hinausgeht. Trotzdem macht sich mancherorts Ratlosigkeit breit, weil die Probleme komplexer werden und die Veränderungen sich in bislang ungeahnter Geschwindigkeit vollziehen. In der Hilflosigkeit scheint sich nur eine wohlfeile Antwort durchzusetzen: Kommando zurück. Zurück zur Nationalstaaterei, zurück zum Protektionismus. Auch diese Antwort ist nicht neu, lediglich das Etikett wechselt - ob es um die englischen Korngesetze des frühen 19. Jahrhunderts geht oder um die EU-Markordnung für landwirtschaftliche Produkte. Auch die moralisch entrüsteten Gegner des sogenannten Sozialdumpings sehen heute nur das verwirklicht, was sie in den siebziger und frühen achtziger Jahren vehement gefordert hatten: eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Das Spannungsfeld zwischen Freihandel und Protektionismus ist also bekannt. Doch eines ist heute radikal neu: Die Kontrolle liegt nicht mehr in der Hand eines exklusiven Klubs von reichen Industrieländern der westlichen Hemisphäre. In Asien haben Volkswirtschaften an Bedeutung gewonnen, die sich unseren Traditionen nicht verbunden fühlen. Die Ordnung der Weltwirtschaft wird nicht am grünen Tisch geschaffen, sondern im Wettbewerb, und zwar unter Bedingungen, die nicht mehr wir alleine bestimmen.

Führung bedeutet vor diesem Hintergrund die Einsicht in die Notwendigkeit. Wir können den Herausforderungen der 90er Jahre nicht mehr mit den Rezepten der 60er Jahre begegnen. Angesichts radikaler Veränderungen in der weltwirtschaftlichen Lage müssen auch wir radikal umdenken. Es braucht Mut, dies einzugestehen und öffentlich zu sagen. Und es wird noch schwieriger: Weil Lippenbekenntnisse nichts ändern, müssen Entscheidungen getroffen werden, die Veränderungen bewirken. Dafür muß eine Elite die Verantwortung übernehmen. Politiker wird es Wählerstimmen kosten und Wirtschaftsführern wird es Konflikte mit den Arbeitnehmern bescheren. Aber es gibt keine Alternative.

Wille zur Veränderung wird häufig bestraft

Die Kritik an den Eliten, die aus der eingangs zitierten Umfrage hervorgeht, richtet sich gegen das Nichtstun. Doch häufig wird gerade der Wille zur Veränderung bestraft. Reformen scheitern am Beharrungsvermögen einer übermächtigen Bürokratie, und das nicht nur im Staatssektor. Auch die Wirt-

schaft geht noch zu oft den Weg des geringsten Widerstandes. Ein Beispiel dafür ist der Streit um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Hier war die Regierung den ausdrücklichen Wünschen der Wirtschaft gefolgt und hatte mit ihrem Gesetz die Grundlage für eine sinnvolle Reform geschaffen. Dieser Schritt war unpopulär und mutig. Zunichte gemacht wurde er durch das Einknicken von Unternehmern und Wirtschaftsverbänden. Die Elite hat in diesem Fall versagt, indem sie dem Konflikt aus dem Weg gegangen ist. Damit steht sie in einer allgemein anerkannten Tradition. Wir haben in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine Harmoniekultur errichtet, die sich nicht zuletzt in Worten wie „Sozialpartnerschaft“ und „Mitbestimmung“ in unserem Bewußtsein festgesetzt hat. Das mag in einer wohlbehüteten Wirtschaft funktionieren, in der die einzige Frage darin besteht, wie die Früchte des immerwährenden Wachstums zu verteilen sind. Doch diese zweifelsohne verdienstvollen Einrichtungen dürfen nicht zum Selbstbedienungsladen für Interessengruppen verkommen. Wir können unsere Gesellschaft nicht allein an Lohn- und Kapitalquote messen. Wir müssen sie so gestalten, daß sie auch zukünftig Wohlstand und ein Leben in Würde bietet. Und das erfordert Veränderungen, ganz im Sinne des Dichters Tomasi di Lampedusa: „Wenn wir wollen, daß alles so bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, daß sich alles verändert.“

Herkulesaufgabe

Hier haben wir also unsere Herkulesaufgabe: Dinge verändern, Innovationen erdenken und durchsetzen. „Der größte Feind der neuen Ordnung ist, wer aus der alten seine Vorteile bezog“, heißt es bei Machiavelli. Das bedeutet Widerstand. Joseph Schumpeter hat als Triebfeder des Fortschritts den „Prozeß der kreativen Zerstörung“ ausgemacht. Das heißt: Innovationen gelingen nicht mit einem Schmusekurs. Wer etwas verändern will, braucht - gerade wegen der Mechanismen der Demokratie - Mut, Kraft, Durchhaltevermögen, Kreativität und Verantwortungsbewußtsein sowie persönliche Integrität. Das ist, zugegeben, viel verlangt. Und es wird viele geben, die an diesen Anforderungen scheitern. Um so wichtiger ist es, daß denen, die solchen Anforderungen gerecht werden, die Unterstützung der Gesellschaft gewiß ist. Dies zu erkennen heißt, sich offen zur Elite zu bekennen. □

Anschrift des Autors

Metalgesellschaft AG
Reuterweg 14
60271 Frankfurt am Main

Zitat

Klares Ja zu Eliten

„Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten eine törichte Diskussion um den Elitebegriff geleistet. Das hat uns geschadet. Wir stehen in weltwirtschaftlicher Konkurrenz mit Ländern, die gezielt eigene Eliten fördern, um sich im globalen Wettbewerb besser behaupten zu können. Wir brauchen in Deutschland mehr

denn je ein klares Ja zu Eliten. Damit meine ich Leistungseliten - Frauen und Männer, die in allen Bereichen unserer Gesellschaft über das gewöhnliche Maß hinaus Verantwortung übernehmen und Überdurchschnittliches leisten.

Dies gilt in ganz besonderer Weise für den Bereich von Wissenschaft und For-

schung, aber auch für den Sport, die Jugendarbeit oder den sozialen Alltag.“

Auszug aus der Rede von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl anlässlich der Verleihung der Förderpreise im Gottfried Wilhelm Leibniz-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft am 15. Januar 1997

MAX A. HÖFER

Führungskrise der Elite

Anmerkungen zu einer Umfrage

Das Ansehen der Elite in Deutschland sinkt. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. Alarmierend ist vor allem die von Führungskräften selbst eingeräumte mangelnde „Führungsverantwortung“ und die gegenseitige „Abschottung“.



Max A. Höfer,
Ressortleiter Politik
der Zeitschrift Capital

Deutschland hat eine Führungskrise. Das ist nicht der Kommentar eines Journalisten, der das Bonner Gezänk um die notwendigen Reformen des Standorts Deutschland beobachtet. Das ist das Ergebnis eines Capital Elite-Panels, welches das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag von Capital im Herbst 1996 durchführte.

Seit beinahe zehn Jahren befragt Allensbach zirka dreimal jährlich rund 600 Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung zu aktuellen Themen. Die Ergebnisse werden im Wirtschaftsmagazin Capital regelmäßig veröffentlicht. Die befragten Führungskräfte rekrutieren sich zu gut zwei Dritteln aus den Topetagen der deutschen Wirtschaft, darunter über 150 Vorstandsvorsitzende aus Firmen mit mehr als 1000 Beschäftigten. Ein weiteres Drittel bilden hochrangige Politiker und Ministeriale, darunter über 50 Staatssekretäre, Minister und Ministerpräsidenten sowie über 40 Spitzen der Verwaltung. Die Ergebnisse können demnach als repräsentativ angesehen werden.

Dissens

Die deutsche Führungskrise äußert sich in mehreren Bereichen. Aufmerksam auf Krisensymptome wurden wir zunächst durch den zunehmenden Dissens zwischen der Wirtschafts-Elite und der Politiker-Elite in wesentlichen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Im Herbst 1995 gaben 84 Prozent der Wirtschaftsführer zu Protokoll, daß sich Deutschland einen „Sozialstaat auf diesem Niveau künftig nicht mehr leisten kann“. Dagegen waren 43 Prozent der Politiker der gegenteiligen Meinung: „Unser Sozialstaat hat Zukunft“. 64 Prozent der Wirtschaftsführer plädierten für „drastische Kürzungen der Sozialleistungen“, dagegen meinten 55 Prozent der Politiker, daß „keine besonderen Einschnitte notwendig“ seien. 66 Prozent der Wirtschaftsführer hielten den „Sozialstaat für eine Gefahr für den Standort Deutschland“. Ein „Stabilitätsfaktor“ war er für 52 Prozent der Politiker. Die Liste ließe sich fortführen. Deutlich wird der klare Widerspruch sowohl in der Einschätzung der Lage als auch in der Dringlichkeit von Reformen.

Die Politik hat beim Umbau des Sozialstaates mehr zu verlieren als die Wirtschaft, die von der Entlastung bei den Lohnnebenkosten profitiert, deuteten wir die Ergebnisse. Warnendes Beispiel für die Abstrafung der Politiker durch die Wähler ist Schweden. Premier Carl Bildt leitete zwar mit harten Schnitten die Wende im Wohlfahrtsstaat ein, verlor dann aber prompt die Wahl.

Unterschiedliche Interessen zwischen Politik und Wirtschaft beeinflussen die Beurteilung der Lage und der notwendigen Maßnahmen. Alarmierend war jedoch, daß 68 Prozent der Wirtschaftsführer in diesem Panel den „Politikern den Mut und die Kraft“ absprachen, „den Umbau des Sozialstaates anzupacken“. 55 Prozent der Politiker trauten sich das immerhin zu. Diese Ergebnisse deuteten an, daß die Elite in der entscheidenden Frage der Politikfähigkeit gespalten war. Und weiterhin ist. Weil sich dieser Bruch zwischen Politikern und Wirtschaftsführern auch auf anderen Politikfeldern zeigte, machten wir die Elite selbst zum Thema.

Elite in den USA

Dabei knüpften wir bei den Thesen des amerikanischen Soziologen Christopher Lasch an, der in seinem Buch „Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung“ die Elite der USA scharf angreift. Lasch behauptet, daß die Entstehung einer „kosmopolitischen Elite“ in den USA und in der westlichen Welt, die er auf zirka 20 Prozent der Bevölkerung schätzt, die Kontrolle über den Fluß des Kapitals und der Informationen übernommen hat. Diese privilegierte Klasse hat sich selbst unabhängig von den Problemen der Industriearbeiterschaft gemacht, aber auch vom öffentlichen Sektor, den sie nicht mehr in Anspruch nimmt. Die neue Klasse lebt in einer eigenen, prosperierenden Welt mit privaten Schulen und Sicherheitsdiensten. Ständig mobil auf Konferenzen, Vernissagen und Geschäftsreisen, isoliert in Vorortgeetos, hat sie nur noch einen touristischen Blick auf die Gesellschaft. Während sie die provinziellen Durchschnittsspießer verachtet, schreckt sie nicht davor zurück, sich Traumgehälter zu genehmigen, auf Steuerparadiese auszuweichen und ihren privilegierten Zugang

zu Informationen auszunutzen. Familiäre, regionale, soziale und nationale Bindungen haben kaum noch Bedeutung. Lasch weist dem „kosmopolitischen Establishment“ die Schuld zu für die wachsende Armut, die ausufernde Kriminalität, die Verslumung der Städte und die Verunsicherung der Mittelschichten. „Die Elite versagt vor der Gesellschaft,“ resümiert Lasch. Sie geht von Bord und überläßt die Mannschaft sich selbst.

Keine Führungsverantwortung

In der Herbst '96 Umfrage des Elite-Panels konfrontieren wir die deutschen Führungskräfte mit Laschs Kritik. Das Ergebnis ist überraschend eindeutig: Rund 60 Prozent aller Topentscheider meinten, daß „die Elite ihre Führungsverantwortung nicht wahrnimmt und sich von der allgemeinen Bevölkerung absondert.“ Die Spitzen in Politik und Wirtschaft trifft der Vorwurf noch mehr als die in Kultur und Wissenschaft.

Man kann diese Führungskrise in drei Elitekrisen auffächern, da sie Politik-, Wirtschafts- und Intellektuellenelite gleichermaßen betrifft, nur mit unterschiedlicher Ausprägung: Für die politische Klasse liegt das Problem in der „Verbonzung“ (Helmut Kohl), für die Wirtschaftselite in der „Abgeschlossenheit“ (Helmut Schmidt), für die Intellektuellen im „Negativismus“ (Elisabeth Noelle-Neumann).

Die politische Klasse

Längst führen nicht mehr soziale Herkunftsbarrieren zur Absonderung der politischen Klasse gegenüber dem Volk. „Die Rekrutierungsverfahren der Parteien“, meint Peter Glotz, der seine Funktionen in der SPD kürzlich aus Frust zurücklegte, „schrecken viele kreative und intelligente Leute vom politischen Betrieb ab.“ Durch die Gesichtskontrolle der Parteien kommt nur der immergleiche Typus des stromlinienförmigen Gremienpolitiklers, akademisch gebildet, mittelschichtszugehörig, meist aus dem öffentlichen Dienst. Als Berufspolitiker sind sie vor allem, so der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker, „Generalisten mit Spezialwissen, wie man politische Gegner bekämpft“. Der interne Hickhack nimmt die politische Klasse so sehr in Anspruch, daß sie sich abschottet. Am Beispiel der Parteienfinanzierung zeigt der Speyrer Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim, daß „die Parteien ein Kartell bilden, das die Wähler entmachtet.“ Da all dies dem Image schadet, flüchten die Politiker in eine Wagenburgenmentalität, die sie hilflos erscheinen läßt, zu mutlos, um Reformen anzupacken. Wer die grausamen Wahrheiten zuerst sagt, quält sie die Angst, den bestraft der Wähler. Kein Wunder, daß mittlerweile das Bundesverfassungsgericht zum Hauptakteur der deutschen Politik geworden ist. Karlsruhe erzwang das steuerfreie Existenzminimum, strich den Kohlepfennig, regelte die Abtreibungsfrage, das Asylrecht und die Bundeswehreinätze out of area. Der Fall der Vermögenssteuer und die Änderung der Erbschaftssteuer im Jahressteuergesetz 97 gehen auf das Einheitswerturteil der Verfassungshüter zurück. Immerhin hat sich die Koalition nun zusammen mit der SPD-Opposition und Bundesratsmehrheit zu Gesprächen über die Steuerreform durchgerungen. Das Ergebnis wird ein Ausweis der Reformfähigkeit des Landes sein.

Verärgert sind die Politiker über die Geringschätzung, die ihnen von seiten der Topmanager entgegenschlägt. Waren die Arbeitgeberverbände nicht mit von der Partie, als der Sozialstaat aufgerüstet wurde? Die politische Klasse fühlt sich im rauen Wind der Globalisierung allein gelassen. Während sich die Unternehmen besser denn je die attraktivsten Standorte weltweit aussuchen, bleiben die Politiker auf den nationalen Problemen sitzen: Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Erosion der Sozialsysteme. „Deutschland bedeutet mir nicht viel“, bekennt Daimler-Chef Jürgen Schrempp, der sich überdies gern brüstet, hierzulande kaum Steuern zu zahlen. Schrempp ist sicherlich nicht typisch für das Gros der deutschen Topmanager, aber symptomatisch für einen neuen Trend. Dieser Typus, schimpft Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, „investiert gern in Florida, will aber in Oberbayern Golf spielen.“ Das deutsche Modell des Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit sah Hamburgs Erster Bürgermeister Henning Voscherau in der Bundesratsitzung zum Sparpaket in die Brüche gehen: „Die deutsche Oberschicht verletzt ihre Solidaritätspflicht gegenüber dem eigenen Volk. Einige meinen gar schon, das Schiff sinkt, und machen sich aus dem Staub.“

Die Wirtschaftselite

Die Topmanager haben ihrerseits für Politik kaum noch Zeit. Der Ex-Wirtschaftsminister von Hessen und frühere VW-Vorstand Ulrich Steger erläutert: „Die Gemütlichkeit des Industriefeudalismus ist passé. Der Aufstieg in die Topetagen der Wirtschaft ist offener, aber auch beschwerlicher denn je. Das führt zur Konzentration auf die ökonomischen Prioritäten“. Der einflußreiche Aufsichtsratschef von BMW Eberhard von Kuenheim meint zur Abschottung der Topmanager: „Das Problem der deutschen Elite liegt in der Versäulung. Hier Politiker, dort Wirtschaftler, hier Wissenschaftler, dort Journalisten. Zwischen diesen Säulen gibt es keine Durchlässigkeit, auch nicht im Gespräch.“

Kuenheims Diagnose wird vom Capital-Elite-Panel bestätigt. Die Kontakte der verschiedenen Eliten untereinander lassen zu wünschen übrig. 66 Prozent der Topmanager haben „nur vereinzelt bis gar keinen“ Kontakt zur Politikerelite. Von Ablehnung sind die Beziehungen zum Journalismus geprägt. Dorthin halten gerade 22 Prozent der Wirtschaftsführer „viel“ Kontakt. Im Mittelpunkt des deutschen Elitenetzwerkes stehen die Politiker. Sie sind noch am kommunikativsten, sowohl in Richtung Unternehmer und natürlich gegenüber den Medien. Mit ersteren halten sie zu 67 Prozent „viel“ Kontakt, zur Journalistenelite 50 Prozent.

Wie kann aber eine Gesellschaft geführt werden, wenn insgesamt der Informationsaustausch in der Führungsebene stockt?

Auch mit der gegenseitigen Wertschätzung innerhalb der Elite steht es nicht zum besten. 46 Prozent der Führungskräfte meinen, daß die Journalistenelite „viele Fehlurteile über die Wirtschaft“ habe. Den Grund dafür sieht Allensbach-Chefin Elisabeth Noelle-Neumann im internationalen Medientrend zum „Negativismus“. Die Dramatisierungserfordernisse der Berichterstattung verzerren die Wirklichkeit. Das prägt das schlechte Bild von den einzelnen Elitegruppen - Feindbild Politiker, Unternehmer, Journalist etc.

Die Gründe für die „Versäulung“ und gegenseitige „Abschottung“ der Elite sind also vielschichtig. Ingesamt ist auch in der Bevölkerung ein allmählicher Ansehensverlust der Eliten und Berufsgruppen festzustellen. Die „Götter in weiß“, die Richter und Pfarrer genießen zwar immer noch ein hohes, aber nicht mehr ein so hohes Ansehen. Der Züricher Philosoph Hermann Lübbe begründet diesen Ansehensverlust mit dem Erfolg des demokratischen Prinzips der Chancengleichheit. Je mehr ein System davon bietet, desto mehr Chancen werden auch genutzt, und Unterschiede treten klarer hervor. Im Positiven wie im Negativen. Zur Demokratie gehört die Elite, nicht der Stand. „Feudale“ Rangordnungen, die allen Mitgliedern die gleiche Bedeutung zuschreiben, verlieren ihre Geltung.

Der Ansehensverlust der Elite ist demnach nicht unbedingt ein Alarmsignal, sondern zumindest zum Teil ein Ergebnis der Demokratisierung der Gesellschaft. Alarmierend ist jedoch die im Capital-Elite-Panel von den Führungskräften selbst eingeräumte mangelnde „Führungsverantwortung“ und die gegenseitige „Abschottung“. □

Anschrift des Autors

Redaktion Capital
Eupener Straße 70
50 927 Köln

Nachgefragt

Neues Elitebild schaffen!

Forschung & Lehre: Würden Sie heutzutage von Elite sprechen oder ist der Ausdruck nicht mehr zeitgemäß? Wenn ja, wer könnte diese Elite sein?

Klaus v. Klitzing: Der Begriff Elite hat ein Negativimage, da eine Auslese immer eine Minderheit darstellt. Minderheiten sind unpopulär, werden mit Neid und Skepsis betrachtet und stellen aus politischem Blickwinkel kein Wählerpotential dar - sind deshalb als ideologisches Verschleißobjekt hervorragend geeignet. Es muß ein neues Elitebild geschaffen werden, basierend auf Führungspersönlichkeiten, deren breites Wissen, kritisches Denken und Visionen zum Wohl der Allgemeinheit eingesetzt werden kann.

„Unsere Gesellschaft braucht eine verlässliche Werthaltung ihrer Elite,“ Roman Herzog, Juni 1996. Wie würden Sie diese Worte verstehen?

Ich verstehe die Worte von Roman Herzog als einen Appell, die Bedeutung der Elite für ein sicheres Voranschreiten in eine ungewisse Zukunft nicht zu unterschätzen.

Nach einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach meinen 60 Prozent aller befragten Führungskräfte in Deutschland, daß

die Elite ihre Führungsverantwortung nicht wahrnimmt und sich von der allge-



Professor Dr. Klaus von Klitzing, Direktor des Max-Planck-Instituts für Festkörperforschung, Stuttgart. Nobelpreis für Physik 1985.

meinen Bevölkerung absondert. Stimmen Sie diesem Eindruck zu? Wenn ja, woran könnte diese Entwicklung liegen?

Da sich besondere Leistungen immer weniger lohnen, besteht natürlich die Gefahr, daß immer mehr „Elitepersönlichkeiten“ sich zurückziehen und nicht Ziel-scheibe von (unseriösen) Angriffen sein wollen. Andererseits können Führungspersönlichkeiten, insbesondere in der Industrie, immer weniger die Kriterien

der Elite erfüllen, da sie sich dem Druck der globalen Märkte und dem Diktat des Geldes nicht entziehen können.

Zeichnet der Nobelpreis eine gesellschaftliche Elite aus?

Der Nobelpreis ist zu singulär, um für die Auszeichnung von Elite eingesetzt zu werden. Elite hat eine breitere Basis!

Wie sind Sie auf die Entdeckung, die mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, gekommen? War sie das Ergebnis stetiger Forschung oder ein „Geniefunke“? Welches von beiden ist ein typisches Merkmal von Elite?

Die Entdeckung des quantisierten Halleffektes in der Nacht vom 4./5. Februar 1980 war eine plötzliche Entdeckung, die jedoch auf jahrelanger stetiger Forschung beruhte. Der Elitebegriff steht eher für kontinuierliche hervorragende Leistungen als für singuläre „Geniefunke“.

Was würden Sie der zukünftigen Elite empfehlen?

Ich kann der zukünftigen Elite nur empfehlen, daß Resignation kein Lösungsweg ist.

Wie werden Eliten gebildet?

Plädoyer für eine bestmögliche Bildung aller

Der Weg zu einer besseren Elite führt nur über eine gute Ausbildung möglichst vieler Menschen. Die Förderung besonders Begabter darf nicht diejenigen, die ebenso leistungswillig sind, benachteiligen.

Jürgen Lüthje, Dr. iur.,
Präsident der Universität
Hamburg

Jede Gesellschaft hat Eliten. Es sind diejenigen, die politisch oder wirtschaftlich entscheiden, kulturelle Maßstäbe setzen, Meinungen prägen oder Lebensstile gestalten. Zur Elite gehören die Mächtigen, die Einflußreichen, die Erfolgreichen - seltener die Weisen, die Verantwortungsvollen, die Gebildeten, die Engagierten, die Kreativen. Über die Zugehörigkeit zur Elite entscheidet weniger die individuelle Befähigung oder Leistung eines Menschen als seine Stellung in sozialen Systemen. Diese Stellung kann erworben oder verliehen, ererbt, erarbeitet oder zugefallen sein, sie kann aber auch verlorengehen oder entzogen werden. Die Zugehörigkeit zur Elite ist demnach keine dauerhafte Eigenschaft einer Person, sondern Ausdruck ihres jeweiligen gesellschaftlichen Status.

Was ist angesichts dieser soziologischen Selbstverständlichkeiten gemeint, wenn heute in Deutschland das Fehlen einer Elite beklagt, der Ruf nach Elite laut wird? Und warum prägt diese Forderung gerade die bildungs- und hochschulpolitische Diskussion? Offenbar gibt es einen Wunsch nach besseren Eliten und die Vorstellung, daß sie am wirksamsten durch Ausbildung und Bildung entstehen können. Dieser Grundgedanke ist ebenso einleuchtend wie unzureichend. Zweifelsfrei richtig ist, daß die bestmögliche Ausbildung und Bildung bessere Eliten hervorbringen kann.

Welcher Personenkreis soll gefördert werden?

Mit dem Ruf nach Eliten ist aber offenbar noch etwas anderes gemeint: der Wunsch nach Förderung der Begabtesten, Befähigtesten oder Bildungswilligsten. Auch dagegen ist im Grundsatz nichts einzuwenden. Das eigentliche Problem liegt in der Frage, welcher Personenkreis die bestmögliche Ausbildung und Bildung erfahren soll. Soll es eine kleine Elite oder sollen es möglichst viele Menschen sein?

Ökonomisch könnte die Konzentration der Förderung auf die jeweils Besten begründet werden. Das Verhältnis von Aufwand und Ertrag ließe sich so optimieren. Dieses Kalkül

würde jedoch nur dann aufgehen, wenn nicht nur die Begabtesten, Befähigtesten oder Bildungs- und Leistungswilligsten möglichst früh und sicher erkannt werden könnten, sondern sich zugleich die Wahrscheinlichkeit erhöhen ließe, daß sie die künftigen Eliten stellen. Gerade das aber kann in demokratischen Gesellschaftssystemen, in offenen, freien Wirtschaftsordnungen oder in pluralen Kultur- und Lebensformen nicht sichergestellt werden - vielleicht nicht einmal gewollt sein.

Chancengleichheit

Im demokratischen Gemeinwesen, das seine politische Elite weder durch Abstammung noch durch Vermögen, Glauben, Rasse oder Geschlecht bestimmen darf, kann Entscheidungsmacht nur unter Wahrung der Chancengleichheit durch Wahlen und legitimierende Verfahren übertragen werden. Selbst wenn man die Begabtesten, Fähigsten und Leistungswilligsten möglichst früh mit hinreichender Sicherheit erkennen und besonders fördern könnte, wäre demnach keineswegs sicher oder wahrscheinlich, daß sie die politische Elite bilden würden. Die Zustimmung in Wahlen zum Beispiel ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, unter denen die Qualifikation und die Leistungsfähigkeit der kandidierenden Personen selten die wichtigsten sind.

Auch im wirtschaftlichen und beruflichen Wettbewerb, der in offenen Wirtschaftssystemen die Herausbildung wirtschaftlicher und beruflicher Eliten prägt, sind Erfolgsfaktoren wesentlich vielfältiger als sie durch eine auf einen begrenzten Personenkreis konzentrierte „Elitebildung“ gefördert werden können. Für kulturelle und andere Lebensbereiche gilt ähnliches. Wenn überhaupt die durch Bildung und Ausbildung zu entwickelnde persönliche Qualifikation und Leistungsfähigkeit bei der Herausbildung gesellschaftlicher Eliten eine größere oder entscheidende Rolle spielen soll, genügt gerade nicht die bestmögliche Förderung der künftigen Eliten. Vielmehr ist mindestens von gleicher Bedeutung, daß der Stellenwert von Qualifikation und Leistungsfähigkeit in den Auswahlprozessen selbst erhöht wird. Das kann aber nur über die Einsicht mög-

lichst aller an diesen Prozessen Beteiligten gelingen. In demokratischen Wahlen sind das zum Beispiel alle Wahlberechtigten.

Viele Menschen gut ausbilden

Wenn die Auswahl von Eliten nicht auf die Angehörigen einer Elite beschränkt ist - und dies ist das konstitutive Merkmal offener, freier Systeme - führt der Weg zu besser qualifizierten und leistungsfähigeren Eliten nur über die bestmögliche Bildung und Ausbildung möglichst vieler Menschen. Wenn viele Menschen an der Auswahl von Eliten beteiligt sind, können die Chancen der Qualifiziertesten und Leistungsfähigsten nicht durch deren Isolation von den an der Auswahl Beteiligten gesteigert werden, sondern nur durch die allgemeine Steigerung der Bedeutung von Qualifikation und Leistungsfähigkeit für prinzipiell alle an den jeweiligen Systemen Beteiligten. Das schließt eine besondere Förderung besonders Begabter und Leistungswilliger keineswegs aus, setzt aber voraus, daß sie nicht einseitig zu Lasten der Förderung aller anderen geschieht. Nicht mehr Bildung für wenige, sondern die bestmögliche Bildung für möglichst viele bleibt das einzig realistische Konzept zur Bildung besser qualifizierter und leistungsfähigerer Eliten. Dieses Konzept entspricht auch unserem Wissen, daß die Funktions- und Leistungsfähigkeit arbeitsteiliger Prozesse nicht nur von der Qualität der Leitung, sondern mindestens ebenso von der Motivation, Qualifikation und Kooperationsfähigkeit aller Beteiligten abhängt. Bildung ist eben nicht nur demokratisches Bürgerrecht, sondern zugleich Funktions-

bedingung demokratischer Gesellschaftsordnungen und komplexer, offener Wirtschaftssysteme. Wer meint, die Bildungsanstrengungen und -aufwendungen auf eine begrenzte Zahl besonders befähigter Menschen konzentrieren, der größeren Zahl aber die bestmögliche Bildung vorenthalten zu können, untergräbt zugleich die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftssystems.

Warum schlägt sich diese einfache Einsicht gegenwärtig nicht in entsprechenden politischen Prioritäten nieder? Seit 1978 ist der Anteil der Hochschulausgaben am Bruttosozialprodukt um ein Drittel, der Anteil an den öffentlichen Ausgaben um ein Viertel gesunken, obwohl die Zahl der Studierenden um 100 Prozent, die Zahl der Studienanfänger um 70 Prozent gestiegen ist. Das Wiederaufleben der Elitediskussion in den 80er Jahren steht dazu in offensichtlichem Zusammenhang. Der Ruf nach Elite soll die Nachrangigkeit von Bildung und Ausbildung in den politischen Prioritäten kompensieren.

Gerade diejenigen, die ein Bekenntnis zur Elite einfordern, müßten in der vordersten Front derjenigen stehen, die eine nachhaltige Steigerung der Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen unserer Gesellschaft fordern. Wenn sie das nicht tun, ist der Ruf nach Elite nur die propagandistische Ablenkung von der Vernachlässigung einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben. □

Anschrift des Autors

Edmund Siemers Allee 1
20 146 Hamburg

Anzeige

Braucht Deutschland

Pro

Grundsätzlich sollte die Erkenntnis, daß Wissenschafts- und Bildungspolitik auch Standortpolitik ist, gerade bei Wirtschaftspolitikern mehr Interesse für die Situation der Hochschulen wecken.

An international wichtigen Stellen geschieht dies bereits:

So war z.B. bei der zurückliegenden Konferenz des Asien-Pazifik-Ausschusses der deutschen Wirtschaft in Neu-Delhi der Verlust der Attraktivität Deutschlands als Studienort für asiatische Studenten ein ganz wesentliches Thema.

Dies hat unter Punkt vier in der Resolution von Delhi auch seinen Niederschlag gefunden, in der es heißt: „Deutschland hat als Studienstandort für Studenten aus der Region an Attraktivität verloren. Dadurch fehlen der deutschen Wirtschaft wichtige Multiplikatoren für deutsche Produkte und Technologie.“

Deutschland wird offensichtlich in der Welt als Studienstandort international nicht mehr attraktiv genug bewertet. Dies ist sowohl für den kulturellen Dialog mit vielen Ländern der Welt als auch für die deutschen Außenwirtschaftsbeziehungen eine höchst beklagenswerte Entwicklung.

Zu recht wird ausgeführt: Ein Ingenieur, der in Deutschland studiert, nimmt eine natürliche Aufgeschlossenheit für deutsche Technik und deutsche Produkte mit in seine Heimat. Ein ausländischer Jurist mit Kenntnissen des deutschen Rechts ist uns ein willkommener Vertragspartner. Viele fruchtbare Verbindungen werden bereits während des Studiums geschlossen. Lehrende und Lernende bleiben häufig auch nach dem Studium in Kontakt, so daß sich dadurch ein Netz an Beziehungen entwickeln kann, das für die Unternehmen eine große Hilfestellung für die Kooperation mit ausländischen Firmen oder für das Eintreten in einen neuen Markt sein kann. Bei sehr vielen Entscheidungen spielen persönliche Erfahrungen eine maßgebliche Rolle. Diese werden von wissenschaftlichem Nachwuchs aus aller Welt aber zunehmend in anderen Ländern gemacht.



**Dr. Walter Döring, MdL,
Wirtschaftsminister und
stellvertretender
Ministerpräsident
des Landes Baden-
Württemberg**

An den deutschen Hochschulen und Bildungseinrichtungen müssen also dringend Konsequenzen gezogen werden.

Allerdings ist zu befürchten, daß sich dies bei der Schwerfälligkeit der Apparatur und der Verflechtung der Aktivitäten durch die Kultusministerkonferenz, die Hochschulrektorenkonferenz usw. sich nicht schnell genug lösen lassen.

Baden-Württemberg sollte sich deshalb mit einem eigenständigen Pilotprojekt wieder in eine Führungsposition bringen.

Bestgeeignet hierzu erscheint mir die Errichtung einer „International University“. Die Unterrichtssprache wäre Englisch, Trimester statt Semester sollten ebenso eingeführt werden, außerdem müssen Auslandsaufenthalte und Betriebspraktika verbindlich vorgeschrieben werden.

Die „Internationale Universität“ würde auch Studiengebühren erheben, aber natürlich ein breites Feld an Stipendien auf unterschiedliche Art und Weise anbieten.

Eine solche „Internationale Universität“ würde zusätzlich zur Pluralität und Vielfalt beitragen und mit Sicherheit den Wettbewerb der Universitäten untereinander zusätzlich positiv beeinflussen.

Es kann nicht sein, daß allerorten von der Globalisierung und der Internationalisierung gesprochen wird und daß dies im Bereich der Wirtschaft längst mit allen notwendigen Vorbereitungen angegangen wird und daß der Ausbildungsbereich demgegenüber unberührt davon bleibt.

Eine „Internationale Universität“ in Stuttgart wäre ein hervorragender Standortfaktor und würde außerdem dazu beitragen, daß sich „das Land der Dichter und Denker“ wieder einmal im Bereich Bildung, Ausbildung, Kultur an die Spitze der Bewegung setzen würde.

Elitehochschulen ?

Contra

Eliten werden historisch und soziologisch „entdeckt“. Daß Staat und Gesellschaft Eliten benötigen, ist schwer zu bestreiten. Daß man sie „backen“ könnte, bezweifle ich. Wenn Personen in Führungsverantwortung gelegentlich ihren Aufgaben nicht gewachsen sind - das hat es immer gegeben - so sind sie entweder fachlich-sachlich oder häufiger: gesamt-menschlich schlecht vorbereitet in ihre Positionen gelangt. Was das - von einzelnen jeweils *erreichbare* - fachlich-sachliche Leistungsniveau in unserer Hochschulausbildung angeht, so brauchen wir uns meiner Meinung nach keine zu großen Sorgen zu machen. Höchstleistungen sind in ihr und durch sie möglich. Daß es in der Mitte und im unteren Drittel des Leistungsspektrums unserer Absolventinnen und Absolventen da und dort nachlassende Qualitäten geben mag, will ich nicht bestreiten. Das hängt sowohl mit der - fachweise unterschiedlichen - Leistungsselektion in den Anfangssemestern der Hochschulausbildung als auch mit der seit Jahren fortgeschleppten Unterfinanzierung unseres Hochschulsystems zusammen.

Wegen der *fachlichen* Qualitäten unserer Hochschulausbildung bedarf es keiner - zu einer solchen ernannten - Elite-Hochschule. Schwächen unserer Hochschulen habe ich im Feld der Persönlichkeitsbildung einzuräumen. In der „pädagogischen Provinz“ Hochschule wird die Entwicklung ethischer Maßstäbe, die Fähigkeit zum Dialog über Fachgrenzen hinweg auf der Grundlage einer differenzierten Beherrschung der Muttersprache, das (unabhängige) Denken in Systemzusammenhängen und Prozeßketten und schließlich ein auf all dem aufbauendes Handeln, d. h. Entscheiden in eigener Verantwortung, zu wenig vermittelt und zu wenig geübt. Das da und dort beobachtete ungehemmte Ausleben eines sozial-ethisch ungezügelter Individualismus oder besser:

Egoismus schwächt aber nicht nur die Verantwortungsfähigkeit mancher unserer sogenannten „Elite“-Vertreter, sondern auch die der anderen Gesellschaftsmitglieder.

Es ist richtig, daß wir hier etwas tun müssen, und zwar in Schule und Hochschule, am Arbeitsplatz und in der Freizeit, vor allem dadurch, daß wir auf vorbildliches Verhalten hinweisen, an alte Tugenden, die keineswegs „sekundär“ sind, erinnern und sie dadurch bewußt machen und, indem wir selbst verantwortungsethisch handeln. Natürlich bedarf dies alles auch der Übung, d. h. angeleiteten Trainings - wie im Sport -, vor allem aber auch der Entwicklung von „Einsamkeitsfähigkeit“ (Odo Marquard), worauf Roman Herzog kürzlich hingewiesen hat. Damit ist nicht soziale Isolation gemeint, sondern nur die Fähigkeit, auf kurze Zeit, für eine bestimmte Aufgabe, für sich und bei sich allein zu sein, um nachdenken und entscheiden zu können. Erst die unabhängige Persönlich-

keit ist wirklich zu sozialer Bindung und sozialer Verantwortung fähig. Wenn dies mit Elitebildung zu tun hat, in Ordnung. Jedenfalls sollten wir auch diese Fähigkeit soweit als möglich fördern. Dies gilt insbesondere auf dem Gebiet der Begabtenförderung, wo wir in Deutschland trotz der Anstrengungen verschiedener Stiftungen noch mehr tun könnten und sollten.

Eine sozial verantwortbare und verantwortliche Elite bildet sich nicht durch Kapitalinvestition, Tradition oder Erbschaft, sondern allein durch Leistung und Persönlichkeit, und sie ist kein Besitzstand. Eine solche Elitebildung zu fördern, liegt im Interesse jeder menschlichen Gesellschaft. Einer „Prinzen-Erziehung“ in privilegierten „Elite“-Anstalten bedarf es dazu aber nicht. Die m. E. auf einigen Feldern gegebene Modellfunktion privater Hochschulen wird durch diese Einschätzung nicht berührt.



Professor Dr. Klaus Landfried, Präsident der Universität Kaiserslautern, designerter Präsident der Hochschulrektorenkonferenz

Studienstandort Deutschland attraktiver gestalten

Immer weniger ausländische Studenten in Deutschland

Immer weniger ausländische Studenten wollen in Deutschland studieren. Das gilt insbesondere für Studenten aus der asiatisch-pazifischen Region. Wissenschaft und Wirtschaft sind aber auf partnerschaftliche Beziehungen auch ins außereuropäische Ausland angewiesen. Wie kann das Manko behoben werden?



Jürgen Rüttgers, Dr. iur.,
Bundesminister für Bildung,
Wissenschaft, Forschung
und Technologie

Konkurrenten USA, Australien und Japan

Der qualifizierte Nachwuchs aus den Wachstumsregionen der ostasiatisch-pazifischen Region oder aus Lateinamerika geht zum Studium oder zur Weiterqualifizierung überwiegend in die USA, zum Teil auch nach Australien oder Japan, aber nicht nach Deutschland. Zwar gibt es einzelne positive Ausnahmen: Die Zahl der koreanischen Studenten in der Bundesrepublik ist von 2673 im Jahr 1985 auf 4747 im Jahr 1994 kontinuierlich gestiegen. Wichtigstes und attraktivstes ausländisches Studienland sind dennoch für die asiatischen Studenten die USA, in denen inzwischen die beachtliche Zahl von über 250.000 Studenten aus asiatischen Ländern studieren, gegenüber knapp 35.000 asiatischen Studenten in Deutschland. 1995 studierten in den Vereinigten Staaten achtmal so viele Japaner und mehr als zweieinhalb mal so viele Angehörige aus den ASEAN Staaten wie in ganz Westeuropa.

Die Zahl der indischen Studenten in Deutschland stagniert seit den 70er Jahren bei unter 700. Die Zahl der in Deutschland studierenden Indonesier ist trotz spezieller Stipendienprogramme von rund 3300 1975 auf knapp 2200 im Jahr 1994 abgesunken. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der im Ausland studierenden indonesischen Studenten immerhin mehr als verdoppelt.

Dieser Befund ist alarmierend, denn aus den Studenten von heute rekrutiert sich das künftige Führungspersonal in unseren Partnerländern. Die notwendige enge internationale Kooperation in der Forschung und in der Wirtschaft wird erleichtert, wenn wir im Ausland auch Gesprächspartner finden, die aufgrund persönlicher Studiererfahrungen mit Deutschland vertraut und gegenüber Deutschland aufgeschlossen sind. Außerdem wird diese Entwicklung auch als ein Zeichen für die Überlegenheit der amerikanischen Forschung und Lehre gedeutet, die auch insofern von diesem Zustrom profitiert, als die besten Absolventen für einige Jahre dort bleiben und forschen.

Zwar hat die Qualität der Hochschulforschung und der Hochschulausbildung in Deutschland unbestritten nach wie vor ein hohes Niveau und auch im Ausland einen guten Ruf. Deutschland ist als Ausbildungsort international jedoch in gefährlichen Rückstand geraten, weil einige Rahmenbedingungen unseres Studiensystems und unserer Studienstruktur international nicht mehr wettbewerbsfähig sind und zunehmend potentielle ausländische Bewerber abschrecken.

Verständigung mit den Ländern

Eine wirksame Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen setzt in unserer föderalistischen Struktur ein enges Zusammenwirken von Bund, Ländern und Hochschulen voraus. Über die von mir vorgeschlagenen Maßnahmen wurde inzwischen eine Verständigung mit den Ländern erzielt. Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben am 18. Dezember 1996 eine *Gemeinsame Erklärung zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandortes Deutschland* verabschiedet, in der die notwendigen Maßnahmen in den Grundzügen angeführt werden.

Vor allem sind aber seit der Vorlage der Analyse wichtige Schritte zu einer Verbesserung der Situation eingeleitet worden. Ich habe zusammen mit der Hochschulrektorenkonferenz und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) die Förderung von international ausgerichteten Studiengängen ausgeschrieben. Damit soll das Studienangebot für qualifizierte Ausländer an deutschen Hochschulen verbessert werden. Gefördert werden vornehmlich grundständige Studiengänge in den Wirtschafts-, Ingenieur- und Naturwissenschaften. Teilnehmer sollen ausländische und deutsche Studierende sein; als Lehr- und Arbeitssprache soll für die ausländischen und die deutschen Teilnehmer jeweils eine Fremdsprache dasselbe Gewicht wie die deutsche Sprache haben. Außerdem soll ein Studienabschnitt im Ausland vorgesehen werden. 119 Hochschulen mit 223 Angeboten haben sich bereits gemeldet. Wir werden aus diesen Angeboten rund 20 Studiengänge auswählen und sie - zunächst bis zum Jahr 2000 - mit insgesamt 30 Mio. DM fördern.

Eine anderes, von der Bundesregierung finanziertes neues DAAD-Programm sieht vor, durch eine Ausschreibung deutsche Hochschulen zu ermutigen, speziell für qualifizierte Bachelor-Absolventen bestimmte Studiengänge zu entwickeln, die in einer international wettbewerbsfähigen und gegenüber der bisherigen Praxis verkürzten Studiendauer einen Diplom- oder Promotionsabschluß an einer deutschen Hochschule ermöglichen sollen. Der DAAD beabsichtigt, für derartige Studiengänge Mittel für einen Tutor sowie zur sprachlichen Vorbereitung der Studierenden zur Verfügung zu stellen und nach Möglichkeit geeignete ausländische Stipendiaten in diese Studiengänge vermitteln.



Kompatibilität zum angelsächsischen Standard

Die neuen Studienangebote sollen nicht nur vom Inhalt her für Ausländer attraktiv sein. Ebenso wichtig ist, daß die Struktur des Studiums zum weltweit verbreiteten angelsächsischen Standard kompatibler wird. Die Hochschulrektorenkonferenz hat vor kurzem Empfehlungen zur verbesserten Anerkennung ausländischer Abschlüsse bei Graduierten- und Promotionsstudien in Deutschland verabschiedet. Es kommt jetzt darauf an, daß diese Empfehlungen von den einzelnen Hochschulen und den Fakultäten in der Praxis tatsächlich umgesetzt werden. Die Abweichungen der deutschen Studienstruktur vom angloamerikanischen System und unzureichende Kenntnisse über ausländische Bildungsgänge an unseren Hochschulen führen bisher häufig zu unangemessenen Einstufungen ausländischer Studienanfänger oder Bachelor-Absolventen durch deutsche Hochschulen.

Humboldt-Universität zu Berlin

Foto: Ausserhofer

Das Deutsche Studentenwerk bereitet zusammen mit den örtlichen Studentenwerken ein Service-Angebot für ausländische Studenten vor, das wahrscheinlich noch in diesem Jahr an den ersten Hochschulen eingeführt werden kann.

Anzeige

Die Länder sind aufgefordert, in der Kultusministerkonferenz die geltenden Richtlinien für die Anerkennung ausländischer Reifezeugnisse kritisch zu überprüfen. Wir müssen von dem Anspruch herunter, daß unbedingt 13 Schuljahre erforderlich sind, damit jemand eine deutsche Hochschule betreten darf. Außerdem sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen oder verbessert werden, daß die deutschen Hochschulen in geeigneten Studiengängen Bachelor- und Mastergrade vergeben können.

Zur Verbesserung des Studentenaustausches mit überseeischen Ländern sollen die positiven Erfahrungen aus dem Sokrates/Erasmus-Programm der Europäischen Union auf die Zusammenarbeit mit anderen Regionen übertragen werden. Dazu gehört, daß die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Partnerhochschulen und der Aufbau eines Netzwerks von Austauschvereinbarungen gefördert wird. Der DAAD hat jetzt ein entsprechendes neues Programm für Hochschulpartnerschaften mit Entwicklungsländern initiiert, das aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert wird. In diesem Programm werden Projekte gefördert, die der Zusammenarbeit deutscher Hochschulen mit Hochschulen in Entwicklungsländern dienen und strukturelle Verbesserungen in den Partnerhochschulen sowie in der Regel den Austausch von Studierenden und Nachwuchskräften beider Seiten zum Ziel haben.

Interessierten Bewerbern soll in einem Leistungspaket ein Wohnheimplatz, Krankenversicherung und je nach örtlicher Situation möglicherweise weitere Leistungen der Studienbetreuung gegen angemessenes Entgelt angeboten werden. Dies soll eine rasche Integration ausländischer Bewerber in die neue Umgebung erleichtern.

Für die Attraktivität des Studienorts Deutschland ist es wichtig, daß das Interesse von Ausländern an einem ernsthaften Studium in Deutschland nicht durch restriktive Praktiken von Ausländerbehörden behindert wird. Es geht insbesondere

- um den Verzicht auf in Einzelfällen überzogene Anforderungen beim Nachweis ausreichender Mittel oder um den Nachweis von Wohnraum als Voraussetzung für die Erteilung eines Sichtvermerks,
- um sachgerechte und berechenbare Entscheidungen bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis während eines Studiums und bei einer anschließenden Promotion,
- um die Gestattung des Familiennachzugs in den Fällen, in denen der Unterhalt des Ehepartners etwa durch ein deutsches Stipendium mit Verheiratetenzuschlag gesichert ist,
- um die Altersgrenze für die Visaerteilung bei Studienbewerbern aus Entwicklungsländern.

Hochschulmarketing

Es kommt nicht nur darauf an, neue Angebote für ausländische Interessenten zu entwickeln; sie müssen in der Zielgruppe auch ausreichend bekannt gemacht werden. Auf dem Gebiet eines erfolgreichen Marketing können unsere

Hochschulen noch einiges von ausländischen Vorbildern lernen. Neben einem professionelleren Einsatz der traditionellen Informationsangebote muß eine verstärkte Präsenz der deutschen Hochschulen in den Partnerregionen, u.a. auf Informationsmessen, angestrebt und die Nutzung der modernen Medien für die Vorstellung des deutschen Hochschulsystems verbessert werden. Möglichst alle deutschen Hochschulen sollten im Internet die für ausländische Bewerber relevanten Informationen über die jeweiligen Studienangebote und die Zulassungsvoraussetzungen für Ausländer in kundenfreundlicher Form bieten. Der DAAD wird voraussichtlich noch in diesem Jahr im Internet wichtige Einstiegsinformationen für ausländische Interessenten anbieten.

Im Zuge der anstehenden Hochschulstrukturreform werden den deutschen Hochschulen verstärkt Möglichkeiten zur Profilbildung eingeräumt. Es wird ihre Aufgabe sein, diese zu nutzen und ebenso wie die Mittlerorganisationen das Potential der Absolventen nach deren Rückkehr in ihre Heimatstaaten stärker als Informationsträger für die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten in Deutschland zu nutzen. Dazu gehört auch die Bindung ehemaliger Studenten an ihre Gastinstitution durch spätere gemeinsame Projekte. Denn die wissenschaftliche Bindung schafft die Voraussetzungen für wirtschaftliche Beziehungen und dient damit der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. □

Anschrift des Autors

Heinemannstr. 2
53 175 Bonn

Hochschulreform

Länder weitestgehend einig

Die Kultusministerkonferenz hat am 27./28. Februar 1997 in Bonn den Bericht „Hochschulen und Hochschulpolitik vor neuen Herausforderungen“ verabschiedet. Sie befürwortet darin eine Stärkung der Autonomie der Hochschulen und mehr Freiheit im Umgang mit den Finanzen. In der Einführung von Studiengebühren sehen die Minister mehrheitlich keine realistische Perspektive, das Abitur müsse die Grundlage für den Hochschulzugang bleiben. Hochschuleingangsprüfungen, die das Abitur ersetzen, stellten keine Alternative dar. Allerdings sind einige Länder der Auffassung, daß bei prinzipieller Wahrung des Zugangsrechts durch das Abitur die Auswahl von besonders geeigneten Studienbewerbern durch die Hochschulen für den Leistungsgedanken förderlich sei.

Neben der Habilitation sollen nach Ansicht der KMK für die Qualifizierung des Hochschullehrernachwuchses noch andere Wege offen gehalten werden. Dazu zählen z. B. eine herausragende Promotion, sonstige exzellente wissenschaftliche Arbeiten und die Nutzung einer kumulativen Habilitation. Nach Meinung aller Länder solle von der Möglichkeit Zeitprofessuren einzurichten, insbesondere im Bereich der C-3-Stellen in wissenschaftlichen und klinischen Einrichtungen „weit stärker als bisher“ Gebrauch gemacht werden. Allerdings müsse die unbefristete Einstellung insbesondere bei C 4-Professoren auch künftig der Regelfall bleiben. Die Professoren sollen nach Auffassung der meisten Länder Beamte bleiben.

Die KMK schlägt auch vor, künftig Professuren mit unterschiedlicher Lehr-

verpflichtung zu beschäftigen. Nebem dem „Regeltyp“ einer Professur mit einem Lehrdeputat von acht Semesterwochenstunden soll es Forschungsprofessuren mit „eingeschränkter oder auf Null reduzierter Lehrverpflichtung“ und Lehrprofessuren mit höherem Lehrdeputat geben. Auch sollen Professuren künftig nach Leistung bezahlt werden dürfen. In Fragen der Hochschulorganisation und des Hochschulmanagements befürwortet die KMK eigene Aufsichts- und Beratungsgremien (Boards) für die Universitäten. Diese könnten allerdings in den Ländern unterschiedlich ausgestaltet werden.

Das Papier der KMK kann über den Materialservice von Forschung & Lehre angefordert werden.

FRITZ SÜLLWOLD

Fehler und Fallen

Anmerkungen zur Evaluation von Forschung und Lehre

Politiker aller Richtungen fordern nachdrücklich eine Evaluation der Lehre und der Forschung an wissenschaftlichen Hochschulen. Sie versprechen sich davon eine bedeutende Leistungssteigerung. Von einer „leistungsbezogenen Mittelverteilung“ ist die Rede. Kann die Evaluation die Erwartungen erfüllen?



Fritz Süllwold, Dr. rer. nat.,
Univ.-Professor em.,
Psychologie, Johann
Wolfgang Goethe Universität
Frankfurt a. M.

Zum Begriff des Wettbewerbs in der Wissenschaft

Eine zentrale Rolle spielt bei den politischen Vorgaben der Begriff des Wettbewerbs. Der Wettbewerb sowohl zwischen Hochschulen als auch zwischen Instituten oder einzelnen Professoren soll erheblich gesteigert beziehungsweise, wie manche sagen, überhaupt erst eingeführt werden. Diese Forderung verlangt eine sorgfältige Erörterung des allgemeinen Wettbewerbsbegriffs und der Unterbegriffe „Wettbewerb in der Forschung“ und „Wettbewerb in der Lehre“. Die Begriffsklärung ist auch deshalb erforderlich, weil für manche Bildungspolitiker der Wettbewerb ein Wert an sich zu sein scheint und Äußerungen über den Wettbewerb den Charakter einer Glaubensüberzeugung tragen.

Wettbewerb kann unter bestimmten Bedingungen leistungsfördernd sein. Diese Bedingungen sind bei einzelnen Tätigkeits- oder Leistungsbereichen recht verschieden, teilweise sogar gegensätzlich, z. B. bezüglich der Harmonie zwischen den Mitgliedern von Leistungsgruppen. „Die“ Wirkung von Wettbewerb existiert nur in gewissen Theorien oder Ideologien, in der Lebenswirklichkeit gibt es sie nicht. Nichts diskreditiert die an sich gute Idee der Einführung und Förderung von Wettbewerb stärker als falsche oder inadäquate Zielsetzungen für Wettbewerbsaktivitäten. Die Wissenschaftspolitik, namentlich die Hochschulpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, ist dieser Gefahr anscheinend in hohem Maße ausgesetzt.

Wettbewerb in der Wissenschaft muß grundsätzlich ein Wettbewerb um geistige Inhalte in Form von Ideen sein. Dies gilt in besonderem Maße für den Wettbewerb in der Forschung. Hier geht es in erster Linie um originelle Ideen oder Einfälle in begrifflicher, methodischer und theoretischer Hinsicht. Den Wettbewerb um derartige Ideen muß man nicht verordnen. Der Disput darüber, welche Idee richtig oder welche die bessere ist, ist im Wesen der wissenschaftlichen Forschung begründet und ergibt sich sozusagen von selbst immer dort, wo Wissenschaft lebendig ist und in ihrer produktiven Form betrieben wird.

Echte Gelehrte, für die das Streben nach Erkenntnis an der Spitze der individuellen Werthierarchie steht, muß man nicht zum wissenschaftlichen Streit ermuntern. Sie konkurrieren oder streiten sich eher zu viel als zu wenig.

Diese Charakterisierung gilt für Wissenschaftler, die selbst originelle Ideen haben. Wissenschaftsbetrieb kann aber auch weitgehend einfallsfrei, das heißt ohne Produktion origineller und innovativer Ideen stattfinden. Bloßes Sammeln und Ordnen, Kopieren (z. B. im Sinne von empirischen „Replikationsstudien“) und schematisches Variieren übernommener Vorlagen anderer Autoren, Kompilieren und fleißiges Referieren der Fachliteratur gelten auch als wissenschaftliche Tätigkeiten, nicht selten sogar als Forschungsaktivitäten, und oft sind derartige Arbeiten nützlich und manchmal auch notwendig. Tätigkeiten dieser Art sind zweifellos am besten zu quantifizieren, das heißt nach überwiegend objektiven Merkmalen auszuzählen. Nicht wenige Wissenschaftler weisen auf diesen Gebieten beeindruckende Quantitäten auf. Dieser Sachverhalt kann zusammen mit den politischen Rahmenbedingungen die Neigung fördern, den wissenschaftlichen Wettbewerb und die zugehörige Evaluation hauptsächlich an den eher einfallsfreien, aber leicht auszählbaren Aktivitäten des Wissenschaftsbetriebs zu orientieren. Im Hinblick auf die bekannte Einteilung von Wissenschaftlern in „Sammler“, „Analytiker“ und „Kreative“ wäre dann zu erwarten, daß von den genannten Wettbewerbsbedingungen oder Evaluationskriterien vornehmlich die „Sammler“ profitieren.

Quantitäts-Qualitäts-Problem

Fast alle bis jetzt bekanntgewordenen Konkretisierungen von Evaluationsmaßnahmen zielen auf die Erhebung quantifizierbarer Gegebenheiten ab, die von dem einzelnen Wissenschaftler bei entsprechender Motivation zwar ohne Strapazierung nennenswerter Originalität organisiert werden können, aber doch einen beträchtlichen Teil der verfügbaren Zeit und Energie in Anspruch nehmen.

Das Quantitäts-Qualitäts-Problem zeigt sich unter anderem bei dem sogenannten Zitationsindex, der von manchen Wissenschaftlern und Politikern als valides Evaluationskriterium angesehen wird. Grundlage der Wertschätzung ist offenbar die Meinung, daß der oft zitierte Autor ein besonders kreativer Wissenschaftler mit originellen, wegweisenden und weiterführenden Ideen sei. Diese Meinung entspricht in etlichen Fällen aber nicht der Realität. Ob ein oft genannter Autor als Träger einer originellen und erkenntnisfördernden Idee zitiert wird, ergibt sich in der Regel nicht aus der bloßen Häufigkeit (Quantität) der Nennungen, sondern muß in jedem Fall durch spezielle Datenerhebungen und qualitative Analysen geklärt werden. Oft beziehen sich besonders häufige Zitationen auf eher reproduktive Leistungen, z. B. auf ein referierendes Sammelwerk, auf die zu einem günstigen Zeitpunkt veröffentlichte Beschreibung einer dominierenden Forschungsrichtung oder auf die geschickte Darstellung einer viel angewendeten Untersuchungs- bzw. Auswertungsmethode, die aber von einem anderen Autor erdacht wurde. Ein Zusammenhang von besonders häufigem Erwähntwerden und dem Produzieren origineller Ideen ist zumindest in einigen wissenschaftlichen Disziplinen eher die Ausnahme als die Regel. Das hat auch mit den in der Geschichte der Wissenschaften gut dokumentierten Problemen der Bedeutungserfassung und der Akzeptanz neuer und ungewöhnlicher Gedanken zu tun.

Das Anonymitätsproblem bei der Evaluation

Wenn Evaluationen durch sogenannte externe Experten vorgenommen werden, ist die heute vorherrschende Anonymisierung der Gutachtertätigkeit bzw. des Gutachterwesens möglicherweise eine fördernde Bedingung für Fehlurteile. Dies gilt nicht nur für den direkten Fall, in dem eine Universität, ein Fachbereich, ein Institut oder einzelne Wissenschaftler beurteilende Gutachter gegenüber den Begutachteten anonym bleibt. Nicht weniger wichtig ist der indirekte Fall, in dem bei der Evaluation auf Daten zurückgegriffen wird, die zu einem früheren Zeitpunkt und bei anderen Anlässen als Ergebnisse anonymisierter Beurteilungsverfahren zustande gekommen sind. Das gilt z. B. für anonym beurteilte Publikationsvorhaben oder für anonym begutachtete Forschungsprojekte.

Es gibt es keine zwingenden Gründe für die Anonymität wissenschaftlicher Sachaussagen über ein vorliegendes Werk, z. B. Aussagen über die Korrektheit oder Inkorrektheit einer vorgetragenen Beweisführung, einer angewendeten Methode und der vorgenommenen Datenauswertung oder Aussagen über die Problemadäquatheit eines Versuchsplans, über die Generalisierbarkeit, die theoretische Signifikanz oder die praktische Anwendbarkeit der erhaltenen Befunde sowie über die angemessene Berücksichtigung der Fachliteratur. Die Tatsache, daß derartige Sachaussagen sich auf Produkte der Tätigkeit einer Person oder einer definierten Gruppe von Personen beziehen, rechtfertigt nicht die These, daß die Sachaussagen Persönlichkeitsbewertungen implizieren und deshalb anonym erfolgen müssen.

Die Anonymität wissenschaftlicher Sachaussagen ist mit dem Wissenschaftlerethos nicht zu vereinbaren. Die Verpflichtung, „stets die Wahrheit zu suchen und zu bekennen“, hat aber nicht nur eine ethische Seite. Die Verpflichtung zum öffentlichen Bekennen wissenschaftlicher Erkenntnisse, Ge-

danken und Urteile zwingt in besonderem Maße zur Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit, rationalen Begründung und logischen Konsistenz der wissenschaftlichen Aussagen, also kurz zu erhöhter geistiger Anstrengung, Sachlichkeit und Ehrlichkeit.

Die Effekte anonymer Begutachtung können beispielhaft im Hinblick auf die Beurteilung von Beiträgen für wissenschaftliche Zeitschriften erörtert werden. Eine Steigerung von Objektivität, Korrektheit und Gerechtigkeit wird durch die Anonymisierung der Gutachter sicher nicht erreicht. Umfangreiche Untersuchungen amerikanischer Wissenschaftler erbrachten den deprimierenden Befund, daß bei anonymer Beurteilung durch externe Experten („peer review“) nicht wenige Gutachter schon nach kurzer Zeit die beurteilte Arbeit nicht wiedererkannten und bei der zweiten Vorlage wesentlich anders bewerteten. In klarer Erkenntnis der Mängel anonymer Bewertung im Rahmen des „Peer Review“-Systems versuchen immer wieder einzelne wissenschaftliche Zeitschriften, die anonyme Bewertung zugunsten der nichtanonymen Beurteilung aufzugeben.

Bei der Evaluation der wissenschaftlichen Leistungen von Instituten, Fachbereichen oder ganzer Hochschulen sollten anonyme Beurteilungen direkter oder indirekter Art grundsätzlich ausgeschlossen sein. Wer meint, die Kompetenz zur korrekten Evaluation solcher Einrichtungen zu besitzen, sollte dies offen und klar dadurch zum Ausdruck bringen, daß er für seine Bewertungen mit seinem Namen einsteht, also für die wissenschaftliche Öffentlichkeit deutlich zu erkennen ist. Auf diese Weise können am ehesten Fehlurteile oder tendenziöse Bewertungen vermieden beziehungsweise eingeschränkt werden.

Das Anonymitätsproblem spielt auch bei der Evaluation der Lehre eine wichtige Rolle, insonderheit bei den Verfahren, die bis heute von vielen als geeignet zur Bestimmung der Lehrleistung angesehen werden. Die Schätzurteile („ratings“), die Studierende über Lehrveranstaltungen oder über einzelne Hochschullehrer abgeben, sind insofern anonym, als die Stellungnahme des einzelnen Studenten geheim bleibt. Offenbar ist es unrealistisch, eine Änderung dieses Sachverhalts zu erwarten oder gar zu verlangen. Nichtanonyme Stellungnahmen der Studierenden würden allerdings manche Vorteile bringen, nicht zuletzt für die Studierenden selbst. Wenn z. B. der Hochschullehrer durch offene studentische Rückmeldungen erfährt, daß in seiner Vorlesung Verständnisprobleme auch bei Studierenden auftreten, die ihm namentlich als wissenschaftlich interessiert und qualifiziert bekannt sind, ist das für ihn eine überaus wichtige und andere Sachinformation als in dem Fall, in dem ausschließlich Studierende Verständnisschwierigkeiten angeben, bei denen im Hinblick auf bestimmte Merkmale die Eignung für ein Universitätsstudium des betreffenden Faches zweifelhaft erscheint. Fast jeder Hochschullehrer hat es heute mit Studentengruppen zu tun, die in der intellektuellen Eignung, der Studienmotivation sowie in der zugehörigen Vorbildung sehr heterogen zusammengesetzt sind. Es wäre wirklichkeitsfremd und töricht, die Vorlesung so gestalten zu wollen, daß alle Mitglieder der heterogen zusammengesetzten Studentengruppe in gleicher oder ungefähr gleicher Weise profitieren. Eine angemessene Differenzierung des Lehrangebots und des didaktischen Aufbaus einer Lehrveranstaltung ist aber nur möglich, wenn der Hochschullehrer über die Rezeption seines Vortrags bei einzelnen Studierenden sowie Untergruppen seines Auditoriums informiert wird. Im

übrigen wäre die nichtanonyme Rückmeldung durchaus im Sinne der immer wieder beschworenen Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Wie der Hochschullehrer die Studien- bzw. Prüfungsleistung eines Studenten nicht anonym bewertet, könnte auch der Studierende die von ihm wahrgenommene Lehrleistung eines akademischen Lehrers offen (unverdeckt) kundtun. Spätere „Vergeltungen“ des Hochschullehrers, z. B. im Rahmen von akademischen Prüfungen, wären wenig wahrscheinlich. Schon aus Gründen des klugen Selbstschutzes würde der Hochschullehrer den Fall zu vermeiden trachten, daß die ihn ungünstig bewertenden Studierenden im akademischen Examen übereinstimmend schlechte Noten erhalten. Bei objektiven schriftlichen Prüfungen spielt die persönliche Sympathie oder Antipathie ohnehin keine Rolle.

Invalide und valide Verfahren zur Evaluation von Lehrleistungen

Ähnlich wie bei der Evaluation von wissenschaftlichen Leistungen durch sogenannte externe Experten wäre bei studentischen Bewertungen von Lehrveranstaltungen der Verzicht auf Anonymität die bei weitem effektivste Maßnahme zur Verhinderung oder zumindest zur Reduktion von Schludrigkeit und Mißbrauch. Unabhängig davon gilt aber, daß studentische Fragebogen-Angaben über persönliche Wahrnehmungen, Meinungen und Bewertungen von Aspekten einer Lehrveranstaltung zur Bestimmung der Lehrleistung und des Lehreffekts grundsätzlich ungeeignet sind. Alle Bemühungen um geschickte Formulierungen von Fragebogen-Items oder um die Kombination der studentischen Angaben mit Schätzurteilen von anderer Seite können an dieser Tatsache nichts ändern. Wenn es das Ziel der akademischen Lehre ist, auf einem definierten Gebiet bei einer definierten Gruppe von Studierenden einen signifikanten Fortschritt des Wissens und der Einsicht in Problemzusammenhänge im Sinne des sachlogischen Verständnisses zu erreichen, gibt es zur Bestimmung der Leistung oder der Effektivität des Lehrenden grundsätzlich nur einen rational begründbaren Weg. Das ist die Methode, die in der Pädagogischen Psychologie, insbesondere in der Pädagogischen Diagnostik („Educational Measurement“) als „Prozeßdiagnostik“, „Veränderungsmessung“, „Differenzmessung“ oder „Vorher-Nachher-Messung“ geläufig ist. Gut oder effektiv ist der Hochschullehrer, der - objektiv nachweisbar - durch seine Lehrveranstaltung das Wissen und Problemverständnis der Studierenden auf dem betreffenden Gebiet signifikant erhöht. Der Grad des Verständnisses kann objektiv durch das Ausmaß des durch die Lehrveranstaltung erworbenen transferierbaren Wissens ermittelt werden, also durch die vom Studierenden erlangte Fähigkeit, das Gelernte auf neue Problemsituationen zu übertragen oder anzuwenden. Der Nachweis eines derartigen Lernfortschritts bei den Studierenden ist technisch aufwendig, aber bei entsprechender Anstrengungsbereitschaft und methodologischer Kompetenz grundsätzlich möglich. Erforderlich sind vor allem sinnvoll konstruierte objektive Vorher- und Nachher-Tests, die sich auf das betreffende Wissensgebiet und mithin auf die Gegenstände der Lehrveranstaltung beziehen. Die Ergebnisse einer derartigen Vorher-Nachher-Messung zur Ermittlung der wirklichen Lehrleistung stimmen nicht notwendig mit Fragebogen-Angaben von Studierenden über ihre Erlebnisse und Eindrücke während der Lehrveranstaltung überein. Eventuell stehen sie zu den subjektiven Daten von Studierenden sogar in einem deutlichen Gegensatz. Unterhaltsame und angenehme

Darstellungen des Lehrenden, vergnügliche Stimmung auf seiten der Studierenden und der Eindruck einer entspannten Atmosphäre sind kein Hinweis darauf, daß das wissenschaftliche Lehrziel erreicht wird. Nicht selten sagen die Fragebogen-Angaben am ehesten etwas über Besonderheiten der Studierenden aus. Derartige Daten zur Grundlage für Mittelzuweisungen zu machen, ist unverantwortlich.

Wettbewerb und geistige Leistungen

Die wirklichen Effekte öffentlicher Evaluierungen und Rangordnungen lassen sich eventuell psychologisch bestimmen und beschreiben. Selbstverständlich gibt es bedeutsame Leistungs- und Fähigkeitsunterschiede und mithin beachtliche Differenzen im realen Rang zwischen einzelnen Wissenschaftlern. Diese können auch zu realen Unterschieden zwischen Institutionen führen, wenn z. B. die Zahl der wirklich originellen und kreativen Wissenschaftler in einzelnen Institutionen verschieden groß ist. Das gilt sicher für die Ebene von Instituten, vielleicht auch noch von Fachbereichen, während eine entsprechende Klassifikation der heute enorm großen und sehr heterogen zusammengesetzten Universitäten sehr problematisch und fragwürdig ist. Die entscheidende (psychologische) Frage ist, wie es sich auswirkt, wenn neben den faktisch existierenden Rangunterschieden auf der Grundlage dubioser Schätzurteile angeblich bestehende Rangordnungen öffentlich angezeigt werden. Evaluationen in Form derartiger Rangordnungen gelten in manchen Kreisen als besonders wichtiger Steuerungsfaktor des wissenschaftlichen Wettbewerbs.

Anzeige

Ranking fördert nicht die Kreativität

Es gibt keinen vernünftigen Grund zu der Annahme, daß fundamentale kognitive Fähigkeiten, namentlich die Fähigkeit zum kreativen Schaffen, durch solche Anreize und Wettbewerbskriterien günstig beeinflußt, also gesteigert werden können. Die psychologische Kreativitätsforschung, die auch eine größere Zahl genialer Wissenschaftler einbezogen hat, weist nicht aus, daß ein vorausgegangenes Ranking ein kausaler oder fördernder Faktor des kreativen Denkprodukts zu sein pflegt. Angesichts dessen, was wir denkpsychologisch über den kreativen Prozeß wissen, wäre die Annahme einer Determination durch Wettbewerb der genannten Art ein überaus phantastischer Gedanke.

Anhänger dieses Wettbewerbskonzepts werden vielleicht einräumen, daß die eigentlichen geistigen Fähigkeiten durch Evaluationen und „ranking“ kaum verändert werden. Sie werden aber vermutlich die These vertreten, daß die Motivation zur wissenschaftlichen Tätigkeit, seien es Forschungsarbeiten oder Lehrveranstaltungen, durch die Bekanntgabe von Evaluationen und geschätzten Randordnungen gesteigert wird. Diese These ist nicht rundweg zu verwerfen, jedoch müssen wichtige Differenzierungen vorgenommen werden, die sich aus psychologischen Forschungsbefunden ergeben. Das ist zum einen die Einsicht, daß sich der motivationale Faktor vornehmlich auf die hauptsächlich reproduktiven und fleißabhängigen wissenschaftlichen Tätigkeiten fördernd auswirken kann. Zum anderen ist es die gesicherte Erkenntnis, daß zwischen dem Grad der Motivation bzw. der Wettbewerbsspannung und der (geistigen) Leistung keine lineare Beziehung existiert. Wichtig ist dabei vor allem die mit der Wettbewerbsspannung verbundene psychische Belastung, die man heute meistens als Streß bezeichnet. Wir haben bei unseren experimentellen Untersuchungen über affektive (affektbedingte) Denkhemmungen unter anderem Streßinduktionen benutzt, die scharfen Wettbewerbssituationen ähneln. Die Versuchspersonen erhielten die (fin-

gierte) Mitteilung, daß ihre Leistungen in dem Vortest schlechter gewesen seien als die Leistungen bei 90 Prozent oder bei 95 Prozent der Personen gleichen Lebensalters und gleicher Schulbildung. Unter dieser Versuchsbedingung war die faktische Problemlösungsleistung bei den Aufgaben des nachfolgenden Kriteriumstests um 60 Prozent bis 100 Prozent schlechter als in der Parallelstichprobe ohne Streßerzeugung, d. h. ohne negative Affektinduktion. Aber auch intensive positive Affekte, die sich als Überlegenheits- und Triumphgefühle durch die Mitteilung eines hohen Leistungswertes oder Ranges ergaben, verminderten die Problemlösungsleistung, allerdings um einen geringeren Betrag. Wenn die Versuchspersonen die (fingierte) Mitteilung erhielten, daß sie im Vortest besser abgeschnitten hätten als 90 Prozent oder 95 Prozent der Personen gleichen Alters und gleicher Schulbildung, war die Problemlösungsleistung bei den Aufgaben des nachfolgenden Kriteriumstests um 40 Prozent schlechter als die Leistung einer Parallelstichprobe ohne positive oder negative Affektinduktion, also ohne fingierte Erfolgs- oder Mißerfolgsmittteilung. Bei Generalisierung dieser mehrmals bestätigten Forschungsergebnisse auf die komplexen Situationen der wissenschaftlichen Arbeit wäre zu folgern, daß die Beziehungen zwischen Wettbewerbsstimulierungen in Form von Rangordnungsbehauptungen und geistigen Leistungen nicht so einfach sind, wie sie von manchen Politikern und Journalisten anscheinend gesehen werden.

Die ausführliche Fassung des Beitrages kann bei der Redaktion von Forschung & Lehre angefordert werden. □

Anschrift des Autors

Institut für Psychologie,
Johann Wolfgang Goethe Universität,
Kettenhofweg 128
60054 Frankfurt am Main

DAAD

Ausländische Gastdozenturen stärken

Der DAAD will Gastdozenturen ausländischer Hochschullehrer in Deutschland stärken. Im Rahmen des Hochschulsonderprogramms III von Bund und Ländern werden in den Jahren 1997 bis 2000 voraussichtlich 26 Mio. DM (pro Jahr 6,5 Mio. DM) dafür ausgegeben. Das Programm soll für alle Bundesländer und für alle Fächer gelten. Ob eine Gastdozentur gefördert wird, wird eine Hochschullehrer-Kommission des DAAD entscheiden.

Der DAAD begründet seine Initiative damit, daß 90 Prozent aller deutschen Studenten nicht mehr im Aus-

land studieren würden. Ausländische Gastwissenschaftler könnten durch Fachkenntnisse aus ihrem Land das Studium in Deutschland bereichern.

Die Veranstaltungen der ausländischen Gastdozenten sollen in das Lehrangebot der deutschen Hochschulen integriert werden und können von den Studenten als Studien- oder Prüfungsleistung angerechnet werden. Veranstaltungen in einer Fremdsprache sind dabei besonders erwünscht.

Anträge können Fachbereiche und Fakultäten durch ihren Sprecher bzw. Dekan unter Mitzeichnung des Rektors

bzw. Präsidenten der Hochschulen stellen. Es muß genau begründet werden, wodurch die neue Gastprofessur zur Internationalisierung des Lehrangebots beitragen kann. Die Begründung, daß das Personal knapp sei, reicht nicht aus.

Antragsunterlagen und nähere Informationen sind beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), Referat 316, Kennedyallee 50, 53175 Bonn, Tel: 0228/882-439 oder -527 erhältlich. Jährlich werden zwei Antragstermine angeboten: 15. Juni und 15. Dezember.

HORST GIES

Verhungern oder verdursten?

Wird Berlin zum Modellfall für die Hochschulreform?

Ein Wettlauf um die Reform der Hochschulen ist im Gange. Die Kultusministerkonferenz hat Vorschläge gemacht, Bundesbildungsminister Rüttgers will das HRG novellieren. Wie in den 70er Jahren, als es um die Gruppenuniversität ging, scheint Berlin auch diesmal besonders „fortschrittlich“ zu sein.



Horst Gies, Dr. phil., Univ.-Professor, Didaktik der Geschichte an der Freien Universität Berlin

Der Fortschritt

Die Fortschrittlichkeit Berlins deutete sich schon bei der Einführung von „Verwaltungsgebühren“ für jede Immatrikulation oder Rückmeldung an, einem Beispiel, dem prompt Baden-Württemberg gefolgt ist, und es scheint sich auch auf dem Sektor des Hochschulmanagements fortzusetzen. Beide Bundesländer haben soeben Regierungsentwürfe zur Änderung ihres Hochschulrechts vorgelegt. Dabei existiert in Berlin schon lange das, was andernorts jetzt eingeführt werden soll: An den Kuratorialhochschulen - den Universitäten - gibt es „Globalhaushalte“, in denen Sach- und Personalmittel austauschbar sind („Titelverbund“), es gibt einen „Vorstand“ aus Präsident und mehreren Vizepräsidenten, und es gibt einen „Board of Trustees“, in dem auch außeruniversitäre Vertreter gesellschaftlicher Interessen sitzen (Kuratorium). Die Universitäten haben Dienstherrenfunktionen, was u.a. eine ziemlich aufgeblähte Verwaltung nach sich zieht und im Haushalt dazu führt, daß – bei einem Personalanteil von über 75 Prozent und festgelegten jährliche Zuwendungen vom Staat – Kostensteigerungen durch Besoldungs- und Tarifierhöhungen sowie für die Versorgungsleistungen (Pensionen, Beihilfen) innerhalb des jeweiligen Hochschul Etats erwirtschaftet werden müssen.

Da diese Personalkosten ständig steigen, der Staatsschuß aber permanent zurückgefahren wird, können die Universitäten wählen, ob sie verhungern, verdursten oder verkrüppeln wollen. Als im vergangenen Jahr die im „Hochschulstrukturgesetz 1996“ verordnete Schließung der Studiengänge Pharmazie an der Humboldt-Universität und Zahnmedizin an der Freien Universität vom Landesverfassungsgericht wieder aufgehoben wurde, mußten die Hochschulen die für die Fortführung der Studiengänge nötigen Gelder in Höhe von 5,6 Mio. DM für die Pharmazie und 15,9 Mio. DM für die Zahnmedizin aus ihren „Globalhaushalten“ bereitstellen. Der Staat hatte sie – ebenso wie die Verwaltungsgebühren – vorher herausgestrichen und war zu einer entsprechenden Nachfinanzierung nicht bereit. Bei der Anglistik, den Juristen, den Wirtschaftswissenschaften oder da, wo gerade zufällig Mittel

frei wurden, mußten also das Geld und die Stellen für Pharmazeuten und Zahnmediziner eingesammelt werden.

Coup d'Etat

Nun ist ein neuer Coup d'Etat geplant: Versteckt als „Artikel IX“ im „Gesetz zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts des Haushalts (Haushaltsstrukturgesetz 1997)“ wird die gesamte Leitungs- und Organisationsstruktur der Hochschulen einschließlich ihres Haushaltswesens – insgesamt 33 Paragraphen des Berliner Hochschulgesetzes – zur Disposition gestellt („Erprobungsklausel“). Außerdem sieht das Gesetz die Etablierung einer „Landeskommission für die Struktur der Universitäten“ vor (sechs Mitgliedern der Regierung und drei Mitgliedern des Parlaments sitzen neun Mitglieder aus den Universitäten gegenüber; bei Stimmgleichheit entscheidet als Vorsitzender der Wissenschaftssenator). Diese Landeshochschulstrukturkommission soll die erst im vergangenen Jahr eingerichtete „Gemeinsame Finanzkommission“ ersetzen und „über die Veränderung oder Aufhebung von Fachbereichen ... oder sonstigen Organisationsgliederungen sowie über die Veränderung oder Aufhebung von Studiengängen“ beraten. Eine „Gemeinsame Personalmanagementliste“ soll für Beschäftigte, die in den „Überhang“ geraten, gebildet, und Professoren können auch ohne ihre Zustimmung an eine andere Hochschule versetzt werden.

Es wird nur als Marginalie verstanden, daß das Gesetz die bisherige Regelung des Freistellungsturnus für Forschungstätigkeiten auf acht Semester ausdehnt und an „besondere Leistungen im Zusammenhang mit der Erfüllung von Lehraufgaben“ bindet. Hier wird zwar ein bedeutender Standortvorteil Berlins, der bisher bei Berufungen eine wichtige Rolle gespielt hat, verschenkt und außerdem ein äußerst problematisches Bewilligungskriterium eingeführt. Gravierender dürfte jedoch die Tatsache sein, daß das Gesetz bei Beschlüssen der Landeskommission über strukturelle Eingriffe in die Hochschulen der Regierung nach einer angemessenen Frist die Entscheidungskompetenz auch gegen den Willen der Betroffenen zuerkennt.

Damit sind die Universitäten nicht mehr Herr über ihr Fächerprofil und ihre Binnenorganisation. Der Gesetzgeber ermächtigt zwar den Wissenschaftssenator (Artikel II), mit den Hoch-

der Wissenschaftsetat ständig gekürzt, bis zum Jahr 2003 wird die Summe eine Milliarde DM betragen. Das ist weit mehr als ein Viertel des ursprünglichen Volumens, der Etat einer ganzen

Massenuniversität fällt dem Rotstift zum Opfer. Die im Haushaltsstrukturgesetz 1997 beabsichtigte Festschreibung weiterer Kürzungen in Höhe von 150 Mio. DM für die nächsten drei Jahre veranlaßte den Deutschen Hochschulverband (Landesverband Berlin) kürzlich, in einem „Notruf“ an die Parlamentarier zu appellieren, die Hochschulen der Stadt nicht kaputtzusparen (s. Kasten S. 191).



Mathematik-Gebäude der TU Berlin

Foto Ausserhofer

schulen Verträge abzuschließen, die ihnen für die Jahre 1997 bis 2000 feste Zuschüsse garantieren („Planungssicherheit“), behält sich aber Veränderungen der Zuschüsse für den Fall vor, daß eine „Kosten- und Leistungsrechnung“ mit Kennzahlen zu Qualitätsparametern und Studienplatzkosten, die bis 1998 vorgelegt werden soll, dies erforderlich macht.

Nicht jedes Jahr neuen Unsinn

Was den Hochschulen mit Hilfe von Verträgen als Planungssicherheit angeboten wird, ist in Wirklichkeit eine Selbstverpflichtung der Politik, mit ihnen nicht jedes Jahr neuen Unsinn zu machen. Dies geschieht freilich unter dem Vorbehalt einer Kosten-Leistungsberechnung und auf immer niedrigerem Niveau. Die Versuchung ist groß, unter diesen Umständen teure Studienplätze (Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften) abzubauen, um mit den billigeren eine größere Gesamtzahl zu erreichen. Schon wird bezweifelt, daß Berlin unter den Haushaltskürzungen bis zum Jahr 2000 die 85 000 Studienplätze halten kann, die z. Zt. noch angegeben werden. Es gibt Berechnungen, die statt dessen eine weitere Reduzierung auf 62 000 für unumgänglich halten.

Mit der Wiedervereinigung der Stadt wurden hochschulpolitische Entscheidungen getroffen, die einen Abbau West zugunsten eines Aufbaus Ost mit sich brachten. Immerhin waren und sind drei Universitäten, vier Fachhochschulen und vier künstlerische Hochschulen zu unterhalten. Seit 1993 wird

115 Grundgesetz schreibt vor, daß die Nettokreditaufnahme des Staates die Bruttoinvestitionen nicht übersteigen darf. In Berlin wurde schon 1995 darüber großzügig hinweggesehen, als die Nettokreditaufnahme mit 6,7 Mrd. DM über den Neuinvestitionen von 6,4 Mrd. DM lag. Der Landesetat 1996 wird voraussichtlich mit dem Rekorddefizit von 2,6 Mrd. DM abschließen, für das Haushaltsjahr 1997 wird die Etatplanung erst Mitte März vorliegen. In dieser Situation des Finanz-Notstandes hofft man, mit dem Verkauf von Landesvermögen (Anteile an Energieversorgungsunternehmen und Wohnungsbaugesellschaften) einige Löcher zu stopfen. Ob aus diesen Verkaufserlösen Mittel für einen „Zukunftsfonds“ abfallen, aus dem auch die Universitäten, etwa für die Nachwuchsförderung, etwas erhalten, ist höchst ungewiß.

Experimentierklausel

Seit Jahren sind die Universitäten unterfinanziert und werden gleichzeitig mit einer Überlast an Studierenden in die Handlungsunfähigkeit getrieben. Wenn nun eine Abkehr von den Mechanismen der Gruppenuniversität mit ihrer hypertrophen Gremientätigkeit angestrebt wird, so kann dies nur begrüßt werden. Bei einer studentischen Wahlbeteiligung zwischen fünf und zehn Prozent (Professoren: 45 - 50 Prozent, Mittelbau: 30 - 35 Prozent, Sonstige Mitarbeiter: 20 Prozent) war die legitimatorische Basis für diese Art inneruniversitäre Mitbestimmung fragwürdig genug. Die Experimentierklausel des Haushaltsstrukturgesetzes 1997 will den Hochschulen nun

die Möglichkeit geben, neue Formen der Leitung, Organisation und Finanzierung zu erproben. Sie können auf allen Ebenen, vom Kuratorium, dem Konzil und dem Akademischen Senat bis hin zu Fachbereich („Weisungsrecht“ des Dekans) und Institut von den geltenden Regeln abweichen. So erfreulich eine Vereinfachung und Effektivierung der Entscheidungsprozesse („Deregulierung“) und eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit (einschließlich eigener Einnahmen) auch sein würden, experimentelle Abweichungen hinsichtlich der Mitwirkungsrechte und der Aufstellung des Haushalts sind nur insoweit möglich, wie es das geltende Hochschulrahmengesetz mit seinen verfassungsgerichtlichen Klarstellungen zuläßt. Die individuelle Freiheit von Forschung und Lehre und die sich daraus ergebenden Rechte der Wissenschaften stehen nicht zur Disposition.

In der Not erfinderisch

1995 erklärte Bundesminister Rüttgers: „Selten zuvor wurden so hohe Erwartungen in Bildung, Wissenschaft und Forschung gesetzt wie heute. Wir erwarten von der Wissen-

schaft nicht nur Hilfe zur Überwindung von Krankheiten, zur Verringerung der Folgen von Naturkatastrophen und zu einem veränderten Leben im Einklang mit der Natur. Wir erwarten von der Wissenschaft vor allem auch die entscheidende Stimulanz für dauerhaftes Wachstum, für hohe Beschäftigung und für ein Leben in Wohlstand. Mit einer zukunftsorientierten Bildungs- und Forschungspolitik will die Bundesregierung Deutschland fit machen für das 21. Jahrhundert.“ Konfrontiert man diese Aussage mit der Tatsache, daß Deutschland im OECD-Vergleich bei den Bildungsausgaben pro Kopf an viertletzter Stelle (vor Griechenland, Spanien und der Türkei) rangiert, dann kann man angesichts solcher Sprechblasen nur verzweifelt den Kopf schütteln. Aus Sicht der hochschulpolitischen Lage in Berlin wirken die Absichtserklärungen Rüttgers' nur noch bizarr. Hier können die Universitäten schon froh sein, wenn sie in einem Tal der Tränen überleben, um in ihrer Not wenigstens erfinderisch sein zu können. □

Anschrift des Autors

Habelschwerdter Allee 45
14 195 Berlin

Kürzen/Sparen/Streichen

Notruf Berliner Professoren

„Vor den Verhandlungen über den Haushalt 1997 im Abgeordnetenhaus von Berlin appellieren wir an die Politiker, Ihrer Verantwortung für den Wissenschaftsstandort Berlin gerecht zu werden.“

Angesichts der irreparablen Schäden, die mit einer konzeptionslosen Kürzungspolitik angerichtet worden sind, die als Sparpolitik ausgegeben wird, wollen wir uns nicht mitschuldig machen durch Schweigen.

In Sorge um die Zukunft unserer Universitäten erklären wir,

- daß es falsch ist und eine allzu bequeme Ausrede, den Universitäten Reformunfähigkeit zu attestieren. Wie anders als durch strukturelle Anpassungen der Hochschulen wären die hochschulpolitischen Entscheidungen nach der Wiedervereinigung der Stadt umsetzbar gewesen?

- daß es falsch ist und eine allzu bequeme Ausrede, den Professoren und ihren Mitarbeitern die Schuld an der derzeitigen Misere zuzuweisen. Wie anders als durch Leistungssteigerung der Lehrenden wäre sonst die enorme Überlast der zurückliegenden zwanzig Jahre in der Lehre zu bewältigen gewesen?

- daß es falsch ist und eine unverant-

wortliche Diffamierung, den Professoren und ihren Mitarbeitern Inkompetenz und Faulheit zu unterstellen. Wie anders als durch außergewöhnliche Forschungsleistungen, die oft genug widrigen Rahmenbedingungen abgetrotzt werden mußten, konnten die Universitäten Berlins den Wettbewerb mit anderen Universitäten bestehen?

Wir wissen, daß die gegenwärtige Finanzkrise zu Einsparungen zwingt. Wir verstehen auch, daß die Universitäten hierbei nicht ausgeklammert werden können. Für die nötigen Sparmaßnahmen haben gerade die Universitäten trotz der vom BerlHG vorgegebenen Organisationsmängel schon erhebliche Vorleistungen erbracht. Jetzt aber sind die Reserven erschöpft. Bei weiteren finanziellen Einschnitten werden Schäden an der Substanz entstehen, die in Monaten das zerstören, was in Jahren nicht mehr repariert werden kann.

Niemand kann verlangen, daß die Universitäten sich selbst amputieren und mit dazu beitragen, daß Berlin zur wissenschaftlichen Provinz herabsinkt. Ein Experiment, das die Hochschulen Berlins zu Ruinen macht, um zu sehen, ob aus den Trümmern neues Leben entsteht, wäre unverantwortlicher Zynismus und ein Vergehen an der Zukunft einer gan-

zen Generation junger, leistungsbereiter Menschen.

Wohlstand und soziale Sicherheit hängen entscheidend von erstklassiger Ausbildung und wissenschaftlicher Forschung ab. *Universitäten sind keine unproduktiven Zuwendungsempfänger*, sondern Institutionen,

- die den wissenschaftlich ausgebildeten Nachwuchs heranbilden, ohne den der Wirtschafts- und Kulturstandort Berlin keine Zukunft haben wird;
- deren Mitglieder Kreativität, Know-how, Innovationen und Kaufkraft in die Stadt bringen;
- die heute den Lehrstellen- und Arbeitsmarkt nicht nur entlasten, sondern junge Menschen zusätzlich qualifizieren.

Universitäten sind keine lästigen Kostgänger von Politik und Gesellschaft, sondern Institutionen, deren Kosten Investitionen in die Zukunft darstellen. Wir fordern die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin auf, die weithin verantwortungslose, von Vorurteilen und Ignoranz bestimmte Kürzungspolitik am Wissenschaftsetat zu beenden und ihrer Verantwortung vor der Zukunft gerecht zu werden.“

Landesverband Berlin des Deutschen Hochschulverbandes

NORBERT P. FRANZ

Fremd und doch ähnlich

Die Slavistik im Portrait

Der besondere Reiz, der von der Slavistik ausgeht, rührt daher, daß die Gegenstände des Faches der eigenen Kultur und Muttersprache auf merkwürdige Weise fremd, aber gleichzeitig vertraut sind. Unmittelbaren Einfluß auf die Slavistik hat das Ende des „realen“ Sozialismus, da seitdem das Interesse an slavischen Themen in der Öffentlichkeit gewachsen ist.



Norbert P. Franz, Dr. phil.,
Univ.-Professor, Slavistik,
Universität Potsdam

Slavistik ist der wissenschaftliche Teil des allgemeinen Wissens über die Slaven, und der nicht-wissenschaftliche Teil ist meist vernachlässigbar gering. Wenn nicht gerade besondere biographische Umstände vorliegen, haben auch Gebildete selten mehr als einige russische Romane gelesen, und zu den anderen Slaven fallen meist nur die populären Topoi ein. Wer kennt z.B. auch nur die Namen der bisherigen polnischen Preisträger des Nobelpreises für Literatur? Und diejenigen, die (unter welchen Umständen auch immer) in slavischer Umgebung gelebt haben, halten nicht selten ihre eigenen Erfahrungen für ausreichend, obwohl diese sich längst nicht immer mit dem decken, was unter Slavisten und anderen wissenschaftlich ausgebildeten Osteuropaexperten (die in der Regel zumindest im Nebenfach Slavistik studiert haben) als Standard gilt. Spätestens der Jugoslawien-Konflikt hat deutlich gemacht, daß nur methodisch reflektiertes Hintergrundwissen befriedigende Erklärungen ermöglicht, und wie wichtig ein wissenschaftlich-unparteiischer (nicht wertneutraler!) Standpunkt ist.

Weit verbreitete Ahnungslosigkeit

Die weit verbreitete Ahnungslosigkeit hängt damit zusammen, daß unsere schulische Allgemeinbildung über die Slaven so gut wie nichts vermittelt. Das betrifft nicht nur die Sprachen, Kulturen und Literaturen, es gilt auch für die politische Geschichte. Eine gewisse Ausnahme bildet Rußland, zumal in Ostdeutschland aus DDR-Zeiten stammende russische Sprachkenntnisse recht weit verbreitet sind. Die Regel trifft aber schon für die an Deutschland direkt angrenzenden Länder Tschechien und Polen zu, obwohl es eine mehr als tausendjährige Geschichte intensiver Kontakte gibt, die lediglich in den letzten sechs Jahrzehnten besonders starken Belastungen ausgesetzt waren (und in allerjüngster Zeit politisch aufgearbeitet werden).

Die Unterrepräsentanz slavischer Themen im öffentlichen Diskurs weicht seit dem Ende des „realen Sozialismus“ einer sich ganz allmählich ändernden deutschen Wahrnehmung der slavischen (und nicht-slavischen) Nationen Ost-

mittel- und Osteuropas. Das hat unmittelbaren Einfluß auf die Slavistik, die - nicht nur *in puncto* studentischer Nachfrage! - von der politischen Konjunktur abhängig war und ist: so verdoppelten sich z.B. nach dem Beginn der Perestrojka-Politik an manchen Universitäten die Einschreibungszahlen in der Russistik (sog. „Gorbacev-Effekt“), die graduelle Verbesserung der Beziehung zu den anderen slavischen Nachbarn hat seit 1991 ein unspektakuläres Interesse der Studierenden an den entsprechenden Teilfächern (in der Fachsprache: „Slavinen“) Polonistik und Bohemistik zur Folge. Diese Studierenden setzen auf die Folgen der gerade erst begonnenen politischen Normalisierung im Verhältnis der Länder Mitteleuropas zu Deutschland und umgekehrt. Den Absichtserklärungen werden sicher Institutionen und vielfältige Kooperationen folgen. Auch dadurch wird die russistische Dominanz in der Slavistik einer größeren Mischung weichen.

Spezialisierung

Die deutsche Slavistik begreift sich heute noch mehrheitlich als ein Fach, das tendenziell die ganze Slavia umfaßt. Die Anzeichen für eine fortgeschrittene Differenzierung und Spezialisierung sind gleichwohl unübersehbar. Die meisten neugegründeten oder neuorganisierten Universitäten der neuen Bundesländer tragen der Spezialisierung auch strukturell Rechnung, indem sie neben oder statt der generalistisch angelegten Slavistik einzelne Slavinen als eigenständige Studienfächer anbieten: Russistik, Bohemistik, Polonistik, Ukrainistik, Bulgaristik usw. Daß in einigen Bundesländern neben Russisch auch Polnisch oder Tschechisch Schulfach sind, erleichtert den entsprechenden universitären Studiengängen den Weg in die Selbständigkeit. Das gilt auch für die Sorabistik, die zudem im sorbischen Siedlungsgebiet in nicht-universitären Forschungsinstituten präsent ist.

Neben der Spezialisierung innerhalb der Slavia vollzieht sich die Differenzierung der Studiengänge. Zur Promotion werden üblicherweise gute Kenntnisse in mindestens zwei Slavinen erwartet. Ein grundständiges Promotionsstudium gibt

es aber fast nirgends mehr, Magister- oder Lehramt ist der übliche erste Abschluß. Daneben bieten einige Universitäten (stärker praxisbezogene) Diplomstudiengänge an. In den Dolmetscher- und Übersetzerstudien haben diese schon eine lange Tradition, hinzugekommen sind die sog. Diplomrussisten, -polonisten, etc., die den Studienschwerpunkt auf Sprachpraxis, Landeskunde, Kulturgeschichte und wirtschafts- oder rechtswissenschaftliche Grundkenntnisse legen. Eine besonders intensive Zusammenarbeit gibt es natürlich mit anderen auf Osteuropa spezialisierten Studiengängen, vor allem der Osteuropäischen Geschichte.

Fortentwicklung des Hellenismus kennenlernen

Der besondere Reiz, der in Studium und Forschung von der Slavistik ausgeht, wird wohl darin begründet sein, daß die Gegenstände des Faches der eigenen Kultur und Muttersprache auf merkwürdige Weise fremd und doch ähnlich sind. Die slavischen Sprachen gehören zur Gruppe der indogermanischen Sprachen, haben mit dem Deutschen aber weniger grammatische und lexikalische Gemeinsamkeiten als etwa die romanischen Sprachen oder gar das Englische. Die Ähnlichkeiten erschließen sich erst auf einem relativ hohen Abstraktionsniveau, und gleiches gilt auch für die Kulturen. Hier sind es die durch die Latinität geprägten slavischen Kulturen, die den Eindruck großer Nähe vermitteln (weil viele historische Entwicklungen ganz ähnlich zu denen Deutschlands waren), während die durch die byzantinische Gräzität geprägten Kulturen zunächst sehr fremd erscheinen. Ihrer Prägung nachzugehen heißt, einen im Westen wenig wahrgenommenen Strang alteuropäischer Kultur, nämlich die Fortentwicklung des Hellenismus, kennenzulernen. Man hält sie leicht auseinander: Die einen schreiben in lateinischen Lettern, die anderen in kyrillischen. Dort, wo *slavia latina* und *slavia graeca* einander begegnen, kommt es zu spannenden und z.T. äußerst produktiven Widersprüchen, bisweilen aber auch kriegerischen Auseinandersetzungen. Schon allein die Art der Widersprüche macht deutlich, daß und wie tief bis heute Rußland, die Ukraine, Weißruthenien, Serbien, Makedonien und Bulgarien von dieser Gräzität, die sich in der Orthodoxie niedergeschlagen hat, geprägt sind. Die Kenntnis solcher Traditionsstränge korrigiert, bzw. erweitert den üblichen Europa-Begriff (es sei denn, man hält schon das byzantinische Kulturmodell nicht für europäisch).

Es ist nicht die überwältigende Mehrheit von Studierenden, die sich von solchen Fragen faszinieren läßt, zumal sich schon der durchschnittliche Abiturient unter „Slavistik“ kaum etwas vorstellen kann. Auch schrecken die eher unspezifischen Berufsaussichten so manchen ab, obwohl sich bei genauerem Hinsehen Slavisten in allen möglichen Berufen entdecken lassen: wer an so ausgefallenen Dingen wie „Fälschungsverdacht bei mittelalterlichen Heldenliedern“ oder „Dialoganalyse in polnischen Talkshows“ das wissenschaftliche Denken gelernt hat, kann nicht nur Lebenszeitwissenschaftler (z.B. Professor), sondern auch Berichterstatter, Lektor, Botschafter, Manager oder Politiker werden. Slavisten sind vielseitig einsetzbar. Das aber ist kaum bekannt.

Infolgedessen gibt es nur wenige Universitäten, an denen die Zahl der Studierenden im Fach Slavistik die 700-Marke überschreitet. An den meisten Instituten sind 200 bis 300

Studierende eingeschrieben, woraus sich eine überdurchschnittlich gute Betreuungsrelation ergibt, die von den Studierenden geschätzt wird und sich in den Abschlußstatistiken niederschlägt. Obwohl sie manchmal gleich mehrere Sprachen neu erlernen mußten und meist auch im Ausland studiert haben, schließen Slavisten ihr Studium viel schneller ab als z.B. Germanisten.

Das Fach ist an den meisten deutschen Universitäten vertreten, sieht aber überall ein bißchen anders aus. Das hängt einerseits mit der jüngsten deutschen Geschichte zusammen, darüber hinaus bilden einzelne Institute ein eigenständiges Forschungs- und Lehrprofil aus, das nicht selten komplementär zu benachbarten Universitäten gestaltet ist.

Alle fünf Jahre kommen die Slavisten zu Internationalen Slavistenkongressen zusammen. Auf jedem zweiten Kongreß wird üblicherweise eine Gesamtbibliographie der deutschen Slavisten vorgestellt - 1998 zum ersten Mal eine gesamtdeutsche. Solche Bibliographien veranschaulichen, wo die Fachvertreter ihre Forschungsschwerpunkte setzen. Dominierte bis in die frühen 60er Jahre die Sprachgeschichte - wichtige Grundlagenwerke wurden auf deutsch geschrieben -, geht heute in der Linguistik der Trend dahin, sich an internationalen nicht slavia-spezifischen Debatten zu beteiligen. Dazu gehören die großen Felder der Textlinguistik, der Semantik, Pragmatik, kognitiven und formalen Sprachtheorie, der Diskursanalyse, der Universalienforschung u.a.m.

In der Literaturwissenschaft dominieren die textanalytischen Arbeiten zur russischen Literatur, die Schwerpunkte liegen im 19. und 20. Jahrhundert. Daneben werden die polnische und die tschechische Literatur besonders intensiv erforscht. Ein traditionell besonders berücksichtigtes Gebiet ist das der deutsch-slavischen wechselseitigen Rezeption.

Wie in anderen Ländern der freien Welt wurde in der alten Bundesrepublik in besonderer Weise auch immer die Literatur der Emigration und des literarischen Untergrundes d.h. die der (politischen) Dissidenten und (ästhetischen) Abweichler bearbeitet, so daß wichtige Standardwerke zu diesen Gebieten und Gesamtüberblicke aus (West-)Deutschland stammen. Seit der Wiedervereinigung haben sich noch keine Schwerpunkte der deutschen Slavistik herauskristallisiert, die den Anspruch erheben könnten, „typisch“ oder „landes-spezifisch“ zu sein.

Historischer Überblick

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nannte man in Österreich den einen „Slavisten“, der die Emanzipationsbestrebungen der slavischen Völker aus der deutschen oder magyarischen Hegemonie unterstützte. Daß die Bezeichnung dann ohne große Probleme auf die „Slavenkundler“ Anwendung finden konnte, ist kein Zufall, denn im frühen 19. Jahrhundert vermischten sich bei den Philologen üblicherweise noch die Kategorien von Wissenschaft und Nation: als die Bewohner polyethnischer Großreiche danach strebten, sich nicht mehr über den Stand, sondern über die Nation zu definieren, war die Erforschung dessen, was Grundlage einer Definition von „Nation“ sein könnte, selbst ein Politikum. Damals wandelte sich die Slavistik von einem Hobby gebildeter Amateure zu einer politisch erstrittenen (1848!) Universitätsdisziplin. Diese Diszi-

plin suchte wissenschaftlich zu erforschen, was denn das spezifisch Polnische, Tschechische, Bulgarische u.ä. sei, bzw. welche Ähnlichkeiten - aber auch Unterschiede - es unter den slavischen Völkern gebe.

Auf dieses Ziel hin wurden die Sprachen diachron und, soweit nicht schon geschehen, synchron erforscht, die Folklore gesammelt, das Brauchtum aufgezeichnet. Begeisterte Forscher durchforsteten die Bibliotheken nach alten Sprachzeugnissen und schrieben erste Literaturgeschichten. Denen lag dann meistens die romantische Vorstellung zugrunde, die Slaven seien *ein* großes - in unterschiedliche Stämme gegliedertes Volk, das zwar viele Dialekte spreche, aber auch *eine* (*Schrift*)*Sprache* hervorgebracht habe: das Altkirchenslavische.

Diese romantische Konzeption war politisch alles andere als harmlos: Während Wissenschaftler 1918 längst von vielen (bis zu zwölf) slavischen Nationen redeten, wurde noch in den Pariser Vorortverträgen nicht ausreichend zwischen Serben, Kroaten und Slovenen differenziert, denen man bei der Neuordnung der Staatenwelt einen gemeinsamen Staat zuwies. Dieser scheiterte genauso wie der nach dem 2. Weltkrieg etablierte Staat „Jugoslawien“.

Als universitäre Disziplin reicht die Slavistik in das Jahr 1835 zurück, als man unter der Regentschaft des Zaren Nikolaj I. im russischen Ministerium für Volksbildung beschloß, Staatslehre und Philosophie an den Universitäten zu verbieten und statt dessen „Lehrstühle für Geschichte und Literatur der slavischen Dialekte“ einzurichten. Da keiner der international anerkannten Fachleute an einer so beschnittenen russischen Universität lehren wollte, dauerte es noch geraume Zeit, bis das Fach im Zarenreich etabliert werden konnte. Ähnliche Anlaufschwierigkeiten gab es in Preußen. Hier hatte am 15. Januar 1841 König Friedrich Wilhelm IV. bestimmt, „um der studentischen Jugend polnischer Abkunft Gelegenheit zu geben zur Vervollkommnung in ihrer Muttersprache, Lehrstühle für slavische Sprache und Literatur in Breslau und Berlin zu errichten.“ Der Berliner Universität gelang es nicht, ihren Wunschkandidaten zu holen, so wurde Breslau 1842 die erste Universität mit einer slavistischen Professur. Prag erhielt 1848 ein Extraordinariat, Wien ein Jahr später, als die Regierung sich nach den Unruhen von 1848 bequemte, die Gleichberechtigung aller Völker und Sprachen in der Donaumonarchie zu erklären. Die Universität Leipzig erhielt ihr slavistisches Extraordinariat 1870.

Erkenntnisinteresse ist vergleichend

Das Erkenntnisinteresse der deutschsprachigen Slavisten war und ist vorrangig vergleichend: der gleichzeitige Blick auf unterschiedliche Einzelsprachen läßt Rückschlüsse auf das Urslavische oder eine typologische Theoriebildung zu. So ist etwa die übliche Differenzierung in Ost-, West- und Südslaven das Produkt einer historisierenden sprachwissenschaftlichen Typologie. Der Vergleich der Literaturen und Kulturen arbeitet dagegen stärker die strukturellen Differenzen zwischen der *slavia graeca* / *-orthodoxa* und der *slavia latina* heraus. Die methodische Zentrierung auf den Vergleich ist bis heute für einen nicht unbedeutenden Teil der Slavisten wesentlicher Bestandteil ihres wissenschaftlichen Selbstverständnisses.

ses. Dies geht einher mit einer starken Differenzierung nach Sprach- oder Literaturwissenschaft.

Andere Slavisten sehen sich allerdings eher als Russisten, Polonisten etc., d.h. sie verstehen sich vorrangig als kritische Begleiter des jeweiligen nationalphilologischen Diskurses, der (vor allem, aber nicht nur) in dem betreffenden Land geführt wird. „Slavistik“ ist in ihrer Perspektive die (bisweilen zufällige) Mischung von (mindestens zwei) Slavinen. Die Ausrichtung an den Einzelfächern ist in der Regel mit einer methodischen Modernisierung (in Form einer Ausweitung auf die Kultur und Kulturgeschichte) verbunden: neben der Literatur werden die anderen Künste (Theater, Film, ...), die Ideengeschichte, die Medien, aber auch die Alltagskultur Gegenstand von Forschung und Lehre.

Die Slavistik der deutschsprachigen Länder verstand sich - wie angedeutet - seit jeher als *Anwalt einer Wissenschaftlichkeit*, die politisch leidenschaftslos ist, sich also weder vor den national-ideologischen Karren einer slavischen Nation spannen läßt, noch vor den der eigenen. Daran hielten die meisten Slavisten auch zu der Zeit fest, als die nationalsozialistische Propaganda die Slaven zu Untermenschen erklärte. Nach dem Krieg griffen die westdeutschen Slavisten dann ganz bewußt Fragestellungen auf, zu denen slavische (in der DDR auch deutsche) Kollegen aus meist sehr offensichtlichen Gründen nicht forschen konnten oder mochten. In der DDR wurde die Slavistik als politisch wichtig eingeschätzt und entsprechend groß ausgebaut, denn die verbündeten slavischen „Bruder“nationen sollten sehen, mit welchem Aufwand man die Erforschung ihrer Kultur betrieb. Deshalb hatte die Differenzierung in Einzelslavinen dort besondere Ausmaße erreicht.

Bei der Neuordnung der Wissenschaftslandschaft nach 1990 erkannten die meisten westdeutschen Berater, welche Chance darin steckte, die schon vollzogene Differenzierung mit einer stärker kulturwissenschaftlichen Ausrichtung zu kombinieren. Da Mittel- und Osteuropa für die neuen Bundesländer sowohl alte Zwangsbeglückungen symbolisierte als auch die Perspektive bot, alte Kontakte auf eine neue Basis stellen zu können, reduzierte man die Slavistik nicht auf das Orchideenfach, das es in der alten Bundesrepublik war (und oft noch ist). Die Slavistik blieb ein „größeres Fach“, selbst wenn die aktuellen Studentenzahlen das nicht maßstabgetreu reproduzieren. Slavistik war (und ist) in den neuen Bundesländern ein vorrangig forschungsintensives Fach, das methodische Innovationen anschiebt („Philologie und Neue Medien“ in der Medienstadt Potsdam) oder es Fakultäten, ja Universitäten ermöglicht, sich in den internationalen Beziehungen ein regionenspezifisches Profil zu geben (Ehrendoktorwürde für den tschechischen Staatspräsidenten Vacláv Havel in Dresden). □

Anschrift des Autors

Am Havelufer 28
14089 Berlin

Schritte zur Selbsthilfe

Stiftungen von Universitätslehrern für ihr eigenes Fach und ihre Fakultät

Die radikalen Etatkürzungen des Bundes und der Länder machen gerade heute die völlige finanzielle Abhängigkeit der Universität schmerzlich bewußt. Das „Fund raising“ für Lehre und Forschung bei privaten Geldgebern wird an den deutschen Universitäten immer noch klein geschrieben. Dies könnte anders sein.



Martin Hengel, Dr. theol.,
Drs. h.c., DD.,
Univ.-Professor em.,
ev. Theologie, Neues
Testament u. Antikes
Judentum,
Universität Tübingen

Nach der im vorigen Jahr erschienenen Neuauflage des Maecenata Stiftungsführers gibt es z. Zt. in Deutschland über 7000 Stiftungen. 1914 sollen es - gemäß einer unverbürgten Nachricht - gegen 100 000 gewesen sein. Aus der erstgenannten Zahl hat der Stiftungsführer ca. 1200 „Förderstiftungen“ ausgewählt, die in irgendeiner Form gemeinnützige Zwecke unterstützen und an die auch Anträge gestellt werden können. Der Index der Fördergebiete zählt unter dem Stichwort „Bildung/Ausbildung/Erziehung“ ca. 550, unter „Wissenschaft/Forschung“ ca. 500, bei „Soziale Aufgaben“ ca. 500 und bei „Kunst, Kultur und Denkmalspflege“ ca. 350 Namen auf, wobei sich die Stiftungszwecke z. T. erheblich überschneiden.

Im einzelnen findet man darunter die bekannten Namen von öffentlichen und privaten Großstiftungen, aber auch zahlreiche kleine; die jährliche Ausschüttung, soweit sie überhaupt angegeben wird, erstreckt sich von 40 Millionen (Bertelsmannstiftung) bis auf wenige Tausend DM.

Angelsächsische Staaten weiter

Eine Durchsicht des instruktiven Bandes zeigt, daß das private Stiftungswesen in Deutschland im Vergleich mit den angelsächsischen Staaten erschreckend unterentwickelt ist. Dies gilt nicht zuletzt für den universitären Bereich und hier wieder besonders für die Geisteswissenschaften. Der größte Anteil wissenschaftlicher Stiftungen entfällt - verständlicherweise - auf den Bereich der Medizin, es folgen mit gewissem Abstand Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaftswissenschaften.

Dieser Rückstand, der in einem eigenartigen Gegensatz zu den in den letzten Jahrzehnten enorm angewachsenen Privatvermögen steht, hat vielerlei Gründe. So gewiß in der zweimaligen Geldentwertung innerhalb von 30 Jahren und in der im Vergleich zu anderen Staaten eher stiftungsfeindlichen Steuergesetzgebung. Immerhin können hier pro Jahr für wissenschaftliche Zwecke 10 Prozent des steuerpflichtigen Einkommens abgesetzt werden. Bei größeren Zuwendungen über DM 50 000,- kann man den Betrag steuerlich über acht Jahre

verteilen: zwei Jahre rückwirkend, fünf Jahre in der Zukunft und selbstverständlich für das laufende Jahr. Der Hauptgrund für dieses Mißverhältnis liegt aber wohl darin, daß nach alter deutscher Tradition die Universitäten finanziell immer fast ganz vom Staate abhängig waren. Dies gilt besonders seit der Säkularisierung und der von Humboldt angeregten Reform, die den Universitäten zwar eine gewisse Selbstverwaltung zugestand, sie aber zugleich völlig an die staatliche Finanzierung gebunden hat. Diese einseitige Staatsbindung führte dazu, daß die Universität für die Studenten oft eher als eine „ausbildende Behörde“, die man „absolvieren“ mußte, denn als „geistige Heimat“ erschien, mit der man zeitlebens verbunden blieb. Das zeigt sich u. a. auch daran, daß sich in Deutschland, im Gegensatz etwa zu England, kaum ein bleibendes Band zwischen den Universitäten und ihren Alumni entwickelte, das zu einer fortlaufenden kräftigen Unterstützung der alma mater durch diese führte. Eine solche kam eher den studentischen Verbindungen durch die Nostalgie der „Alten Herren“ zugute. Die Universität hatte davon keinen Nutzen. Die sehr unterschiedlichen Aktivitäten einer „Vereinigung der Freunde“ und ähnlicher Institutionen, die bei allem Bemühen doch mehr oder weniger mit linker Hand betrieben werden, und die daraus resultierenden Erträge stehen in keinem Verhältnis zu den laufenden Ausgaben. Sie sind kaum mehr als der Tropfen auf dem heißen Stein.

Auch die heute, anders als früher, hochgeschätzten ‚Drittmittel‘ kommen überwiegend aus staatlichen Töpfen. Die radikalen Etatkürzungen der Länder bei der laufenden Finanzierung der Universitäten machen gerade heute wieder deren völlige finanzielle Abhängigkeit, die sich bis in Kleinigkeiten hinein erstreckt, schmerzlich fühlbar. Wegen dieser „totalen Staatsbindung“, der häufig eine gewisse Passivität der Universitäten selbst entspricht, sehen auch potentielle private Stifter, und davon gäbe es heute wohl mehr als man vermutet, viel zu wenig in der Förderung von Forschung und Lehre eine lohnende, ja notwendige Aufgabe. Nicht selten hört man das Argument: „Für die Forschung und Lehre an den Universitäten hat allein der Staat zu sorgen. Wir zahlen schon genug Steuern!“ Das „Fund raising“ für Lehre und Forschung bei privaten Geldgebern wird - im Gegensatz zu anderen Ländern - an den deutschen Universitäten immer noch relativ klein geschrieben.

Darüber auch nur nachzudenken, erscheint unter der Würde vieler Universitätsangehöriger zu sein. Zu lange hatte vor allem in gewissen geisteswissenschaftlichen Zirkeln der Begriff „Privatwirtschaft“ einen negativen Beiklang. In ‚Forschung & Lehre‘ 6/96 wurde über die Großstiftungen und die Zuwendungen aus der Industrie an die Universitäten berichtet. Hier könnte gewiß durch gezielte, systematisch durchgeführte Aktivitäten noch wesentlich mehr erreicht werden.

Lücken schließen

Im folgenden möchte ich jedoch auf eine ganz andere Möglichkeit hinweisen, nämlich die *Förderung* von Forschung und Lehre durch Angehörige der eigenen Universität selbst. Ich schreibe dabei aus der Sicht der Geisteswissenschaften, wo man schon mit kleineren Beträgen etwas erreichen kann. Natürlich ist eine derartige universitätsinterne Initiative auf privater Basis gewiß nicht in der Lage, die augenblicklichen drängenden finanziellen Probleme in diesem Bereich wirklich zu lösen, dazu ist ihr Volumen viel zu gering, aber sie vermag vielleicht doch dazu beizutragen, gewisse temporäre Engpässe in den Fakultäten und Fächern zu überbrücken und je und je Lücken zu schließen, die man bisher nicht ausfüllen konnte. Zugleich wären sie ein Beitrag zur *inneruniversitären Selbsthilfe*, die auch Förderer von außen ermuntern könnte, mehr als bisher für die Universitäten zu tun.

Beispiel Philipp-Melanchthon-Stiftung

Der Schreiber dieser Zeilen hat als Emeritus vor vier Jahren unter dem Namen „Philipp-Melanchthon-Stiftung“ eine kleine rechtsfähige kirchliche Stiftung bürgerlichen Rechts ins Leben gerufen, deren weitgefaßter Zweck „die wissenschaftliche Förderung der historischen Theologie und ihrer philologischen Hilfsdisziplinen“ ist. Im Mittelpunkt steht dabei die „Förderung der Ausbildung des ... wissenschaftlichen Nachwuchses in den klassischen und orientalischen Sprachen“ durch besondere Lektürekurse mit fachgerechter Anleitung. Dies scheint mir wegen des ständigen Rückgangs der Absolventen humanistischer Gymnasien besonders dringend zu sein. Weitere Zwecke sind die engere Zusammenarbeit der Philologen mit der historischen Theologie, die Beratung des wissenschaftlichen Nachwuchses und überhaupt die Förderung der Forschung in diesem Bereich. In den letzten sieben

Semestern wurden jeweils zwei Lektürekurse abgehalten, einer mit klassischen Texten von Homer bis Ciceros *de natura deorum*, der andere mit jüdisch-christlichen von der Septuaginta bis Euseb, Kurse, die ein vielfältiges Interesse bei Theologen und Philologen fanden, das vom Studenten bis zum Emeritus reichte: Es entwickelte sich daraus so etwas wie eine Fortsetzung der alten professoralen Graeca, aber jetzt unter Einschluß von Assistenten, Doktoranden und begabten Studenten. Die Teilnahme war hier bei Philologen fast ebenso groß wie bei Theologen und blieb so nicht an Fakultätsgrenzen gebunden. Hinzu kommt eine intensive Beratungstätigkeit und die Veranstaltung von Gastvorlesungen und Seminaren, die die Brücken zwischen Philologie und Theologie schlagen. So viel zu diesem - bisher gelungenen - Versuch.

Die Frage ist, ob nicht analoge Stiftungen in vielen Fakultäten angestrebt werden sollten. Universitätslehrer gehören dem gehobenen Mittelstand an. Nicht wenige sind unverheiratet oder kinderlos, manche vielleicht etwas vermögend, und hier stellt sich unwillkürlich die Frage nach der Gestaltung des Testaments und den Erben. Leider ist Deutschland auch in diesem Punkte im Rückstand. Während in England für 1992 etwa fünf Milliarden DM aus Erbvermächtnissen für Universitäten, wissenschaftliche oder kirchliche Einrichtungen zusammenkamen, war es in Deutschland trotz der höheren Bevölkerungszahl und größeren Reichtums nur eine Milliarde. Dabei ist der Zugriff des Staates durch die Erbschaftssteuer bei entfernteren Verwandten oder Nichtverwandten sehr hoch. Der Höchstsatz betrug bisher bei einem Erbe von DM 500 000 38 Prozent, bei einer Million DM 48 Prozent. Er soll jetzt ermäßigt werden, kann sich aber dennoch wesentlich durch die Neubewertung des Grundbesitzes erhöhen. Bei einer gemeinnützigen Stiftung bleibt dagegen das Vermögen ungeschmälert für einen guten Zweck erhalten.

Die Form der Stiftung

Die Frage ist, in welcher Form soll eine solche Stiftung erfolgen? Hier erscheint mir die unselbständige Stiftung weniger sinnvoll zu sein, in der man den vorgesehenen Betrag einfach dem Universitätsbund oder einer ähnlichen Institution überschreibt, denn damit wird die Kontrolle über die Verwendung der Förderungsmittel schwieriger, vor allem dann, wenn diese fakultäts- und fachfern zentral verwaltet und verplant werden. Am Ende kann das Stiftungskapital u. U. einfach der

Wissenschaftstransfer

Mehr Zusammenarbeit

Wissenschaft und Industrie sollen nach Überzeugung des Verbandes und des Fonds der Chemischen Industrie stärker zusammenarbeiten. Wichtig sei dabei zugleich eine breit gefächerte Grundlagenforschung an staatlichen Wissenschaftseinrichtungen. Die auf Gebieten der anwendungsbezogenen Forschung tätigen Einrichtungen sollten ihre Ressourcen noch stärker auf die vom

Markt nachgefragten Leistungen ausrichten. Der Aufbau eigenständiger Einrichtungen an den Hochschulen zum Transfer von Dienstleistungen wie technologierelevantem Know-how, Personal und wissenschaftlicher Weiterbildung besitzt für die chemische Industrie eher untergeordnete Bedeutung. Günstiger sei es, wenn die Partner Industrie und Hochschulen ohne Umwege zueinander fänden. Die chemische Industrie befür-

wortet eine mehr leistungs- und wettbewerbsorientierte Weiterentwicklung der Grundfinanzierung der Hochschulinstitute und außeruniversitären Einrichtungen.

Der vollständige Text des Positionspapiers „Mehr Innovationen durch Verbesserung der Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaft“ vom Dezember 1996 kann bei der Redaktion von *Forschung & Lehre* angefordert werden.

Masse des Universitätsvermögens zugeschlagen werden. Es ergibt sich hier meiner Erfahrung nach zu leicht eine Interessenkollision, denn der Universität wird immer daran liegen, von den Stiftungserträgen möglichst viel für den Gesamtetat abzuzweigen. Der Universitätsbund bzw. die Vereinigung der Freunde muß notwendigerweise auf das Ganze sehen und ist mehr auf die Gewinnung von Mitteln bei den Alumni oder bei Sponsoren außerhalb der Universität, etwa in der Industrie, hin angelegt. Die Möglichkeiten in diesem Bereich hat er m. E. in der Regel noch lange nicht ausgenutzt. Bei einer selbständigen Stiftung ginge es dagegen vor allem darum, den vorgesehenen Betrag gerade nicht rasch für bestimmte Zwecke aufzubrauchen, sondern das Kapital für eine langfristige Finanzierung der gewünschten *fach- oder fakultätsbezogenen* Ziele des oder der Stifter zu erhalten, die dann aus den Erträgen zu erfolgen hat. Dagegen könnte die Anlage des Stiftungskapitals und die Abrechnung der Erträge durchaus, falls diese zustimmen, über den Universitätsbund oder vielleicht auch durch den Stifterverband der deutschen Wissenschaft erfolgen. Bei der Philipp-Melanchthon-Stiftung geschieht dies in bisher vorbildlicher Weise über die Kirchenpflege Tübingen: *Small is beautiful*. So legt sich als äußere Form eine *rechtsfähige, d. h. selbständige Stiftung bürgerlichen Rechts* mit ausschließlich wissenschaftlicher Abzweckung nahe, deren Satzung vom jeweiligen Regierungspräsidium genehmigt und vom Finanzamt auf seine Gemeinnützigkeit und Steuerbefreiung geprüft werden muß. Eine derartige Stiftung kann auch schrittweise aufgebaut und dann erst durch den Erbfall vollendet werden. Auch das Zusammenwirken mehrerer Stifter für ein gemeinsames Vorgehen ist denkbar. Als sinnvoll würde mir die Möglichkeit erscheinen, daß für derartige selbständige Stiftungen aufgeschlossene Universitäten eine Art von „Pool“ zur Buchführung solcher Institutionen einrichten, in dem jedes Stiftungsvermögen separat abgerechnet und den Wünschen und Zwecken der Stiftungen voll entsprochen wird.

Nutzen für die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden

Für derartige Überlegungen eines Universitätslehrers spricht, daß die Fakultät, in der er u. U. jahrzehntelang wirkte, ihm doch zu so etwas wie einer geistigen Heimat geworden ist, mit deren Sorgen und Geschick er sich zeitlebens auch noch als Emeritus verbunden weiß: Forschung und Lehre seines Faches waren in der Regel die von ihm gewählten Lebensaufgaben, und man darf wohl annehmen, daß sie ihm zumeist Freude bereitet haben. Es erscheint darum am sinnvollsten zu sein, daß eine derartige Stiftung vom Stifter auf die Bedürfnisse seiner Fakultät (bzw. seines Faches) hin ausgerichtet wird. Daher sollte ihre Gründung in enger Abstimmung mit dieser erfolgen. Auch eine bewußt fächerübergreifende, verschiedene Fakultäten verbindende Lösung wäre denkbar. Sie könnte dann u. U. zu einem Kristallisationskern für spätere, auch kleinere Zustiftungen und Vermächtnisse werden.

Sachkundiger Stiftungsrat

Wichtig wäre ein sachkundiger Stiftungsrat, in dem wenigstens ein Mitglied rechtliche und wirtschaftliche Erfahrung besitzen sollte, weiter, daß die Verwendung der Mittel im Kontakt mit den Kollegen erfolgt. Letztlich soll ja „die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ davon einen Nutzen

haben. Ist eine derartige Institution einmal ins Leben gerufen, kann sie weiter wachsen und in vielfältiger Weise wirksam werden, vor allem in Zeiten, in denen rigorose Sparmaßnahmen den Fakultäten und Einzeldisziplinen fast den Lebensnerv abschnüren. Auch bei einem geringeren Volumen wäre sie in der Lage, bei den vielen „Kleinigkeiten“ auszuhelfen, die den Universitätsbetrieb erschweren, bei Gastvorlesungen und -seminaren, bei ganz dringenden Bücheranschaffungen während der Haushaltssperre, bei der Überbrückung von Lücken bei Doktoranden- und Habilitationsstipendien oder auch im Zusammenhang mit Stellenbesetzungen, bei fächerübergreifenden Sonderveranstaltungen, kleineren Symposien u. a. m. Für eine derartige Aushilfe ist bereits ein kleineres Kapital hilfreich, für die Vergabe von Stipendien sind dagegen große Summen erforderlich. Ein Doktorandenstipendium von DM 24 000 pro Jahr erfordert bei einer Verzinsung von 5 Prozent bereits ein Kapital von fast einer halben Million. Für eine selbständige rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts sollte das Kapital ungefähr 100 000 DM betragen, das jedoch über einen längeren Zeitraum hin schrittweise aufgebaut werden kann. Das Gesetz schreibt hier keine Grenze vor, außer, daß das Volumen dem Stiftungszweck entspricht. Wesentlich ist, daß dasselbe nicht in kurzfristiger Weise rasch aufgebraucht, sondern erhalten bleibt oder noch besser langsam aufgestockt wird und daß die Arbeit einer solchen Stiftung auch in einer gewissen Öffentlichkeit geschieht. Sie sollte ja das Vertrauen späterer potentieller Stifter gewinnen. Ist einmal ein solches Werkzeug vorhanden, sind die Möglichkeiten, die dieses bietet, gar nicht abzusehen. U. a. könnte sie Emeriti, die intensiv forschen, die aber ihre Ausgaben dafür auf Grund des neuen Urteils des Bundesfinanzhofs nicht mehr steuerlich abziehen dürfen, in dem Maße, etwa durch Hilfskraftmittel etc., unterstützen, als diese selbst der Stiftung Spenden zukommen lassen. Die Spenden für wissenschaftliche Zwecke sind ja, wie schon gesagt, bis zu 10 Prozent des Einkommens abzugsfähig.

Es wäre eine wichtige Aufgabe, Informationen über Stiftungen von Universitätslehrern zu sammeln und vor allem potentielle Stifter zu beraten und Satzungsmodelle zu entwerfen. Bisher ist herzlich wenig darüber bekannt, ob und wie viele derartige Institutionen es an den einzelnen deutschen Universitäten bereits gibt. Man sollte die Initiative in dieser Hinsicht nicht *allein* den Universitätsleitungen überlassen, die ja einem Großbetrieb vorstehen und deren Interessenlage darum eine etwas andere ist als die der einzelnen Universitätslehrer, die an eine solche fakultäts- oder fachbezogene Stiftung denken. Aber auch hier wäre natürlich eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Universitätsleitungen erwünscht, ja notwendig, zumal auch sie an der Gründung solcher rechtlich selbständiger Fakultäts- und Fachstiftungen interessiert sein müßten. Der Hauptschwerpunkt solcher Initiativen sollte jedoch bewußt bei den kleineren, den Universitätslehrern vertrauten Einheiten, den Fakultäten und Einzeldisziplinen liegen. Bei der heutigen bedrückenden Situation käme es darauf an, nicht nur zu klagen, sondern im eigenen beschränkten Rahmen an Schritte der Selbsthilfe zu denken. □

Hinweis: Soeben erschien das vom Bundesverband deutscher Stiftungen hg. umfangreiche Stiftungsverzeichnis in 3. Auflage (Hoppenstedt-Verlag), das alle wichtigen Informationen enthält.

Anschrift des Autors

Schwabstr. 51
72 074 Tübingen

Aus der Forschung

Streßhormon

Die Trierer Wissenschaftler Dr. Clemens Kirschbaum und Jens Prübner haben ein neues Verfahren zur Messung des „Streßhormons“ Cortisol entwickelt. Das früher umständliche Verfahren einer kontinuierlichen Blutentnahme über 24 Stunden oder das Sammeln von Urin wird durch Messungen im Speichel des Patienten nach dem Aufwachen ersetzt.

Das Hormon Cortisol ist für die psychosomatische Forschung besonders wichtig, weil es bei psychischer Belastung beruhigend wirkt und gleichzeitig das Immunsystem bremst. Bei Dauerstreß kann der Cortisolhaushalt allerdings durcheinander gebracht werden. Zu wenig Cortisol führt zu Allergien, Neurodermitis oder Asthma, zu viel Cortisol dagegen löst Herz-Kreislauf- und Krebserkrankungen aus. Mit dem neuen Verfahren können die Krankheiten rechtzeitig und genau diagnostiziert werden, die mit einem veränderten Cortisolspiegel zusammenhängen.

Quelle: Universität Trier, 20. Februar 1997

Hamburger und Chickenburger

Wie der New Scientist berichtet, haben Wissenschaftler der Cornell-Universität in den USA den weltweiten Wasserverbrauch bei der Lebensmittelproduktion untersucht. Beispielsweise werden, um das Rindfleisch für einen Hamburger zu produzieren, 11 Kubikmeter Wasser verbraucht - hauptsächlich für die Bewässerung der Felder, auf denen das Futtermittel für die Rinder angebaut wird. Der vergleichbare Chicken-Burger verbraucht dagegen dreißigmal weniger Wasser.

Der Weltwasserverbrauch der Erdbevölkerung hat sich in den letzten 20 Jahren verdreifacht, die Hälfte des Wassers aller

Flüsse fließt auf landwirtschaftliche Flächen.

Quelle: WDR - Wissenschaft, Umwelt, Technik, 5. Februar 1997

Grippe aus den 20er Jahren

Ein internationales Forscherteam vermutet in Gräbern auf der Insel Spitzbergen in der Arktis einen Impfstoff gegen Grippeviren. Dort liegen die Opfer einer schweren Grippeepidemie, die sich zwischen 1918 und 1929 in ganz Europa ausgebreitet hatte.

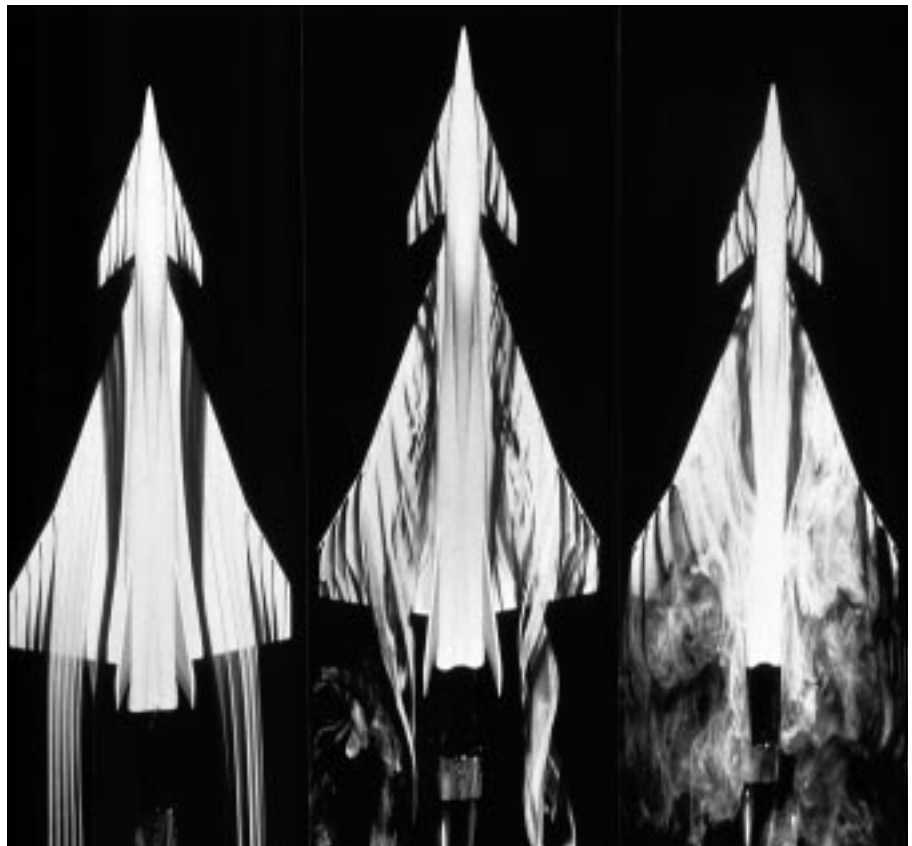
Nach einem Bericht der norwegischen Tageszeitung Norlys ist es den Wissenschaftlern genehmigt worden, sieben Gräber zu öffnen und Proben zu nehmen. Die Forscher vermuten, daß im Dauer-

frostboden das Erbmateriale der Viren erhalten geblieben sei. Daraus lasse sich unter Umständen ein Impfstoff gegen die Grippekrankheit entwickeln.

Quelle: DeutschlandRadio-Newsletter, 11. Februar 1997

Scheintot

Meeresgarnelen haben in einem US-Labor vier Jahre lang ohne jede Stoffwechselaktivität überlebt. Die Versuche des Biochemikers James Clegg von der Universität Kalifornien in Bodega Bay rütteln an einem Dogma der Biologie. Demnach ist Leben grundsätzlich mit einem Energiefluß verbunden, sei dieser auch noch so klein. Cleggs Laborgarnelen, die vier Jahre bei Raumtemperatur in Wasserflaschen ohne Sauerstoff gehalten wurden, zeigten aber keinerlei Anzeichen für einen Stoffwechsel, noch seien die Kohlenhydratvorräte der



Wenn Piloten ihr Flugzeug zu sehr steigen lassen („überziehen“), führt der zunehmende Anstellwinkel zwischen Tragfläche und Flugrichtung zu einer stark turbulenten Luftströmung (Bilder von links nach rechts) und damit zum Absturz des Flugzeuges.

Foto: Daimler-Benz

Tiere angetastet worden. Die Garnelen sind nach Wiederherstellung der Sauerstoffversorgung zu neuem Leben erwacht. Clegg vermutet, daß bestimmte Schutzmoleküle die Zellfunktionen der Garnelen in der Ruhezeit aufrechterhalten haben.

Quelle: DeutschlandRadio-Newsletter, 11. Februar 1997

Leistungsstärkster Laser

Deutschlands derzeit leistungsstärkster Laser steht im Institut für Optik und Quantenelektronik der Universität Jena. Seine gepulste Leistung von 2,2 Terawatt entspricht der Leistung von 20 Millionen PKW-Motoren à 110 kW oder von 2000 Kraftwerken mit 1100 MW Leistung. Diese Werte werden erzielt, indem ein sehr kurzer Lichtimpuls von 0,1 Piko-sekunden mit verhältnismäßig geringer Energie abgestrahlt wird.

Quelle: deutscher forschungsdienst, 25. Februar 1997

Allergisch durch Viren

Harmlose Infektionen können das Risiko erhöhen, an Asthma oder anderen Allergien zu erkranken. US-Mediziner fanden für diese lang gehegte Vermutung jetzt den ersten Beleg. Sie wiesen nach, daß schwache Virusinfektionen die B-Zellen des Immunsystems anregen, das sogenannte Immunglobulin E zu produzieren. Dieser Antikörper, auch „IgE“ genannt, gilt als wichtiger Faktor für eine Allergieanfälligkeit.

Impfungen gegen bisher kaum beachtete, da harmlose Infektionskrankheiten, könnten daher vor Allergien schützen. Allerdings, so zeigen andere Forschungen, scheint IgE zumindest für Asthma nicht allein verantwortlich zu sein. Dies folgerten die Wissenschaftler aus der Tatsache, daß die Mäuse, die kein IgE mehr bilden konnten, trotzdem erkrankten.

Quelle: WDR - Wissenschaft, Umwelt, Technik, 26. Februar 1997



Nach Angaben des US-Magazins Time haben Wissenschaftler des Meeresforschungsinstituts im südafrikanischen Durban ein Gerät entwickelt, daß Schwimmer und Taucher vor Haien schützen kann. Da Haie über ein äußerst empfindliches Ortungssystem verfügen, können sie selbst geringste elektrische Signale wahrnehmen. Falls ein Tier in ein elektrisches Feld gerät, dreht es meist sofort ab. Das neue Gerät, genannt *Protective Oceanic Device*, besteht aus einem 90-Volt-Netzteil und einer Sonde, die an den Flossen des Tauchers befestigt ist. Es bietet für 75 Minuten Schutz.

Foto: SZ

Pflanzliche „Warnrufe“

Tabakpflanzen können mit chemischen „Warnrufen“ andere Pflanzen auf Viren aufmerksam machen. Wie die Zeitschrift „Nature“ berichtet, konnten amerikanische Pflanzenforscher das jetzt in Laborversuchen zeigen.

Wird eine Pflanze vom Tabak-Mosaikvirus befallen, so entläßt sie einen Stoff, genannt Methylsalicylat, in die Luft. Die Nachbarpflanzen nehmen das Methylsalicylat wahr und treffen Vorbereitungen zum Schutz vor dem Virus. Die gewarnten Tabakpflanzen produzieren bestimmte Eiweißstoffe, die zu einer vorübergehenden Resistenz gegen die Viren führen.

Quelle: DeutschlandRadio-Newsletter, 21. Februar 1997

Seit wann jagt der Mensch?

Ein Fund in der niedersächsischen Grabstätte Schünigen rüttelt an archäologischen Dogmen. Dort fand man inmitten von Steinwerkzeugen einen perfekt geschnitzten Holzspeer, der etwa 400 000 Jahre alt ist. Bisher nahm man aber an, daß der Mensch erst vor ca. 40 000 Jahren zum Jäger wurde, als fein gearbeitete Stein- und Knochenwerkzeuge in Gebrauch kamen.

Bestätigt sich der Fund, dann setzte die Entwicklung der Jagdkultur wesentlich früher ein als bisher angenommen.

Quelle: WDR - Wissenschaft, Umwelt, Technik, 26. Februar 1997

Vor 75 und vor 25 Jahren

Ein Zeichen setzen

Der Untergang des Abendlandes

1922 erschien der zweite Band von Oswald Spenglers „Der Untergang des Abendlandes“, dessen noch vor Ende des Ersten Weltkrieges im Jahre 1918 erschienener erster Band wie eine Sensation aufgenommen und leidenschaftlich diskutiert wurde. Ebenfalls 1922 legte der von Spengler faszinierte Manfred Schroeter in dessen Münchener Verlag C.H.Beck eine Schrift vor: „Der Streit um Spengler. Kritik seiner Kritiker“. Das Inhaltsverzeichnis spiegelt die Bandbreite der Kritik, aus der u.a. die Auseinandersetzung des Philosophen, evangelischen Theologen und historischen Sozialwissenschaftlers Ernst Troeltsch mit Spengler herausragt. Der folgende Abdruck zitiert aus Schroeters Paraphrase von Troeltsch' Spengler-Kritik:

„Troeltsch hat sich unseres Wissens viermal, dabei immer tiefer gehend, über Spengler ausgesprochen. Zuerst ziemlich negativ in der Historischen Zeitung (1920, S.281) wo er behauptet, daß sein „Dilettantismus mitunter an die Grenzen des groben Unfugs“ gehe, andererseits zugibt: „Das Buch ist äußerst interessant und blitzt von guten Gedanken.“ Er hebt als Hauptpunkt jenen „Gegensatz des naturwissenschaftlichen und des historischen Erkennens“ in Spenglers Erörterung hervor. [...] Positiver spricht er in dem früher schon berührten Kunstwartaufsatz vom Okt.1919 („vermutlich das bedeutendste Buch, das während des Weltkrieges geschrieben worden ist“). Am tiefsten geht sein Aufsatz „Der Aufbau der europäischen Kulturgeschichte“ in Schmollers Jahrbuch XLIV, 3, S.633, dessen Eingangsanmerkung auf Spenglers Buch Bezug nimmt: „Es hat meine Problemstellung und -lösung nirgends bestimmt, sondern wurzelt seinerseits in der gleichen Gedankenmasse wie die vorliegende Studie, nur daß ich in sehr wichtigen Punkten ganz andere Wege für nötig halte und dem realistischen Detail einen viel größeren Platz

einräume. Daß die philosophische Grundansicht selbst und auch die Stellung zu den Zukunftsaufgaben bei mir eine ganz andere ist, ist auf den ersten Blick klar.“ Nach geschichtslogischen Überlegungen verneint hier Troeltsch die Menschheits- und Fortschrittsidee als „längst völlig ausgeleiert“ („die Menschheit als Ganzes hat keine geistige Einheit und daher auch keine einheitliche Entwicklung“, S.637) und beschränkt die „Universalgeschichte auf den europäisch-amerikanischen Entwicklungszusammenhang“, neben dem in verschiedenenartigen, sich fremden Kulturkreisen wieder andere einheitliche Kulturergebnisse „von jedesmal völlig eigenem und einzigartigem Sinn“ vorliegen, mit eigener individueller Entwicklungsgeschichte. „Man muß sich klarmachen, daß es verschiedene Möglichkeiten des Menschentums gibt... und jede in Jahrtausenden gereifte Sonderform für alle in ihr erfaßten ein unausweichliches, alle Tiefe und Kraft in sich schließendes, wenn auch beständig bewegliches Schicksal ist“ (640). Höchstens historische Typen und Vergleichsgesetze lassen sich aus einer allgemeineren Betrachtung (als aus einer „generalisierenden Hilfswissenschaft“) entwickeln.

Die Europa-Universität in Florenz

Über die Gründung der Europa-Universität am 19. April 1972 berichtete David Pickert in der ersten April-Ausgabe der DUZ 1972:

„Die Regierungsvertreter der sechs Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft haben am 19. April 1972 in Florenz die Gründungskonvention der geplanten Europa-Universität unterzeichnet. Argwöhnisch beobachtet von vielen Seiten und eigentlich nicht so recht mit dem Segen der bestehenden Hochschulen versehen, ist damit doch in der Hauptstadt der italienischen Toskana die „Europa-Universität“ aus der Taufe gehoben worden.

Vor rund vierzehn Jahren ist über dieses Projekt schon gesprochen worden. 1965 gab es den ersten Entwurf für ein zwi-

schenstaatliches Abkommen, den Pescatore-Entwurf. Später verschwanden alle Pläne wieder in den Schubladen der Regierungen und Ämter. Erst auf der Konferenz der Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft im Dezember 1969 in Den Haag zeigte sich neues Interesse für die alten Pläne. Schließlich haben sich die Bildungsminister der Europäischen Gemeinschaft auf einer Konferenz in Brüssel im November vorigen Jahres darauf geeinigt, die Sache voranzubringen. Der Anstoß kam also eindeutig von den Politikern.

In akademischen Kreisen dagegen konnte man sich sehr viel weniger für dieses Projekt erwärmen. So wurde unter anderem angezweifelt, ob überhaupt ein Bedarf für eine derartige Institution vorhanden sei. Es gibt ja schon das Europa-Kolleg in Brügge und eine speziell mit europäischen Fragen befaßte Abteilung an der Universität Amsterdam. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat in einer Entschließung und später noch einmal in einer Stellungnahme ihres Generalsekretariats Kritik an den Vorstellungen geübt. Sinngemäß hieß es, man brauche keine besondere „europäische Universität“, da alle bestehenden Universitäten in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ja schon die „europäische Universität“ ausmachten. Aber der Wille der Politiker, zumal der Italiener, ein Zeichen zu setzen und etwas Neues zu schaffen, war stärker als diese Bedenken.

Im Gegensatz zur Stimmung innerhalb der Rektorenkonferenz ist man im Bundeswissenschaftsministerium enthusiastischer in der Beurteilung der neuen europäischen Initiative. In allen beteiligten Ländern wird die neue Universität besonders von den Regierungen begrüßt. Dabei ist es dann nicht verwunderlich, daß die Gründer der neuen Europa-Universität bisher keine volle akademische Autonomie zugestanden haben.“

Univ.-Professor Dr. Rüdiger vom Bruch,
Humboldt Universität zu Berlin

Hochschulchronik Februar/März 1997

17. FEBRUAR

DFG und MPG werden evaluiert. Auf Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz und der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung werden die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft einer wissenschaftlichen Systemevaluation unterzogen. Dabei soll es nicht um einzelne Projekte und Institute, sondern um Prinzipien, Verfahren und sonstige Instrumente der Wissenschaftsförderung gehen. Es soll eine zehnköpfige internationale Expertenkommission eingesetzt werden.

Kein allgemeinpolitisches Mandat. Das Verwaltungsgericht Gießen untersagt dem AStA, politische Erklärungen abzugeben, die keinen konkreten studien- und hochschultypischen Inhalt haben. Die hessische Wissenschaftsministerin Hohmann-Dennhardt hat diese Entscheidung als Gefahr für die Meinungsfreiheit an den Hochschulen gewertet und angekündigt, das neue Landeshochschulgesetz werde den ASten das Recht einräumen, Stellungnahmen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen abzugeben.

21. FEBRUAR

Keine Frauen-Hochschulwelt. Eher skeptisch und verhalten äußert sich die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Brunn zu den Plänen, eine Frauenuniversität einzurichten. Die eigene Hochschulwelt für Frauen halte sie für wenig erfolgversprechend. Um das Für und Wider seriös diskutieren zu können, werde ein wissenschaftliches Gutachten zu dieser Frage in Auftrag gegeben. Dafür stünden 600.000,- DM zur Verfügung.

Lehrstellenabbau ungebremst. In den nächsten zehn Jahren werden für die geburtenstarken Jahrgänge rund 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze benötigt. Nach einer Umfrage des Bundesinstitutes für Berufsbildung erwartet aber nahezu jeder vierte Betrieb einen weiteren Abbau der Lehrstellen in den nächsten drei Jahren. 15 Prozent der Unterneh-

men in den neuen Bundesländern rechnen damit, künftig Fachhochschul-Absolventen auf Stellen zu beschäftigen, die zuvor von Fachkräften mit dualer Berufsausbildung besetzt waren. Diese Einstellungspolitik wird überwiegend mit den gestiegenen Qualifikationsanforderungen begründet.

24. FEBRUAR

Änderung der Professorenbesoldung. Nach Vorstellung von Wissenschaftsminister Zöllner (Rheinland-Pfalz) sollen künftig überdurchschnittliches Engagement in der Lehre, besonders aufwendige und für die Studenten attraktive Seminare und Vorlesungen sowie eine hohe Zahl von Examenskandidaten mit einem Zuschuß zur Besoldung der Professoren belohnt werden. Auch Bundesbildungsminister Rüttgers setzt sich für eine „leistungsorientierte Besoldung“ ein. Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Erichsen, schlägt Leistungszulagen für gute Forschung vor. Dies könne kostenneutral durch die Umwidmung der bisherigen Alterszulagen der beamteten Professoren geschehen. Die Tatsache des Älterwerdens rechtfertige noch keine höhere Besoldung. Im Hinblick auf die seit über 20 Jahren bestehende Überlast begrüßte der Präsident des Hochschulverbandes, Schiedermaier, grundsätzlich die Initiative. Gleichzeitig warnte Schiedermaier davor, die Lehre einseitig zu bevorzugen. Eine Vorlesung dürfe auch nicht mit dem Unterhaltungswert einer Fernsehshow verglichen werden.

25. FEBRUAR

Baden-Württemberg vorn. Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg gesetzliche Folgen aus der Debatte um die Hochschulreform gezogen: Das neue baden-württembergische Hochschulgesetz sieht unter anderem vor, daß Langzeitstudenten vom 14. Semester an DM 1.000,- je Halbjahr bezahlen müssen. Diese Regelung trafe nach Angaben des Ministeriums derzeit 23 Prozent der in Baden-Württemberg immatrikulierten Studierenden. Darüber hinaus erhalten die Hochschulen ein größeres Mitbestimmungsrecht bei der Auswahl von Studienbewerbern in Fächern mit örtlicher Zulassungsbeschränkung. Zukünftig wird die Hälfte der Studienplätze nach der Abiturnote, 10 Prozent nach der

Wartezeit und 40 Prozent nach zusätzlichen Leistungskriterien vergeben, mit denen die Eignung und Motivation zum Studium festgestellt werden soll.

27. FEBRUAR

Fachbereichsschließungen in Hessen. Trotz steigender Studentenzahlen stehen die hessischen Universitäten vor rigiden Sparmaßnahmen. Die Gesamthochschule Kassel erwägt nach eigenen Angaben die Streichung von sieben, die Universität Marburg von vier Studiengängen. Nach Berechnungen der Hessischen Landesrektorenkonferenz wird für Forschung und Lehre im Land Hessen pro Student nur noch halb soviel ausgegeben wie 1980.

6. MÄRZ

Heisenberg-Programm bleibt. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft wird nach Auslaufen der Mittel im zweiten Hochschulsonderprogramm mit eigenen Mitteln das Heisenberg-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses weiterfinanzieren. Seit 1978 sind rund 1.200 Forschungsstipendien an junge, hervorragend qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vergeben worden. Mehr als 70 Prozent der Geförderten konnten vor Erreichen der Höchsthörförderungsdauer von fünf Jahren ihr Stipendium zurückgeben, weil sie eine dauerhafte Beschäftigung in der Wissenschaft, regelmäßig eine beamtete C-Professur, erhalten haben.

8. MÄRZ

Keine Substitution der Kernfächer. Der saarländische Kultusminister Wittling hat sich gegen eine Substitution der drei Kernfächer Mathematik, Deutsch und eine Fremdsprache im Abitur ausgesprochen. Die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz vom 27./28. Februar zur Abiturreform, die nach vierjähriger Arbeit zustande gekommen war, sieht auf Wunsch der Hansestadt Hamburg eine Substitutionsregelung vor. Auch Bremen, Niedersachsen, ggf. auch Nordrhein-Westfalen, wollen die Möglichkeit schaffen, Kernfächer ganz oder teilweise zu ersetzen. Wittling warnte davor, von dieser Möglichkeit zu extensiv Gebrauch zu machen.

Leserforum

Gebrauch der deutschen Sprache

Zuschrift zum Pro/Contra-Thema „Englischsprachige Studiengänge in Deutschland“ in: F&L 1/97, S. 28 f.

Zu obigem Pro und Contra erlauben Sie mir folgende Bemerkungen:

● Seit 1990 findet alljährlich der „Frankfurt European Banking Congress“ mit englischer Kongreßsprache statt (wobei eigenartigerweise für die Ortsbezeichnung das deutsche Wort gefunden wurde!). Dabei kommen jeweils ein Drittel der Redner aus dem englischen, ein weiteres Drittel aus dem deutschen Sprachraum, und vom restlichen Drittel ist wiederum die Hälfte der deutschen Sprache mächtig. Bezeichnenderweise erfolgt einmal die Ansprache des Bundeskanzlers in Deutsch - wohl eine Selbstverständlichkeit - aber mit der gleichen Selbstverständlichkeit bedienen sich französische Teilnehmer ihrer Muttersprache. Ein japanischer Teilnehmer fragte mich: „Warum ist nicht Deutsch die Konferenzsprache, schämt man sich hier der eigenen Muttersprache?“, und die Reaktion eines Afrikaners war: „Will man in Deutschland die Muttersprache eines Viertels der EU-Bewohner aufgeben?“

Wir nähern uns einer Klassengesellschaft an, die sich mit der Frederizianischen Konstellation trifft, die in dieser Hinsicht in die gleiche Richtung tendierte: Wer etwas auf sich hielt, sprach französisch - eine Sprache, die das für Gebildete obligatorische Latein des Mittelalters ablöste.

● Die deutsche Betriebswirtschaftslehre galt vor allem vor dem Zweiten Weltkrieg in Ostasien, Ost- und Nordeuropa als die führende Disziplin, die bereitwillig übernommen wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg bemühte sich die dritte Generation akademischer Betriebswirte des deutschsprachigen Raums darum, Anschluß an die angelsächsische Betriebswirtschaftslehre zu finden, was sich nicht

auf bestimmte Arbeits- und Verfahrenstechniken beschränkte, sondern die gesamte angelsächsische Konzeption umfaßte: Marketing, Management, Finance: alles Spezialgebiete ohne umfassende Klammer. Nach Abflauen der antideutschen Haltung in den ersten zehn Nachkriegsjahren war der Kommentar in den kleinen und mittleren Ländern, die vor dem Krieg auf das deutsche Vorbild schauten: Wozu nach Deutschland gehen, dort wird ja nur das Angelsächsische imitiert. Dann suchen wir uns lieber gleich die Originalquellen aus und studieren in den USA.

● Die Vorstellung des Bundesaußenministers, ausländische Studenten würden der englischsprachigen Studiengänge wegen nach Deutschland kommen, erscheint mir absurd: Wer in Deutschland studiert, tut das nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Sprache. Bildet man sich wirklich ein, der Ausländer könne ohne Kenntnis der deutschen Sprache in Deutschland leben, beschränkt auf den Elfenbeinturm Universität, wo Englisch gelehrt wird?

● Allerdings könnten manche von uns sprachbezogen einiges für Ausländer tun, indem sie nämlich nicht vom heimischen Dialekt ins Englische übergehen, sondern zunächst einmal Deutsch als erste Fremdsprache lernten. Denn es fällt auch den Kongreß-Übersetzern und Dolmetschern nicht immer leicht, ein breites Schwäbisch oder einen Kölner Akzent oder gar die Worte eines schnell-sprechenden Oberpfälzers ohne weiteres in die zweite Fremdsprache zu übersetzen. Und vielleicht sollte vor Beginn und während eines jeden Universitätsstudiums der ständige Hinweis darauf stehen, sich zunächst einmal im Gebrauch der deutschen Sprache zu üben.

Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Oswald Hahn (em.), Universität Erlangen-Nürnberg

Klischeebilder

Zuschrift zum Beitrag „Die Natur erkennen. Die Physik zwischen Philosophie, Weltbild und Technik“ von Knut Urban in F&L 1/97, S. 24ff.

In seinem Artikel unternimmt Herr Kollege Urban den Versuch eines Gesprächs über die Disziplin- und Fakultätsgrenzen hinaus. Um so bedauerlicher ist es fest-

stellen zu müssen, daß dieses an sich begrüßenswerte Unterfangen letztendlich doch gescheitert ist. Dies gilt mit Bezug auf die Darstellung von zweieinhalbtausend Jahren Geschichte der Physik und Naturphilosophie vor allem für den ersten Teil zur Antike bis hin zur frühen Neuzeit; insbesondere auf der ersten Seite findet der Leser zu seiner Enttäuschung kaum mehr als die wohlvertrauten Klischeebilder. Zu fordern, eine solche geschichtliche Darstellung dürfe nur auf der Grundlage eigener Quellenkenntnis unternommen werden, wäre sicherlich unangemessen und geht gerade am Wesen des interdisziplinären Gesprächs vorbei. Doch scheint mir eine Voraussetzung für einen derartigen Forschungsdialog unabdingbar zu sein: daß sich alle beteiligten Parteien nach Kräften um eine seriöse Rezeption des „status quaestionis“ in den betroffenen Fachdisziplinen bemühen - in diesem Fall etwa auf dem Gebiet der Geschichte der Philosophie und der History of Sciences. Mit Bezug auf die Darstellung der Physik bei Platon und Aristoteles in dem genannten Artikel sei in diesem Zusammenhang einfach auf die einschlägige Literatur verwiesen (exemplarisch etwa auf C. F. v. Weizsäckers Platoninterpretationen). Enttäuschend ist darüber hinaus vor allem, daß die geradezu karikierende Darstellung von tausend Jahren europäischer Wissenschaftsgeschichte, die man ob ihrer „Dunkelheit“ getrost übergehen könne, trotz der Feststellung von Theodor E. Mommsen, dies sei im Grunde „nie ein wissenschaftlicher Terminus, sondern eher ein Schlachtruf“ gewesen, immer noch zum beliebten Standardrepertoire zu gehören scheint, mit dem man die Kenntnisnahme einer ganzen Epoche gewissermaßen a priori von sich weisen kann. Die Rede ist vom Mittelalter, das - und dies ist in der Tat seit Jahrzehnten Gegenstand umfassender Forschung und Dokumentation - als die Geburtsstätte unseres „modernen“ europäischen Wissenschaftsverständnisses angesehen werden muß. Auch die theoretischen Voraussetzungen für die heutigen Naturwissenschaften liegen in der Grundlegung einer „scientia naturalis“ im 12. und 13. Jahrhundert, die von dem Impetus geleitet war, die „causae rerum“, d.h. die Ursachen in den Phänomenen selbst zu erforschen. Im Unterschied zu manchen heutigen Konzeptualisierungen, die einem mittelalterlichen Leser geradezu als naiv erscheinen würden - ich denke nur an die im letzten Jahr als wissenschaftliche Sensation verkaufte Bestimmung des

„Nichts“ als materiefreies „Loch“ von 150 Milliarden Lichtjahren Durchmesser - waren sich diese Denker jedoch bewußt, daß eine rationale, d. h. auf Vernunftgründen beruhende Erklärung der Phänomene ohne eine Reflexion auf die Prinzipien der Physik nicht angemessen gelingen kann. Dies lehrt uns gerade ein Blick in die Geschichte der Naturphilosophie und der Physik. „Nur auf den Schultern des Riesen sieht der Zwerg weiter als dieser“, so charakterisiert Bernhard von Chartres im 12. Jahrhundert das Verhältnis von „antiquus“ und „modernus“. Wäre dies nicht auch heute ein gutes Motto für ein Gespräch zwischen Disziplinen und Fakultäten?

Priv.-Dozent Dr. phil. Andreas Speer, Thomas-Institut der Universität zu Köln

Fahrlässige Verharmlosung

Zuschrift zum Leserbrief von Ulli Gröttrup, Pressesprecherin des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, in F&L 2/97, S. 93

Während noch 1994 die SPD-Landesregierung im Wahlkampf versprochen hatte, die Investitionen in die Hochschulen verdoppeln zu wollen, sah die Realität für die niedersächsischen Hochschulen schon kurz nach der Wahl ganz anders aus. Auch in den nächsten Jahren wird die SPD-Alleinregierung ihre Kahlschlagpolitik an niedersächsischen Hochschulen fortsetzen. Da hilft die Schönfärberei der Sprecherin des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur wenig weiter. Geradezu dreist ist es, die Nicht-Erhebung von Verwaltungskostenbeiträgen für Studierende als Erfolg dieser Landesregierung zu verkaufen. Der Vorschlag für die Erhebung stammt aus dem niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur. Am Widerstand u. a. der CDU-Landtagsfraktion ist dies gescheitert. Hier sollten nur die selbstverschuldeten Finanzlöcher des Landes Niedersachsen mit rund 40 Millionen DM gestopft werden. Fakt ist vielmehr, daß Niedersachsens Hochschulen in dieser Legislaturperiode mindestens 275 Millionen DM einsparen müssen und diese Kürzungen nachhaltig die Qualität von Forschung und Lehre, die Wettbewerbsfähigkeit und Nachwuchsgewin-

nung an niedersächsischen Hochschulen gefährden. Hinzu kommen noch mindestens 33,4 Millionen DM für noch nicht erbrachte Stelleneinsparungen, die die Hochschulen zusätzlich abliefern müssen. In den zu erbringenden 310 Millionen sind auch 1 300 Stelleneinheiten enthalten, die von 1995 bis 1998 an den Hochschulen gestrichen werden. Angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle und mitten im beginnenden Wettbewerb um die besten Wissenschaftler wird Niedersachsen mit dieser Landesregierung nicht weiter mithalten können. Als Oppositionsführer betonte der immer häufiger als Blender titulierte Ministerpräsident Schröder, daß Bildungs- und Zukunftsinvestitionen seien. Von diesem Grundsatz hat sich diese Landesregierung schon seit 1994 verabschiedet. Hätte eine CDU-geführte Landesregierung derartige Sparmaßnahmen an niedersächsischen Hochschulen durchgesetzt, wäre ein Sturm der Entrüstung durchs Land gegangen. Zwischenzeitlich wehte eine laue Lüftchen und dann war Funkstille.

Bernd Althusmann, CDU-Abgeordneter des niedersächsischen Landtags

Spracherwerb

Zuschrift zum Beitrag „Wie erwerben Kinder Sprache?“ in F&L 2/97, S. 89

Als Sprachwissenschaftler kann man nur mit einigem Kopfschütteln den o.g. Beitrag zur Kenntnis nehmen. Chomsky ist alles andere als der Begründer der Soziolinguistik. (Es sei denn, es ist gemeint, daß im Widerspruch zu seinem idealisierenden generativen Ansatz soziolinguistische Fragestellungen an Bedeutung gewonnen haben.) Sein Hauptaugenmerk gilt dem Erwerb von grammatischen Strukturen und nicht von Wörtern. Daß bei dem Erwerb von Wörtern die Häufigkeit des Auftretens eine Rolle spielt, widerspricht nicht unbedingt seinen Thesen. Außerdem kann man nicht undifferenziert vom Erwerb von Wörtern sprechen. Hochfrequente „Spracheinheiten“ bzw. „Silbenkombinationen“ sind zunächst einmal Funktionswörter (Artikel, Präpositionen, Pronomen etc.), deren Bedeutungen eher strukturell als inhaltlich zu beschreiben sind, im Gegensatz zu typischen Inhaltswörtern wie *Mama*, *Papa*, *Auto*, *spielen*, die eine niedrigere Frequenz aufweisen. Nach dem von Ih-

nen referierten Bericht müßten Kinder als erstes Funktionswörter erwerben, was aber aller Erfahrung widerspricht. Offensichtlich werden in Ihrem Bericht aus zweiter (oder dritter?) Hand die Versuchsanordnung und die daraus zu folgenden Schlüsse sinnentstellend dargestellt.

Univ.-Professor Dr. J. Esser, Universität Bonn

Fortgesetzte Auslese

Zuschrift zur Umfrage „Sieben Fragen zur leistungsgerechten Besoldung“ in F&L 3/97, S. 114ff.

In der gegenwärtigen Diskussion anläßlich der Novellierungen der Hochschulgesetze des Bundes und der Länder ist häufig der Vorschlag zu hören, die Hochschullehrer künftig „leistungsabhängig“ zu bezahlen. Es scheint mir dringend geboten, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß die Hochschullehrer innerhalb des öffentlichen Dienstes bis jetzt die Berufsgruppe sind, die wie vielleicht keine andere einer dauernden Leistungsüberprüfung unterzogen wurde. Ich brauche gewiß nicht die Stationen der fortgesetzten Auslese vom Examen bis zur Habilitation zu schildern. Und ich glaube auch nicht, daß es eine Berufsgruppe im öffentlichen Dienst gibt, die ein so rigores Ausleseverfahren bei Einstellung und Beförderung hat wie die Hochschullehrer in Form der Berufung. Des weiteren wird die Arbeit des Wissenschaftlers doch dauernd der Kritik der Fachkollegen unterzogen. Er muß sich sein Ansehen in der Fachöffentlichkeit erarbeiten und erhalten. Auch hier stellt sich die Frage, wo es etwas Vergleichbares gibt.

Um so unverständlicher ist mir, daß die Wissenschaftsminister nun glauben, gerade bei den Hochschullehrern besondere Leistungsanreize schaffen zu müssen. Damit wird der Eindruck erweckt, als ob es bisher solche nicht gegeben hätte und als ob es bisher an Leistung gefehlt hätte. Dem ist entschieden entgegenzutreten!

Univ.-Professor Dr. Karsten Ruppert, Römerberg

Neue Veröffentlichungen

Gedichte für Spitzel oder: DDR-Lyrik von innen

Edwin Kratschmer: Dichter Diener Dissidenten. Sündenfall der DDR-Lyrik. Ein Abriss. Beispiele und Kommentare, Universitätsverlag, Jena 1995, DM 49,90.

Fiktion der DDR-Literatur-Forschung war, daß es sich bei der Lyrik der DDR um Lyrik autonomer Subjekte gehandelt habe, deren Gedichte zwar Anstoß erregen mochten, die aber sich ausschließlich dem freien Ausdruck verdankten.

Aus dem Jenaer Universitätsverlag kommt nun ein Buch auf die germanistischen Schreibtische, das der Ahnungslosigkeit der westdeutschen Germanistik den Star sticht. Die Rede ist von Edwin Kratschmers „Dichter Diener Dissidenten“ - ein Buchtitel, mit dem er die bunte Varietät der DDR-Poeten zu fassen versucht. Im Untertitel stehen die Worte „Sündenfall der DDR-Lyrik“. Man sagt wohl nicht zuviel, wenn man behauptet, daß dieses Buch eine Wende in der DDR-Literatur-Forschung unseligen Angedenkens markiert. Hatte die westdeutsche Germanistik nur von außen auf die DDR-Literatur geschaut - oder doch geschwiegen, wenn der eine oder der andere tiefer geblickt hatte - so gibt Kratschmer einen Abriss der DDR-Lyrik von innen. Als gelernter DDR-Bürger kannte er sein Arbeiter- und Bauern-Paradies, übersah die Lebensumstände der Autoren und wußte von den vielfältigen Pressionen und Zensurmaßnahmen, denen sie ausgesetzt waren. Der Geschichte der Texte stellt er konsequent eine Geschichte ihrer sozialen, politischen und polizeilichen Bedingungen an die Seite, so daß fast alle Gedichte, die in vierzig Jahren DDR geschrieben wurden, sich heute anders lesen als vor 1989. Die sog. Literaturgesellschaft der DDR wurde beherrscht von einem bürokratischen Zensursystem, das aufgrund von ZK-Beschlüssen der SED entschied, welche

Texte publiziert und welche Texte unterdrückt wurden. Mit anderen Worten: Was sich als DDR-Literatur den Augen der Welt präsentierte, war ein manipuliertes Konstrukt. Gedruckt wurde vor allem Angepaßtes, der Partei-Doktrin Entsprechendes. Und was verlangte die Partei von den Poeten: Kampf gegen den Faschismus, Eintreten für den Sozialismus und Treue gegenüber der Partei. Gemeint war aber stets nur Eines: Treue gegenüber den (wechselnden Parolen der) Parteibürokraten. Man sieht leicht, daß die ästhetische Doktrin der Partei kein Programm für die künstlerische Produktion abgeben konnte - schon gar keines für Lyrik, die seit der Moderne auf dem subjektiven Ausdruck gründet. Vorgegebene Allgemeinheiten erbrachten allein versifizierte Phrasen aber keine Lyrik. So kann es nicht Wunder nehmen, daß die wichtigeren Gedichtbände von DDR-Autoren häufig nicht in der DDR, sondern in der Bundesrepublik erschienen.

Literarische Produktion unter Stasi-Kontrolle

Was in der DDR publiziert wurde, stand unter permanenter Kontrolle des Staatssicherheitsdienstes. Kratschmer macht - anders als die etablierte Literaturgeschichtsschreibung - Gebrauch von den Forschungsmethoden Walthers, Wiesners und Corinos, die in den Aktenhalden der Gauck-Behörde eruierten, wie die literarische Produktion vom Staatssicherheitsdienst gegängelt, verhindert oder - sogar - finanziert wurde. „Seit 1969 existierten im MfS die speziellen Ressorts XX/7 und XX/9, die die Aufgabe hatten, die Verlage, den Schriftstellerverband und die Akademie der Künste ‚zur Durchsetzung der Kulturpolitik der SED [...] mit sicherheitspolitischen Mitteln und Methoden‘ aufzuklären und ‚vorbeugend Ansätze zur Bildung einer inneren Opposition‘ zu verhindern. Die Abteilung XX/9 hatte sich dabei besonders der ‚Observation, Kontrolle und Beeinflussung des literarischen Nachwuchses‘ zu widmen. 1976 erließ E. Mielke, Minister für Staatssicherheit, ein Rundschreiben an alle Leiter von MfS-Einheiten, ‚flächendeckend‘ eine ‚Wer ist wer?‘-Aufklärung durchzuführen und damit besonders die Künstlerkreise zu observieren. In ‚politische Oppositionsszenen‘ wurden nun zunehmend IM-Poeten als Aufklärer eingeschleust.“ (S. 318) Daß das nicht papierne Befehle waren, die keinen Ein-

fluß auf die literarische Produktion hatten, läßt sich am Fall des Lyrikers Reiner Kunze zeigen. Aus der Stasi-Anweisung zur Behandlung Kunzes, eines der begabtesten Lyriker der DDR:

„Keine öffentlichen Lesungen im Kulturbund, Bibliotheken usw. Wenn er selbst von sich aus kommt, dann mit Vorlage des Programms, kleiner Kreis (30 Pers.) und Auseinandersetzung mit ihm. - Es wird keine 3. Auflage des K.-Lyrik-Bandes geben. - Kunze wird von der Partei so behandelt wie Biermann, er wird nicht wahrgenommen, da er uns nichts zu sagen hat. Hier gibt es eine einheitliche Orientierung des Zentralkomitees an alle Bezirksleitungen. - Zur Verunsicherung des K. und seiner Ehefrau sind [...] die geeigneten öffentlichen Stellen [...] stärker zu nutzen [...] Gleichzeitig ist die berufliche und gesellschaftliche Umgebung der Frau Dr. Kunze aufzuklären, es sind Zweifel gegen sie zu streuen. - Das Machwerk ‚Die wunderbaren Jahre‘ ist einem zuverlässigen Juristen zu übergeben, damit dieser es vom strafrechtlichen Standpunkt her [...] begutachtet.“ (S. 308)

Ruinöses Zensursystem

Nimmt man dergleichen Stasi-Anweisungen, die dazugehörigen Spitzelberichte und die Alltagsschwierigkeiten der Autoren zusammen und hält sie neben die künstlerische Produktion, so ergibt sich die wahre Sozialgeschichte der DDR-Lyrik. Man könnte sagen: Wo einer schrieb, schrieb die Stasi mit. Häufig war der Stasi-Spitzel selbst ein Autor und trug Decknamen wie „Hölderlin“, „Pergamon“ oder „Büchner“. Es ist die Rede von ungefähr 300 Autoren, die für den Staatssicherheitsdienst als IMs tätig waren. Man versteht es kaum - und auch Kratschmer vermag es nicht schlüssig zu erklären - daß dennoch beachtliche Werke publiziert wurden. Waghalsige Lektoren, schlampig arbeitende Behörden und listige Autoren ließen Bücher entstehen, derentwegen es sich überhaupt lohnte, von einer DDR-Literatur zu reden. Insgesamt aber war das Zensursystem ruinös. Es unterdrückte nicht nur Werke und trieb Autoren in Exil, Wahnsinn oder Selbstmorde - sondern es korrumpierte auch viele derer, die immerhin Karriere machen konnten. Von Stephan Hermlin bis Sascha Anderson können wir eine traurige Revue von Autoren betrachten, die gelogen, getäuscht und verheimlicht haben. Hermlin hatte sich nicht nur ein

Pseudonym, sondern auch den Nimbus des faschistischen Opfers zugelegt, indem er eine KZ-Haft vorlegte; und Anderson, die Lokomotive der Prenzlauer-Berg-Connection, lenkte und verriet im Stasi-Auftrag die jüngste, anarchistische Spielart von DDR-Poeten.

Subjektive Literaturgeschichte

Der Sozialistische Realismus, den die Partei im eingemauerten Land durchsetzen wollte, endete nach Kratschmer in einem Sozialistischen Korruptions-Realismus. Und Kratschmer weiß, wovon er redet. Er gehört zur DDR-Literatur und betrachtet sie nicht von außen. Sein Buch über die DDR-Lyrik ist rares Beispiel

einer subjektiven Literaturgeschichte, die von der etablierten Literaturwissenschaft stets scheel angesehen wird. Aber auch das westdeutsche Feuilleton, das vor 1989 von den Zensurpraktiken der DDR nicht viel wissen wollte, schweigt sich zu Kratschmers Polemik aus. Als Herausgeber, Entdecker und Förderer allerjüngster Talente hat er selbst einen hohen Preis für sein Engagement entrichtet. Seine Lyrik-Reihe der „Offenen Fenster“ wurde 1983 nach dem achten Band eingestellt. Als man ihn zum Spitzel pressen wollte, der Autoren observiert, gab er notgedrungen seine Lehrerstelle im thüringischen Unterwellenborn auf und lebte fortan von Gelegenheitsarbeiten. Heute arbeitet Kratschmer am Institut für Germanistische Literaturwissenschaft der Universität Jena, wo auch seine

critique engagée der DDR-Lyrik entstand. Daß dieses Buch, das nicht nur ein Stück Literaturgeschichte, sondern auch subjektives Bekenntnisbuch ist, gerade in Jena erscheint, mag zufällig sein. Objektiv betrachtet könnte es aber an keinem passenderen Ort das Licht der Welt erblicken. Die Universität Jena war einer jener Orte, an denen sich die kritischsten und aufmüpfigsten Talente der DDR-Literatur versammelt hatten. Jürgen Fuchs und Lutz Rathenow studierten dort zur selben Zeit Germanistik und Psychologie, als Professoren dieser Fächer für den Staatssicherheitsdienst Gutachten schrieben, die diese und andere Studenten ans Messer liefern sollten.

Univ.-Professor Dr. Horst Albert Glaser, Universität GH Essen

Bücher über Wissenschaft

Mitchell G. Ash/Alfons Söllner (Hg.), *Forced Migration and Scientific Change, Emigré German-Speaking Scientists and Scholars after 1933*, Cambridge University Press, Washington D. C. 1996, 301 Seiten, 35,- Pfund.

Avenarius/Döbert/Döbrich/Schade, *Mobilitätschancen für Lehrer in Deutschland und Europa*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1996, 218 Seiten, 32,- DM.

Thomas Behrens, *Globalisierung der Hochschulhaushalte. Grundlagen, Ziele, Erscheinungsformen und Rahmenbedingungen*, Luchterhand Verlag, Neuwied 1996, 332 Seiten, 59,- DM.

Dietmar Braun, *Die politische Steuerung der Wissenschaft. Ein Beitrag zum „kooperativen Staat“*, Campus Verlag, Frankfurt, New York 1997, 454 Seiten, 88,- DM.

John Casti, *Die großen Fünf. Mathematische Theorien, die unser Jahrhundert prägten*, Birkhäuser Verlag, Basel 1996, 217 Seiten, 68,- DM.

Cave/Hanney/Henkel/Kogan, *The Use of Performance Indicators in Higher Education*, J. Kingsley

Publishers, London 1997, 288 Seiten, 17,95 Pfund.

Flämig/Kimminich/Krüger u. a. (Hg.), *Handbuch des Wissenschaftsrechts*, Springer Verlag Heidelberg, 2. völlig überarb. u. erw. Auflage 1996, 1761 Seiten, 398,- DM.

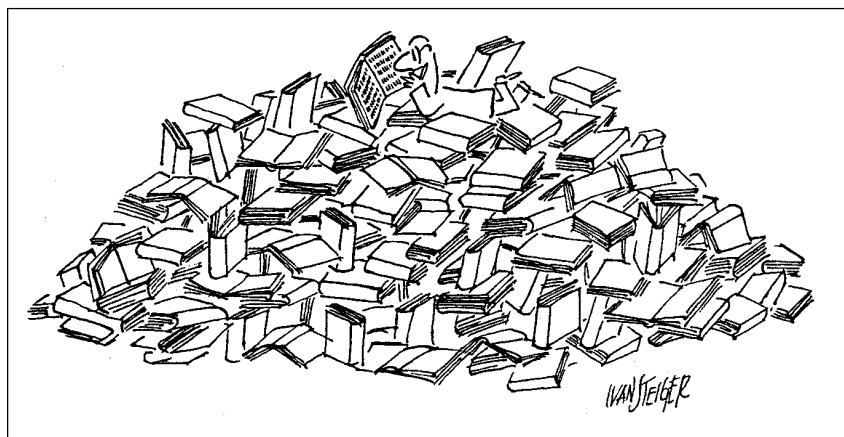
Perspektiven: Studium zwischen Schule und Beruf, Hg.: Gemeinsame Kommission für die Studienreform im Land Nordrhein-Westfalen, Luchterhand Verlag, Neuwied 1996, 168 Seiten, 19,80 DM.

Studienführer Europa für Wirtschaftswissenschaften und Jura, Hg.: Colonia, Raabe Verlag, Bonn 1996, 640 Seiten, 49,80 DM.

Study Guide - CD-ROM zur Studienwahl. Hochschulen, Studiengänge und Infos, Verlag K. H. Bock, Bad Honnef 1997, 24,80 DM.

Welt im Wandel: Herausforderungen für die deutsche Wissenschaft, Hg.: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Springer Verlag, Heidelberg 1996, 240 Seiten, 88,- DM.

Walther Ch. Zimmerli, *Technologie als 'Kultur'*, Georg Olms Verlag, Hildesheim 1997, 372 Seiten, 88,- DM.



Aus der Rechtsprechung

Funktionale Begrenzung der Nebentätigkeit

Der Kläger leitete als Facharzt für Kieferorthopädie eine der fünf Abteilungen des Zentrums für Zahnmedizin der beklagten Universität. Im Rahmen seiner Privatliquidationsberechtigung mußte der Kläger jährlich für ca. 90 Privatpatienten Röntgenaufnahmen erstellen lassen. Die Röntgengeräte des Zentrums für Zahnmedizin befanden sich in der benachbarten Abteilung für Oralchirurgie und Zahnärztliche Röntgenologie, deren Leiter die jeweiligen Aufnahmen befundete und als eigene röntgenologische Leistungen gegenüber den Patienten abrechnete.

Gegen dieses Verfahren wandte sich der Kläger mit der Begründung, sein Recht auf einen eigenen unmittelbaren Zugriff auf die Röntgengeräte folge aus seinem Status als Abteilungsleiter, der im Rahmen der ihm erlaubten Nebentätigkeit auch ein Nutzungsrecht an in anderen Abteilungen befindlichen Gerätschaften haben müsse. Sein Kollege sei schon deshalb nicht zur Privatliquidation berechtigt, da dieser keine Behandlungsverträge mit seinen - des Klägers - Patienten abgeschlossen habe.

Die Klage vor dem Verwaltungsgericht Berlin blieb erfolglos. Die Genehmigung zur Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal und Material der Hochschule sei ebenso wie die Nebentätigkeitsgenehmigung als solche an die *Funktion* des Abteilungsleiters geknüpft, decke also nur die private Krankenbehandlung *in der eigenen Abteilung* ab. Dies gelte jedenfalls dann, wenn der Chefarzt sich auf die *allgemeine* Nebentätigkeitsgenehmigung aus der Hochschulnebenberufungsverordnung und nicht auf eine Einzelfallgenehmigung stütze. Nur so könne dem Abteilungsleiterprinzip in Universitätsklinik, d. h. der klaren Verteilung von Aufsichtspflichten, Kompetenzen und Weisungsverantwortlichkeiten hinreichend Rechnung getragen werden. Die

Hochschulnebenberufungsverordnung fingiere die private Krankenbehandlung durch medizinische Abteilungsleiter gerade deshalb als allgemein genehmigt, weil der Verordnungsgeber dessen gleichzeitige Wahrnehmung dienstlicher Interessen regelmäßig als sichergestellt angesehen habe. Davon könne jedoch nur ausgegangen werden, wenn Überschneidungen von Kompetenzen und Kompetenzkonflikte zwischen mehreren Abteilungen von vornherein ausgeschlossen seien.

(VG Berlin, Urteil vom 18. September 1996 - 28 A 77.92 - rechtskräftig)

Angemessene Grundausrüstung für Studenten?

Der Kläger war Student der Zahnmedizin an der beklagten baden-württembergischen Universität. Er mußte sich im ersten klinischen Semester einen Instrumentenkoffer auf eigene Kosten beschaffen, um an den klinischen Pflichtkursen teilnehmen zu können. Der Kläger verlangte von der Beklagten Erstattung der ihm entstandenen Kosten. Dabei berief er sich auf die aus dem Grundrecht der Berufsfreiheit resultierende Lehrmittelfreiheit sowie auf den Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz: Die Studierenden des Faches Zahnmedizin seien die einzigen, die zu hohen Eigenleistungen im Rahmen ihres Studienganges herangezogen würden. Schließlich würden studentische Behandlungsleistungen bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung abgerechnet, so daß die Beklagte die Inanspruchnahme des studentischen Instrumentariums in Ansatz bringe und damit doppelt abrechne.

Die in erster Instanz erfolgreiche Klage wurde auf die Berufung der Beklagten vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim abgewiesen. Die Revision des Klägers blieb erfolglos. Zur Begründung hat das Bundesverwaltungsgericht ausgeführt, der klägerische Anspruch könne sich weder auf einfaches Bundesrecht noch auf Verfassungsrecht stützen. Hochschulrechtlich ergebe sich aus § 12 Abs. 1 des Hochschulrahmengesetzes allenfalls eine Verpflichtung der Universitäten, ein personelles Lehrangebot zu gewährleisten, das die Einhaltung der Studien-

ordnungen sicherstellt. Selbst bei extensiver Interpretation des Begriffs "Lehrangebot" sei der Vorschrift ein individueller Anspruch des Klägers auf kostenlose Stellung von Lehr- oder Lernmaterialien nicht zu entnehmen. Auch die in Art. 12 Abs. 1 Grundgesetz verbürgte Berufsfreiheit gebe kein generelles Recht auf Ausbildung, sondern gewährleiste allenfalls den für einen erfolgreichen Abschluß erforderlichen Mindestumfang der Ausstattung des Studienplatzes. Andernfalls laufe das Grundrecht der Berufsfreiheit weitgehend leer. Diesem Anspruch korrespondiere zwar ein subjektiv-öffentliches Recht auf Aufnahme in eine Universität mit zahnmedizinischem Studiengang, sofern die subjektiven Zulassungsvoraussetzungen im Einzelfall erfüllt seien. Die Gewährleistung des Zugangs setze jedoch nicht voraus, daß die Lernmöglichkeiten in jedem Falle kostenlos zur Verfügung stünden.

Es sei auch im Hinblick auf den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz nicht sachwidrig, wenn unterschiedliche Studiengänge mit unterschiedlichen Anforderungen an Ausbildungsaufwand und -material zu unterschiedlich hohen Eigenleistungen bei Studierenden führten oder wenn Studierenden der Zahnmedizin in einzelnen Bundesländern oder an einzelnen Universitäten uneingeschränkte Lernmittelfreiheit gewährt werde. Studenten stehe es grundsätzlich frei, sich für einen kostengünstigen Studiengang zu entscheiden.

Schließlich ergebe sich aus dem Umstand, daß die Universität von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung für die studentische Patientenbehandlung ein Entgelt erhalte, kein Freistellungsanspruch des Klägers. Der Sache nach handele es sich dabei um eine hypothetische Verpflichtung der Beklagten zum Ersatz von Nutzungen, die nicht mit einer Verpflichtung zur unentgeltlichen Bereitstellung von Lehrmitteln kongruent sei.

(BVerwG, Urteil vom 23. Oktober 1996 - 6 C 1.94 - rechtskräftig)

Jens Göben

Die Entscheidungen der Rubrik "Aus der Rechtsprechung" können in vollem Wortlaut über den Materialservice von Forschung & Lehre (s. dritte Umschlagseite) bezogen werden.

Steuerrecht aktuell

Zinsbesteuerung

Die Neuregelung der Zinsbesteuerung durch die deutliche Anhebung des Sparerfreibetrages von 600,- DM/1.200,- DM auf 6.000,- DM/12.000,- DM und die Einführung der Quellenbesteuerung dieser Einkünfte in Höhe von 30 - 35 von Hundert ist verfassungsgemäß.

(Finanzgericht Baden-Württemberg, Außensenate Stuttgart, Urteil vom 30. November 1995 - 6 K 164/95 - rechtskräftig)

Die Neuregelung der Zinsbesteuerung durch das Zinsabschlaggesetz vom 9. November 1992 unterliegt nach Auffassung des Bundesfinanzhofes jedenfalls für das Kalenderjahr 1993 ebenfalls keinen Bedenken, die zur Verfassungswidrigkeit führen könnten. Der Bundesfinanzhof hat daher die Revision gegen ein Urteil des Finanzgerichtes München als unbegründet zurückgewiesen.

(Bundesfinanzhof, Pressemitteilung vom 19. Februar 1997 - VIII R 33/95)

Informationsreise

Aufwendungen zum Kennenlernen des Umfeldes eines eventuellen künftigen Arbeitsplatzes wurden in der vorliegenden Entscheidung nicht als Werbungskosten anerkannt. Der Abzug solcher Kosten als Werbungskosten setzt voraus, daß die Aufwendungen objektiv durch die besonderen beruflichen Gegebenheiten veranlaßt sind und die Befriedigung privater Interessen (wie Erholung, Bildung und Erweiterung des allgemeinen Gesichtskreises, wie dies z. B. bei touristischen Stadtrundfahrten/Besichtigungen der Fall ist) nach dem Anlaß der Reise, dem vorgesehenen Programm (Besprechungen in der künftigen Wirkungsstätte, usw.) und der tatsächlichen Durchführung nahezu ausgeschlossen ist. Der private Erlebniswert kann z.B. auch darin deutlich werden, daß die Reise an einem Wochenende in Begleitung der Ehefrau durchgeführt wurde.

Die Kosten für den Bezug der Zeitschriften Manager-Magazin, Impulse und Wirtschaftswoche sind keine Werbungskosten.

(Finanzgericht Baden-Württemberg, Außensenate Stuttgart, Urteil vom 28. März 1996 6 K 195/95 - rechtskräftig)

Ehegatten-Unter-arbeitsverhältnis

Ist ein Arbeitnehmer wegen anderer beruflicher Verpflichtungen nicht in der Lage, ein Aufgabengebiet in vollem Umfang selbst zu betreuen, kommt ein Ehegatten-Unterarbeitsverhältnis hierüber jedenfalls dann nicht in Betracht, wenn solche Tätigkeiten sonst ehrenamtlich von Dritten unentgeltlich übernommen werden. Aufwendungen werden nur dann anerkannt, wenn diese auf klaren und eindeutigen Vereinbarungen beruhen, die nach Inhalt und Durchführung dem zwischen Fremden Üblichen entsprechen.

(Bundesfinanzhof, Urteil vom 22. November 1996 - VI R 20/94)

Doppelte Haushaltsführung

Sowohl die zeitliche Begrenzung der Berücksichtigung der Aufwendungen für doppelte Haushaltsführung auf zwei Jahre gemäß der Fassung des Jahressteuergesetzes 1996 als auch das Fehlen einer Übergangsregelung für sogenannte Altfälle sei verfassungsgemäß.

Das Finanzgericht setzt sich insbesondere mit der Vereinbarkeit der Neuregelung mit dem Gleichheitssatz sowie mit dem Rückwirkungsverbot auseinander. Die Begrenzung auf zwei Jahre beruhe auf sachgerechten Erwägungen, da bei nur zwei Jahren die Vermutung für eine berufliche Veranlassung spreche. Nach zwei Jahren seien private Erwägungen zu unterstellen, wenn der Arbeitnehmer nichts unternommen habe, die Trennung von der Familie zu beenden. Im Einzelfall möge dies anders sein, aber eine typisierende Regelung des Gesetzgebers sei somit zu rechtfertigen. Außerdem sei die Neuregelung auch finanzpolitisch zu rechtfertigen.

Das Fehlen einer Übergangsregelung für die sogenannten Altfälle hält das Finanzgericht im Hinblick auf das Gleichheitsgebot für konsequent, um Altfälle steuerlich nicht zu privilegieren.

Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt. So kann allen von dieser Zweijahresregelung betroffenen Hochschullehrern vorläufig nur geraten werden, die Kosten weiterhin anzusetzen und zwar unter Bezug auf die zu erwartende Revisionsentscheidung des Bundesfinanzhofes (Aktenzeichen VI R 94/96).

(Finanzgericht Münster, Urteil vom 18. September 1996 - 10 K 1993/96 L, Revision eingelegt)

Personalcomputer

Der Bundesfinanzhof bestätigt in der genannten Entscheidung erneut, daß es einen Leitsatz gebe, daß Personalcomputer grundsätzlich in fünf Jahren abzuschreiben seien. Aber grundsätzlich wird dabei nicht als generell verstanden, sondern dahingehend, daß im Einzelfall auch Ausnahmen möglich seien.

Zur Beweiserleichterung im Bereich der Sachverhaltsermittlung und der Verfahrensökonomie habe die Finanzverwaltung die sog. AfA-Tabelle herausgegeben, um einen Anhalt dafür zu geben, ob die voraussichtliche Nutzungsdauer eines Wirtschaftsgutes zutreffend geschätzt worden ist. Ungeachtet der Frage, ob diese Tabelle von den Steuergerichten zu respektieren ist, erfordert eine Abweichung von ihr eine Auseinandersetzung mit den Erkenntnisgrundlagen der Finanzverwaltung für die in der Tabelle aufgestellte Nutzungsdauer des entsprechenden Wirtschaftsgutes. Die Entscheidung steht im Einklang mit der bisherigen Rechtsprechung, daß Typisierungen und Pauschalisierungen in allgemeinen Verwaltungsanweisungen nur ein Angebot an den Steuerpflichtigen darstellen, das nicht angenommen werden muß.

Im vorliegenden Fall erfolgte eine Zurückverweisung an das Finanzgericht, da keine ausreichenden Umstände (rascherer technischer Fortschritt, usw.) dargetan wurden, die geeignet erschienen, die Vermutung der Richtigkeit der amtlichen AfA-Tabelle zu widerlegen. (Bundesfinanzhof, Urteil vom 8. November 1996 - VI R 29/96, NV)

Birgit Ufermann

Aus den Ländern

HAMBURG

Der Senat, die Landesregierung, hat jetzt den Entwurf eines 15. Änderungsgesetzes zum Hamburgischen Hochschulgesetz (Stand: 01.09.1995) vorgelegt. Die Hochschullehrer begrüßen einige Elemente des Entwurfes im Grundsatz, so

- die Maßnahme zur Beschleunigung der Verfahren zur Berufung von Professoren,
- die Erleichterungen bei der Einstellung von Zeit- und Teilzeitprofessoren,
- Vorkehrungen zur Verkürzung der Studiendauer,

machen zugleich aber Bedenken gegen Einzelregelungen geltend und halten den Entwurf in der gegenwärtigen Fassung nicht für zustimmungsfähig.

- Beschleunigung der Berufungsverfahren

Den Änderungsvorschriften liegt die Annahme zugrunde, die Länge mancher Berufungsverfahren sei auf zu langsame Entscheidungsverfahren in den Universitätsgremien zurückzuführen. Diese Annahme ist nicht empirisch abgesichert. In einigen Fällen mag es sich so verhalten, in anderen hat es eindeutig Verzögerungen im Bereich der Behörde für Wissenschaft und Forschung gegeben.

Im Ansatz muß es eine Beschleunigung der Berufungsverfahren geben. Sie ist in erster Linie dadurch zu bewirken, daß eine Stelle zwei Jahre vor der Pensionierung des Stelleninhabers ausgeschrieben wird. Fristsetzungen für das hochschulinterne Entscheidungsverfahren sind denkbar (etwa 1 Jahr bis zur Abgabe des Fachbereichsvorschlages). Die Vorschrift des § 14 VI 6 (Auswahl durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung aus der Bewerberliste) ist abzulehnen, da sie das Selbstergänzungsrecht der Hochschule verletzt.

- Forschung und Lehre

Der Text des Entwurfes ist so zu formulieren, daß Forschung und Lehre als gleich-

berechtigte Aufgaben der Hochschule in Erscheinung treten. Die Zumessung „besonderen Gewichts“ an die Lehre ist so nicht akzeptabel.

- Honorarprofessoren

Nach § 17 des Entwurfes geht das Professoren-Ernennungsrecht an die Hochschulpräsidenten über. Die Gefahr eines inflationären Gebrauchs dieses Rechtes durch einige Hamburger Hochschulen läßt es als vorzugswürdig erscheinen, das Recht der Ernennung zum Professor beim Staat zu belassen.

- Fachbereichssprecher

Die Regelung, den Fachbereichssprecher grundsätzlich auf vier Jahre zu wählen (§ 100 V) ist zu starr. Einige (große) Fachbereiche mögen einen solchen (starken) Langzeitsprecher wünschen und auch in ihrem Fach angesehene Kandidaten finden. Andere (etwa kleinere) Fachbereiche mögen es bei einer anderen Lösung bewenden lassen. Dafür sollte das Hamburger Hochschulgesetz eine ausdrückliche Bestimmung enthalten.

Welche Art Sprecher gewählt wird, sollte flexibel der Hochschule und (sogar) dem Fachbereich überlassen bleiben, ähnlich wie es für die Ausgestaltung der Hochschulspitze (Präsident, Präsidium, Rektor, Rektorat) gilt.

Das Universitäts-Krankenhaus Eppendorf hat inzwischen einen „Studiendekan“. In ähnlicher Weise sollte es Fachbereichen freistehen, ihren Sprecher „Dekan“ zu nennen.

Univ.-Professor Dr. Ulrich Karpen, Universität Hamburg

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Das spektakulärste hochschulpolitische Ereignis der letzten Zeit war eine Protestveranstaltung der Universität Rostock gegen die Hochschulpolitik der Landesregierung am 15. Januar 1997. An einem Sternmarsch aller Fakultäten zur Rostocker Marienkirche, der Kirche, in der im Jahre 1419 der Gründungsakt für die „Alma mater Rostockiensis“ vollzogen wurde, bekundeten schätzungsweise

8000 Teilnehmer ihre Verbundenheit mit der altehrwürdigen Universität.

Der Protest, der in einer beeindruckenden, gemeinsamen öffentlichen Sitzung des Konzils und des Senats der Universität in der Marienkirche gipfelte, richtete sich nicht nur gegen die von der Landesregierung am Standort Rostock geplanten Eingriffe. Er richtete sich gegen Fehler und Versäumnisse der Hochschulpolitik des Landes insgesamt. Insbesondere wurde Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit angemahnt.

Der Rektor, Professor Dr. Gerhard Maeß, der sich in der Vergangenheit immer wieder als einer der konsequentesten Kritiker der Hochschulpolitik Mecklenburg-Vorpommerns profiliert hat, faßte die Forderungen an die Landespolitik in sieben Punkten zusammen und machte sich damit zum Sprecher beider Universitäten und aller Hochschulen des Landes. In einer konzentrierten Dokumentation wurde die Landesregierung mit ihren eigenen Beschlüssen und Verlautbarungen der letzten Jahre konfrontiert, was die Inkonsequenz und Halbherzigkeit der Hochschulpolitik in dieser Zeit deutlich werden ließ.

Fairerweise muß aber darauf hingewiesen werden, daß diese Halbherzigkeit ein generelles deutsches Problem und von der Bundespolitik nicht zu trennen ist. Bildung und Wissenschaft müssen in der deutschen Politik wieder einen höheren Stellenwert erhalten.

Der Chef der Staatskanzlei, Dr. Thomas de Maizière, der in den Jahren 1990 bis 1994 als Staatssekretär im Kultusministerium den Umstrukturierungsprozeß und die Neugestaltung der Hochschullandschaft in Mecklenburg-Vorpommern maßgeblich mitverantwortet hat, wies in einem Podiumsgespräch in der Rostocker Aula unmittelbar im Anschluß an das Protest-Konzil auf folgendes hin: Während die hochschulpolitischen Beschlüsse der Landesregierung bisher in der Regel aus Zielvorstellungen des Kultusministeriums resultierten, die in den einschlägigen Beschlüssen vom Finanzministerium durch Stimmhaltung nur toleriert, nicht aber mitgetragen worden sind, so sei nunmehr erstmals ein Konsens zwischen den beiden Ministerien erreicht worden.

Auf die Tragfähigkeit und die Folgen dieser neuen Situation darf man gespannt sein. Gespannt darf man auch darauf

sein, wie unter dem Eindruck der Rostocker Proteste sowie der Anhörung der Universitäten Ende Januar die in naher Zukunft angekündigte, nun wohl endgültige Kabinettsentscheidung zur Hochschulstruktur ausfallen wird.

Es fällt schwer zu glauben, daß sich die Landesregierung über die machtvollen Protestveranstaltungen (8000 Demonstrationsteilnehmer, brechend volle Marienkirche - wie zu Zeiten der Wende nicht mehr, 40 000 Unterschriften gegen die Schließung der Zahnmedizin) hinwegsetzen kann, ohne selbst ernsthaft Schaden zu nehmen. Die Tatsache, daß der Ministerpräsident auf seinem Neujahrsempfang im Rostocker Ständehaus, der ebenfalls am 15. Januar 97 stattfand, mit keinem Wort auf die Hochschulen und Universitäten des Landes einging, wurde allerdings von den zahlreich anwesenden Hochschulvertretern mit Enttäuschung registriert.

Univ.-Professor Dr. Günther Wildenhain,
Universität Rostock

NIEDERSACHSEN

Für eine als notwendig erachtete Reform der Personalstruktur an den niedersächsischen Hochschulen hat das Wissenschaftsministerium zwei Arbeitsgruppen eingesetzt. Ebenso hat der Wissenschaftsausschuß des Landtags beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, der Vertreter der drei Fraktionen und des Ministeriums angehören sollen.

Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur plant eine Änderung der Nebentätigkeitsregelungen. Die davon betroffenen Professoren haben dazu ablehnend Stellung genommen. Aber solche Stellungnahmen ändern - wie üblich - nichts. Denn die Absicht ist klar: Das Ministerium will seine Einnahmen von jährlich 450 000 DM auf 900 000 DM erhöhen. Das ist der einzige Grund der Änderung. Für ärztliche und tierärztliche Nebentätigkeit sollen zukünftig 30 Prozent der Bruttogehälter neben der Sachkostenerstattung oder ein pauschales Nutzungsentgelt von 40 Prozent gefordert

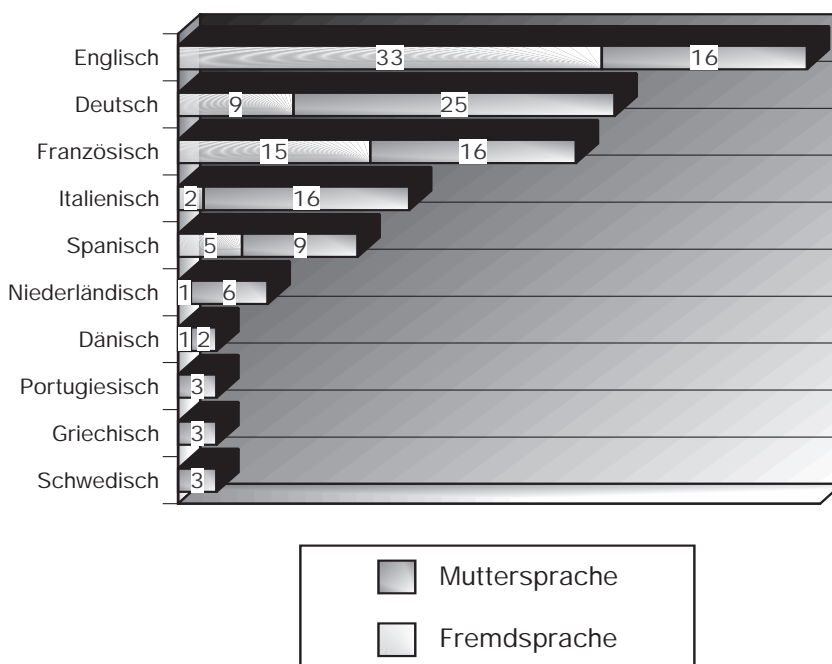
werden. Für alle Professoren soll zwar die Forschung zum Hauptamt gehören, die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse eine Nebenbeschäftigung sein, damit dort abkassiert werden kann. Das ist schon sehr seltsam, weil andererseits im Niedersächsischen Hochschulgesetz ja sehr viel Wert auf die Publikation gelegt wird. Gemäß § 27 Abs. 3 NHG sollen sogar Vereinbarungen unzulässig sein, die eine Veröffentlichung von Forschungsvorhaben ausschließen. Das Land will aus dem Einfallsreichtum und Sachverstand der Professoren materiellen Nutzen ziehen. Es wäre wünschenswert, wenn dagegen ein Musterprozeß geführt würde, weil Sachargumente bei diesem Ministerium nicht mehr helfen. Der Landesverband des Deutschen Hochschulverbandes sucht einen Kläger.

Univ.-Professor Dr. Jörg Wolff, Universität
Lüneburg

Sprachen in der EU

Ein Sechstel spricht Englisch

Soviel Prozent der EU-Bürger beherrschen diese Sprache als (Stand 1995):



Ein Sechstel aller EU-Bürger spricht Englisch als Muttersprache, doppelt so viele beherrschen Englisch als Fremdsprache. Auch Französisch ist sehr beliebt. 15 Prozent aller EU-Bürger, die außerhalb Frankreichs leben, sprechen diese Sprache. Deutsch ist zwar die Muttersprache eines Viertels der EU-Bevölkerung, doch Deutsch als Fremdsprache kann nur jeder elfte EU-Bürger. Insgesamt läßt sich feststellen: Je kleiner das Land und je weniger verbreitet die Muttersprache, desto besser sind die Fremdsprachenkenntnisse. Vorbildlich sind hier die Niederländer, Dänen und Luxemburger.

Quelle: iwd, 16. Januar 1997

Habilitationen und Berufungen

THEOLOGIE

PD Dr. Hans-Jürgen **Becker**, *Freie Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität Göttingen* auf eine C3-Professur für Neues Testament und Judaistik erhalten.

PD Dr. Albrecht **Beutel**, *Universität Tübingen*, hat einen Ruf an die *Universität-Gesamthochschule Wuppertal* auf eine C4-Professur für Evangelische Theologie, Fachrichtung Historische und Systematische Theologie, erhalten.

Dr. Helmut **Hoping**, *Universität Tübingen*, hat einen Ruf an die *Universität Luzern* auf eine C4-Professur für Dogmatik angenommen.

PD Dr. Klaus **Raschzock**, *Universität Erlangen-Nürnberg*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C4-Professur für Praktische Theologie erhalten.

PHILOSOPHIE UND GESCHICHTE

Prof. Dr. phil. Werner **Freitag**, *Universität Bielefeld*, hat einen Ruf an die *Universität Halle-Wittenberg* auf eine C3-Professur für Landesgeschichte Sachsen-Anhalt angenommen.

Dr. Peter **Högemann**, *Universität Tübingen*, hat einen Ruf an die *Universität Erlangen-Nürnberg* auf eine C3-Professur für Alte Geschichte angenommen.

Prof. Dr. Thomas **Stamm-Kuhlmann**, *Universität Kiel*, hat einen Ruf an die *Universität Greifswald* auf eine C4-Professur für Allgemeine Geschichte der neuesten Zeit erhalten.

Dr. Falk **Wiesmann**, *Universität Düsseldorf*, habilitierte sich in dem Fach Neuere Landesgeschichte.

Der Rubrik „Habilitationen und Berufungen“ liegen die Angaben aus den Presseverlautbarungen der Universitäten, aus Tageszeitungen und Fachzeitschriften zugrunde. Falls trotz aller Sorgfalt, die auf die Erstellung dieser Rubrik verwendet wurde, eine Angabe fehlerhaft sein sollte, teilen Sie uns dies bitte für eine Korrektur in der folgenden Ausgabe mit. Falls die Rubrik unvollständig ist, sind wir für jeden Hinweis dankbar. Bitte benutzen Sie der Einfachheit halber hierfür unseren Änderungsdienst (s. Seite 213)

Prof. Dr. Andreas **Wirsching**, *Universität Regensburg*, hat einen Ruf an die *Universität Tübingen* auf eine C3-Professur für Neuere und Neueste Geschichte Westeuropas erhalten.

GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

PD Dr. Gerd **Bohner**, *Universität Mannheim*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Psychologie erteilt.

PD Dr. Anke **Hanft**, *Universität Hamburg*, hat einen Ruf an die *Universität Koblenz-Landau* auf eine C3-Professur für Weiterbildungsplanung und -management erhalten.

Dr. Michael **Bulla-Hellwig**, *Universität Bielefeld*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Psychologie erteilt.

Dr. Stephan **Dutke**, *Freie Universität Berlin*, habilitierte sich in dem Fach Psychologie.

Prof. Dr. Julius **Kuhl**, *Universität Osnabrück*, hat einen Ruf an die *Universität Frankfurt* auf eine Professur für Differentielle Psychologie und Psychologische Diagnostik abgelehnt.

Prof. Dr. Amélie **Mummendey**, *Universität Münster*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C4-Professur für Sozialpsychologie angenommen.

Dr. Hans-Peter **Musahl**, *Universität Gesamthochschule Duisburg*, habilitierte sich in dem Fach Psychologie.

PD Dr. Peter **Noack**, *Universität Mannheim*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C3-Professur für Pädagogische Psychologie angenommen.

PD Dr. Norbert F. **Schneider**, *Bamberg*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine C3-Professur für Soziologie angenommen.

Dr. Reinhold **Weiß**, *Universität Gesamthochschule Essen*, habilitierte sich in dem Fach Berufs- und Wirtschaftspädagogik.

PHILOLOGIE UND KULTURWISSENSCHAFTEN

Prof. Dr. Peter **Auer**, *Hamburg*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine C4-Professur für Sprachwissenschaft des Deutschen erhalten.

Prof. Dr. Vittoria **Borsó**, *Universität Düsseldorf*, hat einen Ruf an die *Universität Gesamthochschule Duisburg* auf eine C4-Professur für Romanistik/Literaturwissenschaft abgelehnt und einen weiteren Ruf auf eine C4-Professur für Romanische Philologie/Literaturwissenschaft daselbst angenommen.

Dr. Gertrude **Cepl-Kaufmann**, *Universität Düsseldorf*, habilitierte sich in dem Fach Neuere Germanistik.

Prof. Dr. Frank **Göbler**, *Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine C3-Professur für Slawische Literaturwissenschaft erhalten.

Dr. Joachim **Herrgen**, *Universität Mainz*, habilitierte sich in dem Fach Sprachwissenschaft des Deutschen.

Prof. Dr. Heinz **Hofmann**, *Universität Tübingen*, hat einen Ruf an die *Universität Konstanz* auf eine C4-Professur für Latinistik abgelehnt.

PD Dr. Claudia **Krülls-Hepermann**, *Universität-Gesamthochschule Siegen*, habilitierte sich, und es wurde ihr die Lehrbefugnis für das Fach Romanische Philologie (Literaturwissenschaft) und allgemeine Literaturwissenschaft erteilt.

Prof. Dr. Jirina **van Leeuwen-Turnovcová**, *Universität Frankfurt/M.*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C3-Professur für Slawische Sprachwissenschaft angenommen.

Prof. Dr. Ligia Chiappini Moraes **Leite**, *Universität de Sao Paulo (USP)*, hat einen Ruf an die *Freie Universität Berlin* auf eine C3-Professur für Brasilianistik (Literaturwissenschaft) angenommen.

PD Dr. Konrad **Meisig**, *Mainz*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine C4-Professur für Indologie angenommen.

PD Dr. Bernhard **Müßgens**, *Universität Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Osnabrück* auf eine Professur für Schulische Musikpädagogik erhalten.

Prof. Dr. Manfred **Schmid**, *Universität Tübingen*, hat einen Ruf an die *Universität München* auf eine C4-Professur für Musikwissenschaft erhalten.

Prof. Dr. phil. Hans-Joachim **Solms**, *Universität Osnabrück*, hat einen Ruf an die *Universität Halle-Wittenberg* auf eine C4-Professur für Geschichte der deutschen Sprache und der älteren deutschen Literatur angenommen.

Prof. Dr. phil. habil. Wolfgang **Sucharowski**, *Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Rostock* auf eine C3-Professur für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur erhalten.

Prof. Dr. phil. Harald **Thun**, *Universität zu Kiel*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine C4-Professur für Romanische Sprachwissenschaft erhalten.

PD Dr. Guiseppe **Veltri**, *Freie Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität Halle-Wittenberg* auf eine C4-Professur für Judaistik/Jüdische Studien erhalten.

Winfried **Virnich**, *Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine C3-Professur für Malen am Fachbereich Bildende Kunst erhalten.

Dr. phil. Klaus-Peter **Walter**, *Universität des Saarlandes*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Romanische Philologie erteilt.

Prof. Dr. Jutta **Wermke**, *Freie Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität Osnabrück* auf eine Professur für Deutsche Literatur und Didaktik des Deutschunterrichts erhalten.

PD Dr. Christian **Wopp**, *Universität Oldenburg*, hat einen Ruf an die *Universität Osnabrück* auf eine Professur für Sportwissenschaft/Sport und Gesellschaft erhalten.

Prof. Dr. Stefanie **Würth**, *Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Tübingen* auf eine C3-Professur für Nordische Philologie erhalten.

RECHTSWISSENSCHAFTEN

Prof. Dr. Wilfried **Berg**, *Universität Bayreuth*, hat einen Ruf an die *Universität zu Köln* auf eine C4-Professur für Staats- und Verwaltungsrecht und Finanzrecht erhalten.

PD Dr. Christian **Berger**, *Universität Bayreuth*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Öffentliches und Verfahrensrecht erteilt.

Prof. Dr. Wolfgang **Brehm**, *Universität Bayreuth*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht, Handels-, Gesellschafts- und Urheberrecht erteilt.

Prof. Dr. Eberhard **Eichenhofer**, *Universität Osnabrück*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C4-Professur für Sozialrecht und Bürgerliches Recht angenommen.

PD Dr. Ulrich M. **Gassner**, *Universität Tübingen*, hat einen Ruf an die *Universität Augsburg* auf eine C3-Professur für Öffentliches Recht angenommen und einen weiteren Ruf an die *Universität Bamberg* auf eine C3-Professur für Öffentliches Recht abgelehnt.

Prof. Dr. Thomas **Hoeren**, *Universität Düsseldorf*, hat einen Ruf an die *Universität Münster* auf eine Professur für Informationsrecht und Rechtsinformatik angenommen.

Prof. Dr. Dr. Günter **Jerouschek**, *Universität Halle*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C4-Professur für Strafrecht und Strafprozessrecht angenommen.

Prof. Dr. Gerrit **Manssen**, *Universität Greifswald*, hat einen Ruf an die *Universität Regensburg* auf eine C4-Professur für Öffentliches Recht angenommen.

Prof. Dr. Hans-Ullrich **Paeffgen**, *Technische Universität Dresden*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine Professur für Strafrecht und Strafprozessrecht angenommen.

Prof. Dr. Gerhard **Robbers**, *Universität Trier*, hat einen Ruf an die *Universität Freiburg* auf eine Professur für Öffentliches Recht in Verbindung mit Kirchenrecht und Rechtsphilosophie erhalten.

Dr. Ulf R. **Siebel**, *Universität Mainz*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Deutsches und Internationales Bankrecht erteilt.

Prof. Dr. Jan **Ziekow**, *Universität Bielefeld*, hat einen Ruf an die *Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer* auf eine C4-Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Allgemeines und Besonderes Verwaltungsrecht, erhalten.

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Prof. Dr. Thomas **Fischer**, *Universität-Gesamthochschule Essen*, hat einen Ruf an die *Universität Münster* auf eine C4-Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwirtschaft, erhalten.

PD Thomas **Gehring**, Ph.D., *Universität Basel*, hat einen Ruf an die *Universität Freiburg* auf eine C4-Professur für Theoretische Volkswirtschaftslehre angenommen.

Prof. Dr. Dr. Jürgen **Hansohm**, *Universität-Gesamthochschule Essen*, hat einen Ruf an die *Universität der Bundeswehr München* auf eine C4-Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt methodengestützter Planung unter besonderer Berücksichtigung militärökonomischer Fragestellungen erhalten.

Prof. Dr. Stefan **Homburg**, *Universität Magdeburg*, hat einen Ruf an die *Universität Tübingen* auf eine C4-Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftstheorie abgelehnt und einen weiteren Ruf an die *Universität Hannover* auf eine C4-Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere öffentliche Finanzen, angenommen.

Prof. Dr. rer. soz. oec. Wolfgang **Nadvornik**, *Universität Linz*, hat einen Ruf an die *Universität Greifswald* auf eine C4-Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Steuerwesen/Wirtschaftsprüfung erhalten.

Prof. Dr. Georg **Nöldeke**, *Universität Bonn*, hat einen Ruf an die *Universität Basel* auf ein Ordinariat für Nationalökonomie angenommen.

Dr. Hans **Pechtl**, *Passau*, hat einen Ruf an die *Universität Greifswald* auf eine C4-Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Marketing, erhalten.

Dr. rer. pol. Wolfgang **Pfau**, *Universität Freiburg*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Betriebswirtschaftslehre erteilt.

Prof. Dr. Bernd **Schauenberg**, *Universität Würzburg*, hat einen Ruf an die *Universität Freiburg* auf eine C4-Professur für Betriebswirtschaftslehre erhalten.

Dr. habil. Andreas **Hermann**, *Speyer*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine C4-Professur für Betriebswirtschaftslehre und Marketing erhalten.

PD Dr. Jürgen **Weibler**, *Universität St. Gallen*, hat einen Ruf an die *Universität Konstanz* auf eine C3-Professur für Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung/Managementlehre angenommen.

Dr. rer. pol. Ute **Werner**, *Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Karlsruhe* auf eine C3-Professur für Versicherungsbetriebslehre angenommen.

Prof. Dr. Herbert **Woratschek**, *Universität Bayreuth*, hat einen Ruf an die *Universität Greifswald* auf eine C4-Professur für Marketing abgelehnt und einen weiteren Ruf auf eine C4-Professur für Dienstleistungsmanagement daselbst angenommen.

Prof. Dr. Michael **Wosnitza**, *Universität Magdeburg*, hat einen Ruf an die *Universität Osnabrück* auf eine Professur für Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Bilanz-, Steuer- und Prüfungswesen erhalten.

MATHEMATIK, PHYSIK UND INFORMATIK

Dr. Artur **Baumgärtner**, *Universität Gesamthochschule Duisburg*, habilitierte sich in dem Fach Theoretische Physik.

Prof. Dr.-Ing. Klaus **Bender**, *Technische Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität*

Karlsruhe auf eine C4-Professur für Industrielle Anwendung der Informatik, verbunden mit der Leitung des Instituts für Angewandte Informatik des Forschungszentrums Karlsruhe abgelehnt.

Dr. Rosario Gustavo **Deco**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Informatik erteilt.

Prof. Dr. Michael **Dellnitz**, *Universität Hamburg*, hat einen Ruf an die *Universität Bayreuth* auf eine C3-Professur für Angewandte Mathematik angenommen.

Dr. rer. nat. Dietrich **Einzel**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Theoretische Physik erteilt.

Dr. D. **Gaudenz**, *Universität Hamburg*, habilitierte sich in dem Fach Physik.

Prof. Dr. Patrick **Horster**, *Universität Chemnitz-Zwickau*, hat einen Ruf an die *Universität Klagenfurt* auf eine Ordentliche Universitätsprofessur für Informatik angenommen.

Dr. rer. nat. Ian **Kiming**, *Universität-Gesamthochschule Essen*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Mathematik erteilt.

Prof. Dr. Claudia **Klüppelberg**, *Universität Mainz*, hat einen Ruf an die *Technische Universität München* auf eine Professur für Mathematische Statistik angenommen.

PD Dr. rer. nat. Christoph **Kottmeier**, *Universität Bremen*, hat einen Ruf an die *Universität Karlsruhe* auf eine C3-Professur für Meteorologie angenommen.

Dr. Detlev **Reiter**, *Universität Gesamthochschule Duisburg*, habilitierte sich in dem Fach Theoretische Physik.

Dr. habil. Martin **Reuter**, *Hamburg*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine C4-Professur für Theoretische Physik erhalten.

Dr. Wilhelm Rudolf **Rossak**, *Universität Heights Newark, New Jersey/USA*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C4-Professur für Praktische Informatik erhalten.

PD Dr. Christof **Schmidhuber**, *Universität Bern*, habilitierte sich in dem Fach Theoretische Physik.

Dr. rer. nat. Erwin Arthur **Schuberth**, *Technische Universität München*, habilitierte sich in dem Fach Experimentalphysik.

Dr. Peter **Thiemann**, *Universität Tübingen*, habilitierte sich in dem Fach Informatik.

Dr. Xinlong **Zhou**, *Universität Gesamthochschule Duisburg*, habilitierte sich in dem Fach Mathematik.

BIOLOGIE, CHEMIE, GEOWISSENSCHAFTEN UND PHARMAZIE

PD Dr. Rudolf **Amann**, *Technische Universität München*, hat einen Ruf an das *Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie Bremen* auf eine Professur für Mikrobiologie angenommen.

Prof. Dr. Sebastian **Bachmann**, *Humboldt-Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität*

Habilitationen und Berufungen

Salzburg, Österreich, auf eine ordentliche Universitätsprofessur für experimentelle Morphologie in der naturwissenschaftlichen Fakultät, Zoologie, erhalten.

Prof. Dr. Lukas **Baumgartner**, *University of Wisconsin-Madison, USA*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine C4-Professur für Mineralogie/Petrologie erhalten.

Dr. Inge **Broer**, *Universität Bielefeld*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Genetik und Zellbiologie erteilt.

Prof. Dr. Bernd **Dieckrüger**, *Technische Universität Braunschweig*, hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C3-Professur für Geohydrologie angenommen.

PD Dr. Axel W. **Drescher**, *Universität Freiburg im Breisgau*, habilitierte sich in dem Fach Geographie.

PD Dr. Martin **Eilers**, *Universität Heidelberg* hat einen Ruf an die *Universität Würzburg* auf eine C3-Professur für Molekularbiologie abgelehnt und einen weiteren Ruf an die *Universität Marburg* auf eine C3-Professur angenommen.

Prof. Dr. Roland **Fischer**, *Universität Heidelberg*, hat einen Ruf an die *Universität Frankfurt am Main* auf eine C4-Professur für Anorganische Chemie erhalten.

Dr. Jürgen **Hagemeyer**, *Universität Bielefeld*, habilitierte sich in dem Fach Botanik.

Dr. Frank **Hellwig**, *Universität Göttingen*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C4-Professur für Spezielle Botanik erhalten.

Prof. Dr. rer. nat. Klaus **Humbek**, *Universität zu Köln*, hat einen Ruf an die *Universität Halle-Wittenberg* auf eine C3-Professur für Entwicklungsphysiologie der Pflanzen angenommen.

Prof. Dr. rer. nat. Udo **Johanningmeier**, *Universität Freiburg i. Br.*, hat einen Ruf an die *Universität Halle-Wittenberg* auf eine C3-Professur für Zellphysiologie angenommen.

Prof. Dr. Gerd **Jürgens**, *Universität Tübingen*, hat einen Ruf an die *University of California, San Diego*, auf eine Professur am Department of Biology abgelehnt.

Prof. Dr. Armin **Kirfel**, *Universität Würzburg* hat einen Ruf an die *Universität Bonn* auf eine C4-Professur für Mineralogie und Kristallographie angenommen.

Dr. rer. nat. Harald **Krautscheid**, *Universität Karlsruhe*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Anorganische Chemie erteilt.

Dr. rer. nat. Harald F. **Krug**, *Universität Karlsruhe*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Umwelttoxikologie erteilt.

Prof. Dr. rer. nat. Andreas **Kuhn**, *Universität Karlsruhe*, hat einen Ruf an die *Universität Hohenheim* auf eine C4-Professur für Mikrobiologie angenommen.

Prof. Dr. Sabine **Laschat**, *Universität Münster*, hat einen Ruf an die *Universität Braunschweig* auf eine C3-Professur für Organische Chemie angenommen.

PD Dr. Sigrid **Lide**, *Universität Bayreuth*, hat einen Ruf auf eine Professur für Pflanzen-systematik daselbst erhalten.

Dr. rer. nat. Wolfgang **Liebl**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Mikrobiologie erteilt.

Prof. Dr. Uwe G. **Meier**, *Universität Bayreuth*, hat einen Ruf an die *Universität Marburg* auf eine C4-Professur für Zellbiologie der Pflanze erhalten.

Prof. Dr. Walter E. **Müller**, *Universität Heidelberg*, hat einen Ruf an die *Universität Frankfurt* auf eine C4-Professur für Pharmakologie und Toxikologie angenommen.

Dr. rer. nat. Geron **Niedner-Schattberg**, *Technische Universität München*, habilitierte sich in dem Fach Chemie.

Dr. rer. nat. Pawel **Plucinski**, *Technische Universität München*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Technische Chemie erteilt.

Dr. rer. nat. Matthias **Rehahn**, *Universität Karlsruhe*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Polymerchemie erteilt.

PD Dr. Rolf **Oelmüller**, *Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C4-Professur für Pflanzenphysiologie erhalten.

Prof. Dr. Christiane **Reiners**, *Freie Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität zu Köln* auf eine C4-Professur für Chemie und ihre Didaktik erhalten.

Prof. Dr. Bernhard **Rieger**, *Universität Ulm*, hat einen Ruf an die *Technische Universität Dresden* auf eine C4-Professur für Organische Chemie abgelehnt.

PD Dr. Dieter **Schrenk**, *Universität Tübingen*, hat einen Ruf an die *Universität Karlsruhe* auf eine C3-Professur für Lebensmittelchemie/Umwelttoxikologie erhalten.

PD Dr. Stefan **Schulz**, *Universität Hamburg*, hat einen Ruf an die *Technische Universität München* auf eine Professur für Biologische Chemie erhalten.

Dr. rer. nat. Gerhard Friedrich Horstmar **Stock**, *Technische Universität München*, habilitierte sich in dem Fach Theoretische Chemie.

Dr. rer. nat. Brigitte Isabell **Volt**, *Technische Universität München*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Makromolekulare Chemie erteilt.

Dr. Sevil **Weinkauf**, *Technische Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C3-Professur für Membranstrukturforschung angenommen.

INGENIEURWISSENSCHAFTEN

Hon. Prof. Dr.-Ing. Horst **Baier**, *Technische Hochschule Darmstadt*, hat einen Ruf an die *Technische Universität München* auf eine Professur für Leichtbau erhalten.

Prof. Dr.-Ing. Klaus **Bender**, *Technische Universität München*, hat einen Ruf an die *Universität Karlsruhe* auf eine Professur für Informationstechnik im Maschinenwesen abgelehnt.

Prof. Dr. Hans Wilhelm **Bermann**, *Universität Erlangen*, hat einen Ruf an die *Universität Bayreuth* auf eine Professur für Materialwissenschaft erhalten.

Prof. Dr.-Ing. Thomas **Bock**, *Universität Karlsruhe*, hat einen Ruf an die *Technische Universität München* auf eine Professur für Baurealisierung und Bauinformatik erhalten.

Dr.-Ing. Markus **Hecht**, *Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik SLM*, hat einen Ruf an die *Technische Universität Berlin* auf eine Professur für Schienenfahrzeuge erhalten.

Prof. Dr.-Ing. Dieter **Kienast**, *Universität Karlsruhe*, hat einen Ruf an die *Eidgenössische Technische Hochschule Zürich* auf eine Professur für Landschaftsarchitektur angenommen.

Dr. Heinz **Lehr**, *Institut für Mikrotechnik Mainz (IMM)*, hat einen Ruf an die *Technische Universität Berlin* auf eine Professur für Mikrotechnik erhalten.

Dr.-Ing. Ioannis **Nicolaou**, *Universität Karlsruhe*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Mechanische Verfahrenstechnik erteilt.

Prof. Dr. rer. nat. Ernst **Rank**, *Universität Dortmund*, hat einen Ruf an die *Technische Universität München* auf eine Professur für Bauinformatik angenommen.

Dr. Dietmar **Rempfer**, *Cornell University Ithaca, USA*, hat einen Ruf an die *Technische Universität Berlin* auf eine Professur für Theoretische Strömungstechnik im Fachbereich Verkehrswesen erhalten.

Dr.-Ing. Werner **Rosenkranz**, *Philips Kommunikationsindustrie/Lucent Technologies*, hat einen Ruf an die *Universität zu Kiel* auf eine C4-Professur für Nachrichtentechnik erhalten.

Dr.-Ing. Eckart **Uhlmann**, *Unternehmensgruppe Hermes Schleifmittel GmbH & Co*, hat einen Ruf an die *Technische Universität Berlin* auf eine Professur für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik erhalten.

Prof. Dr.-Ing. Harald **Weber**, *Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg, Schweiz*, hat einen Ruf an die *Universität Rostock* auf eine C4-Professur für Elektrische Energieversorgung angenommen.

Assistenzprofessor Dr. mont. Ewald **Werner**, *Montanuniversität Leoben/Österreich*, hat einen Ruf an die *Technische Universität München* auf eine Professur für Mechanik erhalten.

Dr.-Ing. Heinz **Wörn**, *KUKA Schweißanlagen und Roboter GmbH, Augsburg*, hat einen Ruf an die *Universität Karlsruhe* auf eine Professur für Komplexe Systeme in Automation und Robotik angenommen.

AGRARWISSENSCHAFTEN, ERNÄHRUNGSWISSENSCHAFTEN, VETERINÄRMEDIZIN

Dr. agr. Andreas **Graner**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Landwirtschaft und Gartenbau erteilt.

Habilitationen und Berufungen

PD Dr. Dr. H.M. **Hafez**, *Universität Stuttgart*, hat einen Ruf an die *Freie Universität Berlin* auf eine C4-Professur für Geflügelkrankheiten erhalten.

Dr. agr. Ahmed **Jahoor**, *Technische Universität München*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Pflanzenzüchtung und Angewandte Genetik erteilt.

Dr. agr. Helga **Sauerwein**, *Technische Universität München*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Physiologie im Bereich Tierwissenschaften erteilt.

Dr. rer. nat. Peter **Schröder**, *Technische Universität München*, habilitierte sich in dem Fach Pflanzenphysiologie.

Dr. agr. Thomas **Selhorst**, *Universität Bonn*, habilitierte sich in dem Fach Theoretische Ökologie.

HUMANMEDIZIN

Dr. med. Erhard **Bierhoff**, *Universität Bonn*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie erteilt.

Dr. med. Thorsten **Böker**, *Universität Bonn*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Augenheilkunde erteilt.

Dr. med. Knut-Arwed **Böttcher**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Chirurgie erteilt.

Prof. Dr. Ulrich **Brandl**, *Freie Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Universität Jena* auf eine C3-Professur für Neuropädiatrie erhalten.

PD Dr. Friedhelm **Brassel**, *Medizinische Hochschule Hannover*, hat einen Ruf an die *Universität Greifswald* auf eine C3-Professur für Neuroradiologie erhalten.

Dr. rer. nat. Pedro Adolfo **Cavalié Jaramillo**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Physiologie erteilt.

Dr. György **Csamady**, *Technische Universität München*, habilitierte sich, und es wurde ihm die Lehrbefugnis für das Fach Toxikologie erteilt.

Dr. med. Urs **von Deimling**, *Universität Bonn*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Orthopädie erteilt.

Dr. rer. nat. Wolfgang **Dostmann**, *Technische Universität München*, habilitierte sich in dem Fach Pharmakologie und Toxikologie.

Prof. Dr. med. Ursula **Forster** hat einen Ruf an die *Universität Leipzig* auf eine C4-Professur für Humangenetik erhalten.

Dr. med. Santiago **Ewig**, *Universität Bonn*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Innere Medizin erteilt.

Dr. med. Angela **Gause-Pfreundschuh**, *Universität des Saarlandes*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Innere Medizin erteilt.

Dr. Eberhard **Göbel**, *Freie Universität Berlin*, hat einen Ruf an die *Fachhochschule Magdeburg* auf eine Professur für Gesundheitsförderung mit besonderer Berücksichtigung der Betrieblichen Gesundheitsförderung angenommen.

PD Dr. Tobias **Goesser**, *Universität Heidelberg*, hat einen Ruf an die *Universität zu Köln* auf eine C3-Professur für Gastroenterologie erhalten.

PD Dr. Werner **Goldner**, *Freie Universität Berlin*, hat einen Ruf auf eine C3-Professur für Radiologische Diagnostik daselbst erhalten.

PD Dr. Gert **Hein**, *Universität Jena*, hat einen Ruf auf eine C3-Professur für Rheumatologie daselbst erhalten.

HD Dr. Wolfgang **Heinrichs**, *Mainz*, hat einen Ruf an die *Universität Mainz* auf eine C3-Professur für Anästhesiologie erhalten.

Dr. med. Wolfram **Henn**, *Universität des Saarlandes*, wurde die Lehrbefugnis für das Fach Humangenetik erteilt.

Änderungsmitteilung



(bitte Druckbuchstaben)

Name/Titel:.....

Universität (derzeitig):.....

Neue Privatadresse:

Neue Dienstadresse:

Ernennung zum außerplanmäßigen Professor zum/seit:

Ich habe mich habilitiert an der Universität:.....

im Fach.....

Ich habe einen Ruf auf eineStelle für eine Professur im Fachgebiet.....an der Universität.....

erhalten

zumangenommen

abgelehnt

und bin damit einverstanden, daß diese Nachricht in „Forschung und Lehre“ veröffentlicht wird.....

Unterschrift

Ich wurde zumemeritiert/pensioniert.....

Neue Bankverbindung:
(Bank/Sparkasse, Konto-Nr. und Bankleitzahl)

Sonstiges:

Wissenschaft im Programm

Fernsehen

- 2. April, 19.30**, Bayerisches Fernsehen: Forscher, Fakten, Visionen. Sag mir, was Du siehst - Neues aus der Hirnforschung
6. April, 16.00, 3 sat: HITEC. Sehen: Das Unsichtbare sichtbar machen
7. April, 16.45, 3 sat: Naturwissenschaftliche Weltbilder. Ernst Haeckel, der Querdenker von Jena
11. April, 12.00, 3 sat: Begegnungen. Zum 85. Geburtstag von Lew Kopelew

Rundfunk

täglich, 16.35, Deutschlandfunk: Forschung aktuell; jeden Samstag: Computer und Kommunikation; jeden Sonntag: Wissenschaft im Brennpunkt

Mo.- Sa., 11.00, DeutschlandRadio Berlin: HörenSagen. Natur und Wissenschaft

1. April, 17.05, WDR Radio 5 (jeden Dienstag): Schule und Hochschule. Das Bildungsmagazin

1. April, 18.30, Bayern 2 (jeden Dienstag): Bildung und Erziehung. Positionen und Diskussionen aus der Bildungspolitik

1. April, 12.37 u. 20.37, Deutsche Welle radio (jeden Dienstag): Podium. Bildungsreport

2. April, 19.10, Radio Bremen 2 (jeden Mittwoch): CampusRadio. Aus den Universitäten Bremen und Oldenburg

3. April, 20.10, Deutschlandfunk (jeden Donnerstag): Studiozeit. Aus Kultur und Sozialwissenschaft

4. April, 12.37, Deutsche Welle radio (jeden Freitag): Podium. Entdeckt - Erforscht

4. April, 22.30, Saarländischer Rundfunk, SR 2: Diskurs

5. April, 17.05, Süddeutscher Rundfunk, S 2 (jeden Samstag): S 2 Forum. Diskussionen mit Wissenschaftlern über Fragen aus Wissenschaft und Politik.

6. April, 22.30, Süddeutscher Rundfunk, S 2 (jeden Sonntag): Der Rede wert.

6. April, 8.30, Süddeutscher Rundfunk, SDR1 (jeden Sonntag): Aula. Vorträge von Wissenschaftlern

10. April, 21.00, Radio Bremen 2: Forum der Wissenschaft. Der kalte Krieg der Klimaforscher

17. April, 20.10, DeutschlandRadio: Studiozeit. Überlaufen, Ausgebrannt und ohne Zukunft. Zur Situation der deutschen Universität. Studiogespräch mit Professor Dr. Hartmut Schiedermaier

25. April, 18.00, NDR 4: Bildungsreport

Impressum

4. Jahrgang in Fortführung der Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes (41 Jahrgänge) Herausgegeben im Auftrage des Präsidiums des Deutschen Hochschulverbandes
 ISSN: 0945 - 5604; erscheint monatlich

Präsident:

Hartmut Schiedermaier, Univ.-Professor, Dr.

Vizepräsidenten:

Martin Oldiges, Univ.-Professor, Dr.
 Helmut J. Schmidt, Univ.-Professor, Dr.

Präsidiumsmitglieder:

Gerhard Becker, Univ.-Professor, Dr.
 Claus Herberhold, Univ.-Professor, Dr.
 Christoph Schnittler, Univ.-Professor, Dr.
 Edda Siegl, Univ.-Professor, Dr.

Geschäftsführer:

Michael Hartmer, Dr.

Kuratorium von Forschung & Lehre:

Hans-Uwe Erichsen, Univ.-Professor, Dr.
 Horst-Albert Glaser, Univ.-Professor, Dr.
 Peter Glotz, Professor, Dr.
 Peter Heesen
 Max G. Huber, Univ.-Professor, Dr.
 Hans Mathias Kepplinger, Univ.-Professor, Dr.
 Josef Lange, Dr.
 Hanna-Renate Laurien, Dr.
 Franz Letzelter, Dr.
 Johannes Neyses, Dr.
 Karl-Heinz Reith
 Paul F. Reitze, Dr.
 Kurt Reumann, Dr.
 Joachim Hermann Scharf, Prof. Dr., Dr., Dr.h.c.
 Steffie Schnoor
 Franz Schoser, Dr.
 Joachim Schulz-Hardt, Dr.
 Hermann Josef Schuster, Dr.
 Klaus Schweickart
 Werner Siebeck

Redaktion:

Felix Grigat, M. A. (verantwortl. Redakteur)
 Michael Hartmer, Dr.
 Friederike Invernizzi, M. A.
 Ina Lohaus

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Jens Göben, Dr., Rechtsanwalt im Deutschen Hochschulverband

Birgit Ufermann, Rechtsanwältin im Deutschen Hochschulverband

Beiträge, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

»Verbum hoc 'si quis' tam masculos quam feminas complectitur« (Corpus Iuris Civilis Dig. L, 16, 1)

Zitierweise:

Forschung & Lehre

Geschäftsstelle des DHV:

Rheinallee 18, 53173 Bonn
 Tel.: (0228) 36 40 02; Fax: (0228) 35 34 03

Verlag und Redaktion:

Deutscher Hochschulverband
 Rheinallee 18, 53173 Bonn
 Tel.: (02 28) 36 40 05; Fax: (02 28) 35 99 47
 E-mail: redaktion@forschung-und-lehre.de

Druck:

Paulinus-Druckerei, 54220 Trier

Bezugsgebühr:

Abonnement 120,- DM, zzgl. Porto. Für Mitglieder des DHV durch Zahlung des Verbandsbeitrages.

Bankverbindung:

Dresdner Bank Bonn
 Kto.-Nr. 0 268 367 200, BLZ 370 800 40

**Akademischer Stellenmarkt/
Anzeigenleitung**

Forschung & Lehre
 Helga Erdmann
 Rheinallee 18, 53173 Bonn
 Tel.: (0228) 36 40 05; Fax: (0228) 35 99 47
 E-mail: erdmann@forschung-und-lehre.de
 Preisliste Nr. 26 vom 1.1.1997

Forschung & Lehre wird auf chlorfreiem Papier gedruckt und ist recyclebar.

Druckauflage: 18500 Exemplare

Karikatur: Ivan Steiger, S. 205, FAZ 21.2.1997



Der Deutsche Hochschulverband, 1950 in Fortführung des 1936 aufgelösten Verbandes der Deutschen Hochschulen neu gegründet, tritt für eine unparteiische Wissenschaft in einem freiheitlichen Rechtsstaat ein. Auf der Grundlage der Freiheit von Forschung und Lehre ist es seine Aufgabe, sich aller Fragen anzunehmen, die den Wirkungskreis der Hochschullehrer und ihre Stellung in Staat und Gesellschaft berühren. Der Deutsche Hochschulverband ist die überparteiliche und fachübergreifende Berufsvertretung der Universitätslehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik mit **16.307** Mitgliedern. Mitgliedsfähig sind alle Professoren und Privatdozenten an den wissenschaftlichen Hochschulen. Die Mitglieder entrichten Mitgliedsbeiträge zwischen 68,- DM und 242,- DM im Jahr (alte Bundesländer) oder ermäßigte Beiträge (neue Bundesländer).

DER FRAGEBOGEN

Über Gott und die Welt



Hans-Dieter Rinkens, Dr. rer. nat., Univ.-Professor, Mathematik und ihre Didaktik, Universität-Gesamthochschule Paderborn, Präsident des Deutschen Studentenwerkes

Über Emotionen. . .

Was macht Sie wütend?
Erniedrigung Abhängiger.

Was erfüllt Sie mit Hoffnung?
Kinder.

Wofür sind Sie dankbar?
Für empfangene Liebe.

Wann empfinden Sie Ohnmacht?
Beim Tod eines Kindes.

Worüber können Sie (Tränen) lachen?
Geistreiche Witze.

Was ertragen Sie nur mit Humor?
Dummheit.

Ein Jahr Robinson (ohne Freitag);
welche drei Bücher nehmen Sie mit?
Duineser Elegien, Faust, mein Tagebuch.

Musik ist...
Lebenselexir.

Sport ist ...
Abwechslung.

Über Wissenschaft. . .

Wer oder was hat Sie wissenschaftlich
am nachhaltigsten geprägt?
(Junge) Menschen, die lernen.

Was verdanken Sie Ihrem
wissenschaftlichen Lehrer?
Die Art, über Mathematik zu reden.

Warum sind Sie Wissenschaftler
geworden?
Weil es ein faszinierender Beruf ist.

Die deutsche Universität ist...
*Durchgangsstation für viele, die die
Zukunft unserer Gesellschaft gestalten.*

Was fehlt den Universitäten am
meisten?
Zeit für wirklich wichtige Gespräche.

Welche Eigenschaften sollte ein
Hochschullehrer haben?
*Fachliche Autorität und menschliche
Wärme.*

Einem überdurchschnittlich begabten
Studenten empfehle ich...
*seiner wissenschaftlichen Neugier zu
folgen und dabei Mitmensch zu bleiben.*

Welche Eigenschaft vermissen Sie an
der heutigen Studentengeneration?
Mehr Engagement in eigenem Interesse.

Welche Eigenschaft schätzen Sie an der
heutigen Studentengeneration?
Ihre Vielfalt.

Was ist Bildung?
Verbindungen schaffen.

Forschung & Lehre will den Lesern weitere Informationsquellen erschließen und übersendet gegen eine Kostenpauschale (angegebener Betrag zuzüglich Portokosten; bitte Bezahlung per Verrechnungsscheck oder Überweisung auf folgendes Konto: Dresdner Bank Bonn, Kto.-Nr. 0 268 367 200 BLZ 370 800 40) folgende Unterlagen:

Aktuelles

A 52

Verordnung über den Umfang der Lehrverpflichtung des hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den staatlichen Hochschulen des Landes Brandenburg (Lehrverpflichtungsverordnung - LehrVV) vom 22. November 1996, 4 Seiten, kostenlos

A 53

Thüringer Trennungsgeldverordnung vom 16. Dezember 1996, 5 Seiten, 3,-DM

A 54

Stellungnahme des Deutschen Hochschulverbandes - Landesverband Brandenburg - zu „Hochschulpolitischer Ratsschlag / 15 Thesen zur Hochschulentwicklung“ des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg vom Dezember 1996, 2 Seiten, kostenlos

A 55

„Hochschulen und Hochschulpolitik vor neuen Herausforderungen“, Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 27./28. Februar 1997, 48 Seiten, 12,-DM

Hochschulgesetze des Bundes und der Länder

Bund 1

Hochschulrahmengesetz in der Fassung vom 17. Dezember 1993 und Änderungsgesetz vom 20. Mai 1994, 41 S., 12,- DM

Baden-Württemberg 1

Universitätsgesetz in der Fassung vom 10. Januar 1995, 53 Seiten, 17,- DM

Baden-Württemberg 2

Gesetz über die Pädagogischen Hochschulen in der Fassung vom 10. Januar 1995, 38 Seiten, 12,- DM

Bayern 1

Hochschulgesetz in der Fassung vom 1.

Dezember 1993 und Änderungsgesetze vom 28. April 1994 und 10. August 1994, 64 Seiten, 17,- DM

Bayern 2

Hochschullehrergesetz in der Fassung vom 9. Januar 1995 und Änderungsgesetz vom 28. Juni 1996, 20 Seiten, 8,- DM

Berlin 1

Hochschulgesetz in der Fassung vom 5. Oktober 1995 und Änderungsgesetz vom 15. April 1996, 34 Seiten, 12,- DM

Brandenburg 1

Hochschulgesetz vom 24. Juni 1991 und Änderungsgesetze vom 16. Oktober 1992 und 22. Mai 1996, 34 Seiten, 12,- DM

Bremen 1

Hochschulgesetz in der Fassung vom 20. Dezember 1988 und Änderungsgesetze vom 18. Februar 1992, 21. September 1993 und 1. März 1994, 51 Seiten, 17,- DM

Hamburg 1

Hochschulgesetz in der Fassung vom 1. Juli 1993 und Änderungsgesetz vom 29. März 1994, 93 Seiten, 17,- DM

Hessen 1

Hochschulgesetz in der Fassung vom 28. März 1995, 31 Seiten, 12,- DM

Hessen 2

Universitätsgesetz in der Fassung vom 28. März 1995, 24 Seiten, 12,- DM

Mecklenburg-Vorpommern 1

Hochschulgesetz vom 9. Februar 1994, 39 Seiten, 12,- DM

Niedersachsen 1

Hochschulgesetz in der Fassung vom 21.

Januar 1994 und Gesetz zu dem Vertrag zur Änderung des Konkordats mit dem Heiligen Stuhle vom 12. Juli 1994, 50 Seiten, 17,- DM

Nordrhein-Westfalen 1

Universitätsgesetz in der Fassung vom 23. September 1993, 32 Seiten, 12,- DM

Rheinland-Pfalz 1

Universitätsgesetz in der Fassung vom 23. Mai 1995 und Gesetze vom, 11. Juli und 12. Oktober 1995, 41 S., 12,- DM

Saarland 1

Universitätsgesetz in der Fassung vom 1. Juni 1994 und Änderungsgesetz vom 24. April 1996, 81 Seiten, 17,- DM

Sachsen 1

Hochschulgesetz vom 4. August 1993, 32 Seiten, 12,- DM

Sachsen-Anhalt 1

Hochschulgesetz vom 7. Oktober 1993 und Änderungsgesetz vom 13. Februar 1996, 33 Seiten, 12,- DM

Schleswig-Holstein 1

Hochschulgesetz in der Fassung vom 27. April 1995 und Änderungsgesetz vom 19. März 1996, 44 Seiten, 12,- DM

Thüringen 1

Hochschulgesetz vom 7. Juli 1992 und Änderungsgesetze vom 6. August 1993, 23. Dezember 1993 und 3. Mai 1996, 38 Seiten, 12,- DM

Aus der Rechtsprechung
siehe Seite 206



Als Leser von Forschung & Lehre bitte ich um Übersendung folgender Unterlagen:

Ort, Datum

Bitte deutlich schreiben, Absender wird als Versandadresse benutzt

Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Bitte senden an Forschung & Lehre, Rheinallee 18, 53 173 Bonn